

# Leipziger Volkszeitung

Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes.

**Abonnementpreis** pro Monat einschließlich Bringerlohn 70 Pfg., bei Selbstabholung 60 Pfg.; mit der illustrierten Wochenbeilage „Neue Welt“ einschließlich Bringerlohn 80 Pfg., bei Selbstabholung 70 Pfg. — Durch die Post bezogen viertelj. 2.10 Mk., für 2 Monate 1.40 Mk., für 1 Monat 70 Pfg. ausschließlich Bestellsgeb.

**Redaktion:** Lauchaer Str. 10/21.  
**Telegramm-Adresse:** Volkszeitung, Leipzig.  
 Telefon 2721.  
**Sprechstunde:** 6—7 Uhr abends.

**Inserate** werden die 5 gepaltene Zeitzelle oder deren Raum mit 25 Pfg., für Gewerkschaften, politische und gemeinnützige Vereine mit 20 Pfg. berechnet. Schwieriger Satz nach höherem Tarif. — Der Betrag ist im voraus zu bezahlen. — Schluss der Annahme von Inseraten für die nächste Nummer früh 9 Uhr. — Aufgegebene Inserate können nicht wieder zurückgezogen werden.

Die Leipziger Volkszeitung erscheint täglich mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. — Verlag und Expedition: Lauchaer Straße 10/21. Geschäftszeit 8—12 und 2—7 Uhr. Sonn- und Feiertags geschlossen.

## Kraetke.

\* Leipzig, 23. Februar.

Es gibt noch viel naive Gemüter in Deutschland, selbst da, wo man sie eigentlich nicht vermuten sollte, — in den Redaktionsstuben der politischen Tageszeitungen. Diese großen Kinder konnten sich seinerzeit nicht enthalten, die Ernennung Kraetkes zum Staatssekretär des Reichspostamts als eine fortschrittliche Kundgebung der Reichsregierung zu begrüßen. Kraetke war zwar damals eine noch ganz unbekannt Persönlichkeit, sein wendischer Name hatte sich aus den Kanzleien und Registratoraten der Postverwaltung noch nicht herausgefunden, niemand wußte etwas von seiner Gesinnung, seinen Plänen und seinen eventuellen Fähigkeiten; aber er löste als bürgerlicher Fachmann, der seine hohe Stellung scheinbar ohne Protektion erklommen hatte, den feudaladligen Dilettanten v. Bobbielski ab, dessen Beleihung mit der obersten Postgewalt von eben diesen naiven Gemütern als ein rückschrittlicher Akt absolutistischer Willkür betrachtet worden war, — und das genügte, um dem neuen Staatssekretär einen freundlichen Empfang zu sichern.

Welch rührende Naivität gehört doch dazu, zu glauben, daß die Abstammung aus einer obskuren Kleinbürgerfamilie auch eine vollstündlich angehauchte Gesinnung mit sich bringe! Welch bodenlose Unkenntnis des deutschen Beamtenums gehört doch dazu, zu glauben, daß der hochgestellte Fachmann auch sein Fach übersehen und zur reformatorischen Ausgestaltung seines Faches am besten befähigt sein müsse! Wir sind gewiß über den Vorwurf erhaben, Freunde des Adels zu sein, und der Großschweinezüchter und Entgleisungsredner v. Bobbielski ist sicher der Letzte, dessen Intelligenz uns imponieren würde; aber ein adliger Beamter kann bei der liebevollen Verhättselung des Adels durch die Regierung sich immerhin noch viel eher einen gewissen Grad von Individualität und Selbständigkeit bewahren, als der bürgerliche Beamte, der sich nicht auf die gesellschaftlichen Privilegien eines bevorzugten Standes berufen kann, — der seinen Vorgesetzten gegenüber ganz und gar ein rechtloser Sklave ist. Wie die Verhältnisse nun einmal liegen, kann man dreist behaupten, daß ein bürgerlicher Beamter ohne Familientradition und Protektion, der die obersten Sprossen der Stimmleiter der Beamtenhierarchie erklommen hat, allerdings ein außerordentlich fleißiger Mann ist, aber auch eine Natur, die jeder Originalität entbehrt oder sie doch wenigstens meisterhaft zu unterdrücken versteht, eine Natur, die zur Anpassung an alle Eigentümlichkeiten der Vorgesetzten und zum kritiklosen Aufgehen im minutiösen Samaschendienst gleich stark befähigt ist, kurz, das Muster einer Bureaokratennatur. Das Sieb, durch das die höhere bürgerliche Beamtenenschaft hindurchgerüttelt

wird, läßt zwar keine notorischen Dummköpfe durch, wie das adlige Sieb, aber auch keine hohen Intelligenzen: mittelmäßige Mittelmaßigkeit, unter der der gute Mittel-dumme dominiert.

Auch Kraetke hat dieses Sieb glücklich passiert und auch er zeigt das Charakteristikum der bürgerlichen Bureaokratie: mittelmäßige Mittelmaßigkeit. Ein fleißiger Bureaumentsch mit der vorchriftsmäßigen Bureauintelligenz, ein tüchtiger Arbeiter, wenn ihm das fertige Material und das zu benutzende Schema geliefert wird; aber ein Kopf ohne jeden eignen Gedanken, ohne jedes organisatorische Talent, ohne jede schöpferische Initiative. Ein ganz brauchbarer Exerziermeister, den die Fronte des Zufalls zum Heerführer gemacht hat.

Das ist der Kraetke, wie er sich dem aufmerksamen Beobachter darstellt, der ihn näher kennt; das ist der Kraetke, wie er sich dem darstellt, der die gestern Abend zum Abschluß gelangten Debatten zum Postetat mit Verständnis und Sachkenntnis verfolgt hat. Kraetke schneidet unbedientermaßen noch ziemlich glücklich ab und kam unbedientermaßen noch ziemlich ungerührt davon. Die Mittelmaßigkeit kommt eben selten zu Fall, weil sie immer in ausgetretenen Bahnen wandelt. Was bleibt schließlich auch einem Minister, der über ein Uebermaß von Mittelmaß verfügt, anders übrig, als in herkömmlicher Weise fortzuwirken und sich streng an das traditionelle Muster zu halten?

Nun, Kraetke hat bei der Beratung des Postetats zur Genüge gezeigt, daß er der traditionellen altpreussischen Verwaltungspraxis allergetreuester Anhänger ist. Drei Hauptpunkte charakterisieren schon seit Jahrhunderten diese altmodische, muffige, schimmelüberzogene, kulturfeindliche Praxis, und dieselben drei Hauptpunkte charakterisieren auch die Verwaltungspraxis des Postgewaltigen Kraetke: knie-drige Sparsamkeit im Kleinen, politische Bevormundungssucht und organisatorische Unfruchtbarkeit.

Die kleinliche Sparsamkeit der Postverwaltung wird treffend beleuchtet durch die Hungerlöhne von durchschnittlich 2 Mk. täglich, mit denen die Postboten trotz der zunehmenden Verteuerung der Lebenshaltung noch immer auskommen sollen. Noch treffender aber wird sie beleuchtet durch die Mittel, mit denen Kraetke den Postboten das Auskommen erleichtern will: er verbietet ihnen das Heiraten und hält es für ganz in der Ordnung, daß ein Postbote sein Mittagmahl auf eine Schmalzbenne beschränkt. Die Telephonistinnen entläßt er, wenn sie krank werden, um die Tagelöhner zu ersparen; aber für Telegrafienlinien in Afrika und Korruptionszulagen in Polen ist keine Summe zu hoch. Fast noch mehr leistet der bürgerliche Fachmann in der politischen Bevormundung. Mit nackten Worten erklärt er, daß von einem Koalitionsrecht der Postbeamten nicht die Rede sein könne und sein drittes Wort

bei jeder Erwiderung ist: Das wird die Autorität untergraben.

Die organisatorische Unfruchtbarkeit des Kraetke-Systems wird dadurch beleuchtet, daß sie in der Debatte überhaupt nicht beleuchtet wurde; denn von eingreifenden technischen Reformen, deren die immer mehr verrostende Verkehrsmaschine so dringend bedürftig wäre, war überhaupt nicht die Rede. Nein doch! Der Herr Staatssekretär trägt sich ja, wie er selbst sagte, mit einer großen Reformidee: „er will die Postgelder für die Landpakete anders gestalten“. Man scheint im Reichspostamt sehr bescheidene Ansprüche an große Reformideen zu stellen.

Weshalb die bürgerlichen Parteien dem bürgerlichen Bureaokraten Kraetke ein größeres Wohlwollen entgegenbringen, als dem adligen Dilettanten Bobbielski, ist eigentlich nur aus formellen, nicht aber aus sachlichen Gründen zu erklären. Bobbielski fuhr den in seinen letzten Jahren schon von Stephan bedenklich rückwärts geschobenen Verkehrsstarren vollständig in den Dreck, und Kraetke läßt ihn einfach darin stecken. — Und das ist von den beiden so der ganze Unterschied, heißt es in dem bekannten Couplet.

Daß wir es in deutschen Massenstaat je zu einem zweckmäßig und praktisch organisierten, leicht und gefällig funktionierenden, wahrhaft modernen Verkehrsweisen bringen, dürfte freilich ausgeschlossen sein. Wo sollen auch in einer Gesellschaft, deren senile Zeugungskraft schließlich nur noch zur Züchtung adliger Dilettanten und bürgerlicher Mittelköpfe ausreicht, die Reformherkommen?

## Politische Uebersicht.

Ein „geheimer Plan“.

Rußland hat, wie Benedek vor Königgrätz, einen „geheimen Plan“. Das verbündete Frankreich hat ihn erraten und der Temps ist bereits in der Lage, ihn seinen Lesern zu skizzieren:

„Rußland appelliert an den General Winter und seinen suchtbaren Verbündeten, den unendlichen Raum, es erneuert zugleich die Taktik von 1812 und die des Arimkriegs, es zieht sich langsam auf den Amur, wenn nötig nach den Baikalsee, zurück vor einem Feind, der mehr und mehr in der Luft steht und sich von seiner Operationsbasis getrennt sieht, es läßt ihn an dem eisernen Ring seiner beinahe unnehmbaren Festungen, wie Port Arthur und Madivostok, die Zähne ausbeißeln, — das ist der Plan, den die Strategen von London, Berlin und Wien in den Linien des Petersburger Communiqués zu finden geglaubt haben, und sie versichern, daß Japan keinen Grund habe, sich dazu zu beglückwünschen.“

Das ist eine Frage für sich. Vermutlich wird Japan ganz zufrieden sein, wenn Rußland sich rückwärts nach dem Baikalsee konzentriert, und keine Neigung zeigen, den Zug

## Seuilleton.

### Frau Fönk.

Novelle von Jens Peter Jacobsen.  
 Deutsch von Marie Herzfeld.

Lange stand sie so, eingenommen von ihren Gedanken, alles rings um sich vergessend. Dann plötzlich, als hörte sie das Schweigen herinnen, der singenden Waschflammen langgezogene Töne, und sie ließ die Hand von der Wase fallen, setzte sich an den Tisch und begann in einer Mappe zu blättern.

Sie hörte Schritte, die an der Tür vorbeizogen, hörte sie umkehren und sah Thorbrögger hereintreten.

Es wurden ein paar Worte gewechselt, allein da sie von ihren Bildern gefesselt schien, begann auch er in die Blätter zu sehen, die hier lagen. Sehr interessierten sie ihn jedoch kaum, denn als sie einen Moment später aufschah, begegnete sie seinem Blick, der forschend zu ihr hinüberstarzte.

Er sah aus, als wollte er gerade sprechen und es war ein nervöser entschlossener Ausdruck um seinen Mund, der ihr so bestimmt sagte, was für Worte es sein würden, daß sie errötete und instinktmäßig, gleichsam um die Worte zurückzuhalten, ihm ihr Wilderblatt über den Tisch hinreichte und drin auf die Zeichnung von einigen Kampasreitern deutete, die nach wilden Stieren Lassos schleuderten.

Er war auch nahe daran, sich zu einem Scherz über

die naiven Vorstellungen verlocken zu lassen, die der Zeichner von der Kunst des Lassoverfens hatte; es war ja so verführerisch leicht, das zu besprechen, im Gegensatz zu dem, was er in Gedanken vorhatte; aber da nahm er resolut und schob das Blatt beiseite, beugte sich ein wenig über den Tisch vor und sagte: „ich habe so viel an Sie gedacht, seit wir uns trafen; ich habe immer so viel an Sie gedacht, sowohl damals in Dänemark als da drüben, wo ich gewesen bin. Und ich habe Sie immer geliebt, und wenn es mir nun zeitweilig scheint, daß ich Sie nie vorher geliebt als jetzt, wo wir uns wieder begegnet, so ist das nicht wahr, wie groß auch meine Liebe ist; denn ich habe Sie immer geliebt, ich habe Sie immer geliebt. Und im Fall Sie mir gestatten könnten, daß Sie mein würden, Sie können gar nicht verstehen, was es für mich wäre, wenn Sie, die so viele Jahre mir weggenommen war, wieder zu mir zurückkommen wollten.“

Er schwieg einen Augenblick, dann stand er auf und trat näher zu ihr hin.

„Ach, so sagen Sie doch ein Wort; ich stehe da und rede wie ins Blinde hinein; ich muß ja mit Ihnen sprechen wie zu einem Dolmetscher, einem Fremden, der es dem Herzen wieder sagen soll, zu dem ich rede; ich weiß ja nicht... stehen und meine Worte wägen... ich weiß ja nicht, wie fern oder wie nah; ich wage ja nicht ihr Laute zu geben, der Anbetung, die mich erfüllt — oder darf ich?“

Er ließ sich an ihrer Seite in einen Stuhl nieder-sinken.

„Dürfte ich, müßte ich nicht befürchten —, ist es wahr? o, Gott segne Dich, Kaula!“

„Es gibt nichts, was uns länger getrennt halten soll“, sagte sie mit ihrer Hand in seiner; „was auch kommen möge, ich habe das Recht, einmal glücklich zu sein, einmal meine Natur voll auszuleben, mein Sehnen und meine Träume zu leben. Ich habe nie verzichtet; weil das Glück nicht zu mir kam, glaubte ich doch nie, das Leben sei lauter Armutseligkeit und Pflicht; ich wußte, daß es Glückliche gab.“

Schweigend küßte er ihre Hand.

„Ich weiß“, sagte sie traurig, „die mich am mildesten beurteilen werden, sie werden das Glück mir gönnen, das darin ist, mich von Dir geliebt zu wissen; doch sie werden auch sagen, daß mir dies genügen sollte.“

„Allein das würde niemals mir genügen und Du hättest nie das Recht, mich so fallen zu lassen.“

„Nein“, sagte sie, „nein.“

Ein wenig später ging sie dann zu Ellinor hinauf. Ellinor schlief.

Frau Fönk setzte sich an ihr Bett und betrachtete das bleiche Kind, dessen Rüge sie in der Nachtlampe gelblichem armen Schein nur ganz undeutlich ausnehmen konnte.

Um Ellinors willen mußten sie warten. In ein paar Tagen würden sie sich von Thorbrögger trennen und nach Nizza gehen und dort allein bleiben; den ganzen Winter wollte sie dafür leben, Ellinor gesund zu bekommen. Jedoch morgen wollte sie den Kindern erzählen, was geschehen und zu erwarten war. Wie sie es auch nehmen würden, es war ihr unmöglich, mit ihnen Tag aus Tag ein zusammen zu leben und durch ein solches Geheimnis von ihnen wie fast abgesperret zu sein. Und sie mußten ja auch Zeit haben, sich an den

Napoleons nach Moskau von der entgegengesetzten Seite aus zu kopieren. Weniger vergnügt über diese russische Aktion der nationalen Defensibe dürfte Frankreich und die französische Bourse sein; denn sie wird die russische Falschaffade bezahlen müssen. Der Jarrismus läßt schon seit Jahren sich von dem französischen Alliierten aushalten und er bezieht einen jährlichen Unterhaltszuschuß von einer halben Milliarde Franken. Diese Rente wird Frankreich nunmehr wesentlich erhöhen müssen; es wird ihm nichts anderes übrig bleiben, als den ganzen Krimbim zu bezahlen, wenn es nicht seine acht Milliarden samt seinem teuren Alliierten auffliegen sehen will. Darin liegt eine sehr wesentliche Kriegsgefahr; in dem Maße, als die Teilnahme französischen Kapitals an dem russisch-japanischen Kriege wächst, wird die Neigung des französischen Spielers zu nehmen, in Ostasien mit der Faust dreinzuschlagen, um sein schönes Geld zu retten. Die französische Flotte ist es gewohnt, von faulen Schuldnern Zinsen einzutreiben, und die französische Nation wird in jedem den geschworenen Erbsünden sehen, der ihren Hauptgläubiger zahlungsunfähig macht.

Zahlungsunfähig und aktionsunfähig. Denn das heutige Rußland ist nicht mehr das Rußland von 1812 und des Krimkriegs. Es ist ein ungeheurer Räuberstaat, der verhungert und verkommt, wenn man ihn in seine Höhe zurückzusehen und dort gefangen hält. Eine russische Defensivpolitik gibt auch Mittelasten und den Balkan auf und weicht damit aus allen Positionen zurück, die Rußland bisher anleihenfähig gemacht haben. Mit seinem „geheimen Plan“ gibt der Jarrismus sich selbst auf und vollzieht an sich selbst den Selbstmord, den im Krimkrieg nur sein oberster Träger an seiner Person vollzogen hat.

**Wilde-Schönstedt.**

Wenn man an der Seine dem Jarrismus Wehrauch spendet, darf man auch an der Spree mit Huldigungen an Wälderchen nicht zurückbleiben, und die preussische Regierung hat eine ganz besonders raffinierte Form der Proskryne gefunden: sie hat ihr „Parlament“ zur Huldigungsparade kommandiert. Die Sache klappte gestern im Abgeordnetenhaus äußerlich vorzüglich; die Regierung ließ sich feierlich interpellieren, bernichtete dann vorschriftsmäßig die Sozialdemokratie mit allerlei Enthüllungen, Vermutungen, Andeutungen und sonstigen Polizeirequisiten und legte dann diesen großartigen Wandersieg gegen einen markierten Feind dem Jar-Defreier alleruntertänigst zu Füßen. Mit diesem moralischen Triumph kann der Jarrismus in Paris eine neue Anleihe riskieren.

Leider wird sich die Methode der Potemkinschen Dörfer nicht ganz ohne Schwierigkeiten in Deutschland realisieren lassen. Die Herren Schönstedt und Hammerstein waren gestern unbefähigt genug, statt sich in allgemeinen Scharmachertiraden gegen die Sozialdemokratie zu ergehen, ganz konkrete Personentriebe zu verdächtigen, und diese werden die Antwort nicht schuldig bleiben. Im übrigen wird ja auch die gerichtliche Verhandlung, der der Minister der preussischen Gerechtigkeit gestern geschwidrig vorgegriffen hat, auf die Schönstedtschen Phantasien niederschlagend wirken.

Man denke sich den Fall, Herr v. Schönstedt hätte, etwa auf eine Interpellation der Polen hin, einige Wochen vor dem Moskeli-Prozess sein Drasel über den Grafen Viktor, Geheißel und Konsorten abgegeben. Er hätte selbstverständlich, gestützt auf die Akten des Staatsanwalts und des Untersuchungsrichters, die preussische Landratskammer mit allen Schrecken und Scheußlichkeiten des großpolnischen Schlachzienterrorismus austapeziert und ein fürchterliches Strafgericht über die Schuldigen vorausgesetzt. Das ist ja die Situation, in der der preussische Justizminister in Sachen Braun und Genossen sein Präjudiz abgibt. Ob freilich die ostpreussischen Richter ebensoviel Unabhängigkeit zeigen werden wie die Berliner Geschworenen, das steht auf einem andern Blatte.

**Deutsches Reich.**

**Parlamentarische.**

**Aus dem Reichstage.**

**Berlin, 22. Februar.** Eine große Reihe von Beschwerden der Postbeamten kamen heute durch Singer zur Sprache, so

die Ueberanstrengung der Telegraphistinnen, die bei Erkrankung nicht eine Entschädigung, sondern ihre Entlassung erhalten, sowie die, namentlich in Berlin, durch die Postverwaltung herbeigeführte Nichtachtung der Sonntagsruhe der Beamten. Dann gab es wieder eine Polemik anläßlich der geforderten Ostermarkenzulage für die Postbeamten, bei der es zu einem riesigen Heilerkeit hervorrufenden Zwischenfall kam. Singer sprach von der Dummheit der preussischen Regierung, durch solche Ausnahmegesetze die Polen zu gewinnen, worauf der als Präsident amtierende Graf Stolberg sich die klassische Bemerkung leistete: „Von der Dummheit der preussischen Regierung dürfen Sie nicht sprechen“. Selbstverständlich bekämpfte Singer im Namen der Fraktion die törichte Prämienpolitik, die noch dazu Korruption unter die ja nur auf Widerruf mit Gehaltszulage bedachten Beamten tragen würde — diese Prämien müßten ja zur politischen Abhängigkeit und Streberel der Beamten führen. Lediglich stimmte unsere Fraktion dem Genossen Singer zu, als er auch diese Vorlage als eine der Schikanierungen bezeichnete, mit denen die Polen verfolgt werden. Selbstverständlich stimmten die Nationalliberalen für die Zulage. In unfeindlicher Komit leistete wieder Herr Gamp das Beste; er erzählte, wie er einem Postbeamten klar gemacht, daß dieser bei seiner kräftigen Gestalt im Zukunftsstaat Steinträger werden müßte. Ferner entdeckte Herr Gamp, daß im Westen Deutschlands die Postbeamten schöne Orgeln und schöne Weine hätten! Wie da diesen westlichen Schwelgern zumute sein wird, wenn sie das hören!

Aus den weiteren Verhandlungen ist ein Vorgang wichtig, der welttägliche Bedeutung für die Etatsberatung im allgemeinen besitzt. Die Regierung beantragte 300000 Mk. als erste Rate für eine Telegraphenlinie im Innern von Deutsch-Ostafrika und zwar von Tabora nach Ujiji. In der Debatte erklärte Herr Spahn namens des Zentrums, daß er gegen diese Linie sei, aber es für zweckmäßig halte, wenn die 300000 Mk. für den Bau einer andern Linie, nämlich von Tabora nach Mwanja ausgeben würden. Der Staatssekretär Fraetle, froh, überhaupt etwas für sein schwarzes Departement zu bekommen, griff mit beiden Händen zu und erklärte sich damit einverstanden, daß die erste Linie nicht gebaut wird, sondern die zweite Linie. Singer stellte sofort fest, daß damit ein bisher von der Regierung bestrittenes Vorgehen als zu Recht bestehend erklärt worden sei, daß nämlich der Reichstag das Recht habe, ohne eine Vorlage der Regierung, Posten in den Etat einzusetzen. Das wollten nun freilich Herr Spahn und seine zahlreich herbeieilenden Helfer von der Rechten, wie die Regierung, nicht wahr haben und der ganze Posten wurde schließlich in die Budgetkommission zurückverwiesen.

**Der Kampf um das Wahlrecht in Bayern.**

(Aus München wird uns von gestern geschrieben: Mit den Liberalen, die schon bei den bisherigen Wahlrechtsdebatten wenig Vorbeeren pflichten konnten, ist heute einmal gründlich abgerechnet worden. Sie hatten sich die Sache freilich anders vorgestellt. Der liberale Fraktionschef Wagner nämlich, der heute als erster Redner sprach, hatte die Absicht, die Sozialdemokraten als Volkswerräter zu entlarven, die dem Zentrum die absolute Majorität gesellich garantieren wollen. Er warf unsern Genossen vor, diese hätten die prinzipiellen Forderungen des Regensburger Programms nicht vertreten, müßte sich aber in einem Zwischenruf sagen lassen, daß seine eignen Parteifreunde die diezüglichen Anträge der Sozialdemokraten im Ausschusse sämtlich niedergestimmt haben. Wagner meinte schließlich auch, das jetzige Wahlgesetz sei eigentlich viel gerechter, als das neue, weil das Zentrum dabei nicht so viel Siege aus eigener Kraft erobern könne. Der Liberalismus habe seine Forderungen an das Wahlgesetz auf das äußerste Minimum reduziert, er habe sich ausgezogen bis aufs Hemd und es schiene, daß man ihm dieses auch noch nehmen wolle. Die Erklärung der Regierung sei nicht nur eine Verdröhung, sondern auch eine unerhörte Verleibung seiner Partei. Die Krone des Ganzen sei aber, daß die Regierung bei der neuen Wahlkreiseinteilung (beim Scheitern des Gesetzes) nach den Grundfragen verfahren wolle, die in der Resolution niedergelegt seien. Es sei eine ganz neue Sitte, daß man die Materialien eines neuen Gesetzesentwurfs benütze zur Interpretation eines schon 20 Jahre bestehenden Gesetzes. Auf keinen Fall hätte die Erklärung der Regierung schon beim Beginn der Beratung erfolgen dürfen.

Auf die äußerst konfusen Ausführungen des liberalen Führers, der heute wirklich einen ganz ungewöhnlich schlechten Tag hatte, antwortete mit heisendem Sarkasmus unser Genosse Ehrhart. Er beendete die schamlose Haltung der Liberalen, die selber wiederholt dem Zentrum Kompromisse angeboten haben, um die Sozialdemokraten aus den Wahlkreisen zu verdrängen. Speziell in Speier habe der exliberale zweite Direktor der Palzbahnen sich nicht geniert, zu diesem Zwecke einen Besuch im bischöflichen Palais zu machen; er sei aber zu spät gekommen. Wenn die Liberalen durch Kompromisse Mandate

ergattern könnten, dann existiere für sie eine ultramontane Gefahr plötzlich nicht mehr. Daß von Liberalen, wenn sie die Mehrheit haben, ein freies Wahlrecht nicht zu erwarten sei, könne man in Baden, Posen, Preußen und namentlich in Sachsen sehen. Jetzt, wo die günstigste Gelegenheit wäre, dem Volke und den Städten zum Rechte zu verhelfen, verbände sich der bayerische Liberalismus sogar mit den allerschäblichsten Reaktionären, den agrarischen Wündern.

Nach den äußerst temperamentvollen, oft durch stürmische Heiterkeit unterbrochenen Ausführungen unfres Parteigenossen, ergriff, veranlaßt durch wiederholte Anspielungen der Liberalen, endlich auch Ministerpräsident v. Bodewits das Wort. Er beruhte geradezu die Liberalen und ihre Presse und gab unter stürmischer Heiterkeit alle Gespräche bekannt, die er jemals mit Abgeordneten geführt habe. Unrichtig sei die Behauptung, daß ihn eine Deputation des Zentrums durch Verdrehungen gezwungen habe, das Gesamtministerium zu der am Freitag verlesenen Erklärung zu veranlassen. Man mache ihn überhaupt für Dinge verantwortlich, für die er gar nicht einzustehen habe, und sogar auch für Pläne, die schon lange vor seinem Amtsantritt fertig gewesen seien. Falls das Gesetz, so könne die Regierung eine neue Wahlkreiseinteilung nicht umgehen, denn die ganze Entwicklung der Verhältnisse dränge dazu. Die Regierung werde sich durch die Angriffe der Liberalen auf keinen Fall von ihrem Standpunkt wegbringen lassen.

Als letzter Redner des heutigen Tages probuzierte sich noch der konservative Bauernblinder Richter, der in der Manier eines ostpreussischen Junkers in der einfältigsten Weise gegen die Sozialdemokratie polemisierte. Das Gesetz sei für ihn unannehmbar, da es die ländlichen Mandate zugunsten der großstädtischen Umsturzpartei vermindere, vor der er im übrigen gar keine Furcht habe.

**Berlin, 23. Februar.** Die Vorbereitungen zur Wiederholung des Rommerbantprozesses sind soweit gediehen, daß der neue Termin für die Hauptverhandlung Mitte April zu erwarten ist.

Auf Einladung des Ministers der öffentlichen Arbeiten traten gestern Kommissare der süddeutschen Bundesregierungen und der sächsischen Regierung mit Vertretern der Reichs-Eisenbahnverwaltung zur Beratung über Vereinfachungen in der Leitung des Güterverkehrs zusammen.

Gouverneur Bentzen meldet unter dem gestrigen Datum, daß in dem Telegramm vom 17. über das Gesetz der Rompanie Biskel insofern ein Irrtum vorgekommen ist, als nicht der Seefeldt Henze aus Desdorf, sondern der Seefeldt Haanse aus Sachsendorf in Sachsen schwer verunmüdet worden ist.

Nach einer verschiedenen Blättern zugegangenen Nachricht wurde der Beamte Eiß von der Siedelungsgesellschaft für Deutsch-Südwestafrika ermordet.

**Der Landtag der Anute.** Aus Berlin wird uns von gestern geschrieben: Zur Ruhmesgeschichte des preussischen Landtags ist heute ein Blatt zugefügt worden, das die Geschichte nicht so schnell vergessen wird.

Einmütig, ohne Protest, ohne Gegenrede hat das Massenparlament seine Genugtuung über die Rechtfertigung ausgedrückt, welche die Minister der Justiz und des Innern vor dem Landtage in der Sache der russischen Spielwirtschaft gegeben haben.

Veranlaßt durch eine Anfrage des nationalliberalen Abgeordneten Dr. Friedberg, sprach zunächst der preussische Justizminister. Der Minister erklärte, daß die Staatsanwaltschaft im Glauben war, die Vertrauensmänner, welche die russischen Schristen nach Rußland beförderten, hätten eine geheime — und deshalb strafbare — Verbindung gehabt. Der Minister gibt weiter zu, daß die Genossen in Königsberg verhaftet wurden, ehe der entsprechende Strafantrag seitens der russischen Regierung vorgelegt hat. Der Minister zitiert dann anarchoistische Nebenarten aus einzelnen der beschlagnahmten Schristen, bezieht sich in seinen weiteren Ausführungen fortwährend auf diese Blatte und sucht den Anschein zu erwecken, als ob die deutsche Sozialdemokratie den systematischen Terror „bewußt oder unbewußt“ fördere.

Von einer dieser Schristen sagt der Minister, daß sie in 88 Exemplaren vorgefunden worden sei, bei den andern teilt er die Anzahl der beschlagnahmten Exemplare überhaupt nicht mit. Damit steht fest, daß die Schristen, in denen sich die anarchoistischen Blatte befinden sollen, nur einen Betrag von 88 in den Bruchteil der massenhaft beschlagnahmten Schristen beträgt. Was besagt denn das? Wenn einzelne Personen anarchoistische Nebenarten veröffentlicht und nach Königsberg oder Wilmersdorf geschickt haben — was hat damit die russische oder die polnische Sozialdemokratie zu tun? Wo ist der Beweis, daß die verhafteten Genossen diesen Inhalt gekannt haben? Wo ist der Beweis, daß unfre Genossen diese Schristen nach Rußland verschickt haben?

Ist dem Minister nicht bekannt, daß sämtliche sozialdemokratischen Parteien in Rußland dem systematischen Terror prinzipiell feindlich gegenüberstehen? Ist dem Minister nicht be-

Gedanken zu gewöhnen; denn zu einer Trennung zwischen ihnen würde es doch werden, größer oder kleiner, das kam auf die Kinder selbst an. Was die Ordnung ihres Lebens im Verhältnis zu ihr und ihm anging, sollten sie völlig bestimmen. Sie wollte nichts fordern. Hier war es an ihnen, zu geben.

Sie hörte Tages Schritt im Salon und ging zu ihm hinein.

Er war so strahlend und zugleich so nervös, daß Frau Fönß gleich dachte, es sei etwas geschehen, und sie ahnte auch, was.

Jedoch er, der eine Art Einleitung zu dem finden wollte, was er auf dem Herzen hatte, saß und redete zerstreut über das Theater, und erst als seine Mutter zu ihm ging und ihre Hand auf seine Stirn legte und ihn zwang, zu ihr aufzusehen, vermochte er zu erzählen, daß er um Ida Kastager gefreit und ein Ja bekommen habe.

Lange sprachen sie dann darüber, doch Frau Fönß fühlte die ganze Zeit, daß in dem, was sie sagte, eine Mühe war, die sie nicht überwinden konnte, weil sie fürchtete, allzu sehr in Tages Ton einzustimmen, auf Grund der Erregung, in der sie selbst war, und dann auch vertraut sie nicht, daß ihr mißtrauischer Gedanke sich auf der Spur selbst des schwächsten Schattens einer Verbindung hin dachte zwischen dem, daß sie heute abends freundlich war und dem, was sie morgen erzählen wollte.

Tage bemerkte jedoch von Mühe nichts.

Diese Nacht bekam Frau Fönß nicht viel Schlaf in die Augen; sie hatte allzu viele Gedanken, mit denen sich noch zu erhalten. Sie dachte daran, wie wunderbar es war, daß er und sie, als sie sich trafen, einander lieben sollten wie in alten Tagen.

Doch es waren alle Tage, besonders für sie, sie war ja nicht, sie konnte jedenfalls nicht länger mehr jung sein. Und das würde sich zeigen; er würde schließlich mit ihr Rücksicht haben müssen, sich daran gewöhnen, daß es lange her war, seit sie achtzehn Jahre gewesen. Jedoch sie fühlte sich jung; sie war es in so manchen Richtungen, und dennoch war es gerade dies, daß sie das Bewußtsein ihrer Jahre hatte; sie sah es so deutlich: in tausend Bewegungen, in Mienen und Gesten, in der Art, wie sie auf einen Wink kommen würde, in der Art, wie sie bei einer Antwort lächeln würde, zehnmal im Tag würde sie sich darin alt machen, weil sie des Mutes ermangeln würde, im Neuhären so jung zu sein wie in ihrem Gemüt.

Und Gedanken kamen und Gedanken gingen, aber durch das alles brach immer nur die eine Frage hervor, um ihre Kinder, was sie sagen würden.

Es war spät am Morgen des nächsten Tags, daß sie die Antwort herausforderte.

Sie saßen im Salon.

Sie sagte, daß sie sie etwas Wichtiges müsse wissen lassen, etwas, das für sie alle eine große Veränderung herbeiführen werde, etwas, das ihnen sehr unerwartet kommen würde. Sie bat sie, es anzuhören, so ruhig sie es vermöchten und sich nicht vom ersten Eindruck zu unbedachtlichen Dingen hinreißen zu lassen; denn sie müßten wissen, daß, was sie ihnen erzählen wolle, fest abgemacht sei und daß nichts, was sie zu sagen vermöchten, sie veranlassen würde, es abzuändern.

„Ich will mich wieder verheiraten“, sagte sie, und sie erzählte ihnen, wie sie Thorbrögger geliebt, ehe sie

ihren Vater kannte, wie sie von ihm getrennt worden war und wie sie sich nun gefunden hätten.

„Ach, aber Mutter, liebste Mutter! was haben wir Dir doch getan; haben wir Dich nicht immer geliebt; haben wir uns nicht, wenn wir bei Dir waren und wenn wir fort von Dir waren, zu Dir hingesehnt wie zum Besten, das wir auf der Welt besaßen? Den Vater haben wir ja nicht gekannt, außer durch Dich; Du bist es, die uns gelehrt hat, ihn zu lieben, und wenn Elinor und ich einander so gern haben, ist es dann nicht, weil Du Tag für Tag, unermüdet, dem einen gezeigt, was im andern wert war, geliebt zu werden, und war es so nicht mit jedem Menschen, an den wir uns geknüpft, haben wir nicht alles von Dir? Alles haben wir von Dir, und wir beten Dich an, Mutter; wenn Du wüßtest . . . ach, Du ahnst nicht, wie oft die Liebe zu Dir über alle Ufer und Grenzen zu gehen begehrt, zu Dir hinauf; aber Du bist es wieder, die uns gelehrt hat, sie niederzuzahlen und wir kommen Dir nie so innig nah, wie wir so gerne wollten. Und nun sagst Du, Du willst Dich uns ganz wegnehmen, uns ganz beiseite schieben! aber das ist ja unmöglich; was könnte, der es mit uns auf Erden am schlimmsten meinte, gegen uns tun, das so fürchterlich wäre, wie das, und Du meinst es mit uns nicht am schlimmsten auf Erden; Du meinst es mit uns ja gut; wie kann es da möglich sein! Beeile Dich zu sagen, es ist nicht wahr, es ist nicht wahr, Tage, es ist nicht wahr, Elinor.“

„Tage, Tage, komm doch zu Dir selbst und mach es nicht so schwer, sowohl für Dich wie für andre.“

Tage erhob sich.

(Fortsetzung folgt.)

kannt, daß dies in unzähligen Artikeln der russischen, polnischen, jüdischen und andern sozialdemokratischen Blättern der in Rußland wirkenden Parteien Klipp und Kar gesagt worden ist? Der Terrorismus als Kampfmittel ist von der sozialdemokratischen Arbeiterbewegung in Rußland seit langem — eben durch Annahme der sozialdemokratischen Prinzipien des Klassenkampfes — überwunden.

Man wird uns die wenigen Mordtate in Rußland auch in den letzten Jahren vorhalten. Man denke sich aber in die Verwirrung hinein, in welche das Volk durch die Wutattacken der russischen Regierung systematisch hineingetrieben wurde. Man denke sich in die Gefühle der Brüder, der Freunde von Arbeitern hinein, die bei einer einfachen Demonstration von Jagenskörgern erschossen, erschlagen oder mit Peitschenhieben zu Tode gedrückt wurden. Man versehe sich in die Lage hungriger, armer, verzweifelter Arbeiter, die beim Streik gesehen haben, wie ihre Leidensgenossen von Soldaten zu Dugenden mit Gewehrfaßeln dahingestreckt wurden. Man denke, wie oft auf fliehende Streikende geschossen wurde. Man versehe, welchen Eindruck es macht, wenn Verwandte, Bekannte, Freunde erfahren, daß man die Ihrigen wegen politischer Vergehen durch Standgerichte zum Tode verurteilt und hingerichtet hat. Man schaue in die Gedankenwelt der Bauern, die z. B. bei den Bauernunruhen zu Tausenden öffentlich bis zur Erschöpfung gepeinigt worden sind. Man denke an die Männer, Brüder und Väter der Frauen, welche bei Unruhen schon mehr als einmal von der wilden Soldateska auf öffentlichen Plätzen geschändet worden sind.

Bei alledem kann man der auffällenden Tätigkeit der sozialdemokratischen Organisationen in Rußland, welche trotz aller Empörung und Verzweiflung der Volksmassen den Terrorismus vernichtet haben, nicht genug Anerkennung zollen.

Der Minister des Innern Herr v. Hammerstein, der Mann des Klaffens: „Wir haben zu befehlen — Sie haben zu gehorchen“, hat es sich noch leichter gemacht. Er weiß zunächst, daß bei der russischen Volkspartei ein Beamter ist, der den speziellen Auftrag hat, die russischen „Anarchisten“ zu bewachen. Es ist ihm nichts bekannt, daß der Beamte sich noch weiterer Agenten in Deutschland ausgesprochen ist. Von allen den Fällen, die im Reichstag und im Vorparlament vorgebracht wurden, konnte nichts wahr sein, denn — es ist nichts in dieser Richtung ermittelt worden! Selbst aus der Tatsache, daß die betroffenen Russen und Polen keine Beschwerde an den Minister eingereicht haben, schließt er auf die Unrichtigkeit der sozialdemokratischen Vorwürfe. Der Herr Minister scheint nicht zu wissen, daß Ausländer, die jeden Tag über die Grenze geschoben werden können, sich wohl hüten werden, durch Eingaben an den preussischen Volkstisch die Aufmerksamkeit auf sich zu richten! Ohne alle Umschweife bezeichnet er die russischen Sozialdemokraten — die Feinde der Anarchie und des Terrors sind — mit den Worten „also Anarchisten“. Und er hält es für selbstverständlich, daß Deutschland gegen diese Leute vorgeht! Klipp und Kar sagt der Minister, daß man die „Anarchisten“ auf direktem Wege „nach der Heimat zurück befördere“. Die Auslieferungspraxis wird damit ungewöhnlich gesteigert — denn jeder Revolutionsrat kann ja als „Anarchist“ bezeichnet werden. Hammerstein geht konsequent weiter. Er unterstreicht die Worte Reichstagspräsidenten, die da einen Sturm der Entrüstung hervorgerufen haben: Man könne dabei diejenige Grenze wählen, die der Regierung geeignet scheint. Und zum Schluß noch ein blankes Zugeständnis: man habe mit der Unübersichtlichkeit der Sache vereinbart, sich gegenseitig auf solche Stützpunkte aufmerksam zu machen, die sich mit Politik befassen.

Kein Abgeordneter hat hiergegen protestiert — alle empfanden „Genehmigung“ über die Erklärung der Minister. Wenn auch von der Linken einzelne Wünsche höflichst und bescheidenst vorgebracht wurden, sie gipfelten doch alle in den Worten: Wir freuen uns über die Erklärungen, wir empfinden Genehmigung, wir sind befriedigt. Nur die konsequenten und christlichen Revolutionäre waren nicht ganz befriedigt — zwar waren sie von den russischen Erklärungen enttäuscht, aber — die gingen nicht weit genug. Und laut und vernehmbar forderten sie scharfes Vorgehen (sollte heißen Ausnahmemaßnahme) gegen die deutsche Sozialdemokratie. Kein Mensch widersprach auch dem. Die polnische Fraktion schwieg gänzlich. Der attawaische Gedanke — der in der Wirklichkeit heute den russischen Gedanken bedeutet — feiert bei dieser Gesellschaft feierliche Orgien. Kein Mißton erklang. Die eine konterrevolutionäre, reaktionäre Masse hat wiederum vor aller Welt offenbart, daß sie lebt — und mit ihr die Kulturfeindschaft, der offene und bewußte Haß aller bürgerlichen Parteien gegen die Freiheit.

**Ein verprügelter Leutnant.** In dem vor kurzem verurteilten Prozeß gegen Kaufmann Theodor Steiner und Genossen in Köln wegen gemeinschaftlicher vorfälliger Körperverletzung, begangen an dem Leutnant Bruns im Monopolhotel zu Köln, wurde gestern das Urteil gefällt. Nach dem Urteile des Staatsanwalts wurden Steiner zu 200 Mk. und Kaufmann Dahlhausen zu 80 Mk. Geldstrafe verurteilt. Knechtelbesitzer Drecher wurde freigesprochen.

Brunns hatte in dem Weinrestaurant des genannten Hotels, obwohl er in Zivil war, den einjährigen Drecher ohne Grund in der beleidigendsten Weise angefahren und mit lauter Stimme vor dem ganzen Publikum einen blühenden, einen unverschämten Fliegel u. genannt. Die darüber empörten Freunde Drechers kamen mit Bruns zu einem Wortwechsel, der schließlich in eine Prügelei überging und damit endete, daß Bruns vom Hause aus hinausgeworfen wurde. Sowohl der Staatsanwalt wie der Gerichtshof bezeichneten das Benehmen des Bruns als vollständig ungehörig.

**Eine drakonische Strafe.** Das Kriegsgericht in Rassel verurteilte den Musikleiter Faßel vom 167. Infanterieregiment wegen Ungehorsams, Ungehorsams und Bedrohung von Vorgesetzten zu 5 Jahren Gefängnis.

tz. Die Landesversammlung der badischen Konserbativen wird am 24. Februar in Karlsruhe stattfinden. Die Tagesordnung ist vorerst noch unbekannt.

tz. Die Jungliberalen Badens werden nächsten Sonntag vor der Sitzung des Reichstages Ausschusses der nationalliberalen Partei Badens in Karlsruhe eine Vorbesprechung haben, um zur Wahlreform Stellung zu nehmen.

tz. Als vermutlicher Nachfolger des verstorbenen badischen Finanzministers Buchenberger wird jetzt auch der Ministerialdirektor Eugen Becker, 1858 in Forzheim geboren, genannt. Becker leitet zurzeit provisorisch das Finanzministerium.

**Die Aussperrung der Amsterdamer Diamantarbeiter.** Die Zahl der ausgesperrten Mitglieder des Diamantarbeiterbundes betrug bei der Zählung am 21. 5600. Dazu kommen ein paar Hundert der religiösen Organisationen, welche mit dem Diamantarbeiterbund gemeinsame Sache machen.

**Kleine politische Nachrichten.** Der bulgarische diplomatische Agent Ratschewitsch soll heute in Valais des Sultans Erklärungen abgeben, die dahin gehen, daß Bulgarien fest entschlossen ist, den Frieden aufrecht zu erhalten. In wohlinformierten bulgarischen Kreisen verläutet, daß Bulgarien und die Türkei gewisse Abmachungen schriftlich auszuhandeln werden, worauf dann sofort die Annahme der verhafteten Bulgaren, sowie die Reintegrierung der Emigranten erfolgt. — Bergarbeiter von Melsb. nach Mittelung

von unabhängiger Seite werde die Frage der serbischen Offiziere (Adjudanten) demnachst im Sinne des Verlangens Europas gelöst werden. Es verlautet, der serbische Gesandte Nowakowitsch, der kürzlich nach Petersburg abgereist ist, solle die russische Regierung davon benachrichtigen. — Wie es heißt, soll der ehemalige Generalgouverneur von Ungarn Revoll zum französischen Gesandten in München ernannt werden an Stelle des Abbanas, der in den Ruhestand tritt. — Gestern begann in München die Verhandlung von fünf noch unerledigten Anklagen im Zusammenhang mit den Ausschreitungen gegen die Juden im April v. J. — Ein Teil der Garnison von Queita (Judien), darunter ein britisches Regiment und eine Batterie Gebirgsartillerie, hat dem Vernehmen nach den Befehl bekommen, sich für den Vormarsch nach Anstalt bereit zu halten. Alle Vorbereitungen des Transportkommissariats sind getroffen. — Die Gruppe der französischen Nationalisten hat Herrn Faure beauftragt, heute in der Kammer eine Interpellation einzubringen, ob nicht die Verhaftung von Pöbeln als Marine minister eine Gefahr für die nationale Sicherheit sei. — Bei Mome an Gardasee wurden zwei ziviltroagende Offiziere der Kroater Jäger bei photographischen Aufnahmen der Grenzbesetzungen verhaftet und in das Gefängnis nach Salo abgeführt. — Der ungarische Finanzminister und der Handelsminister trafen gestern in Wien ein, um mit ihren österreichischen Kollegen wichtige Beschlüsse in Angelegenheit der Handelsvertragsverhandlungen zu treffen.

**Oesterreich-Ungarn.**

**Österreichische Landwirtschaft.**

**Wien, 22. Februar.** Der Landwirtschaftsmajor Wienhowski in Stanislau wurde wegen Betrübereien bei der Aushebung verhaftet. Man ist einer ganzen Bestechungssache auf die Spur gekommen. Auch in Lemberg, Przemyßl und Radauz wurden Landwirtschaftsbeamte verhaftet.

**Ans Sachsen und den Nachbargebieten.**

**§ 19 des Vermögenssteuergesetzes.**

Das Vermögenssteuergesetz ist am 1. Januar d. J. in Kraft getreten. In industriellen Kreisen hat es große Unzufriedenheit hervorgerufen, weil nach § 19 das dem Betriebe der Landwirtschaft oder Forstwirtschaft auf eigenen Grundstücken (ausschließlich der Nebenbetriebe) dienende Anlage- und Betriebskapital nicht zu dem steuerpflichtigen Vermögen gehören soll. Diese Bestimmung ist seinerzeit auf Veranlassung der Ersten Kammer in das Gesetz hineingefügt worden, um die dringend notwendige Steuerreform nicht scheitern zu lassen, hat die Zweite Kammer im Einigungsverfahren im vorigen Landtag dieser Bestimmung zugestimmt. Gleich nach Beginn dieses Landtages brachte die konservative Fraktion einen Antrag ein auf Aufhebung dieses § 19. In der Zweiten Kammer wurde kürzlich dem Antrage zugestimmt und die Angelegenheit der Gesetzgebungsdeputation und der Finanzdeputation überwiesen. Diese haben vor einigen Tagen ihren Bericht erstattet und heute steht die Angelegenheit wiederum zur Verhandlung in der Zweiten Kammer.

In den Deputationen ist zunächst die Frage einer völligen Revision des Gesetzes, die bei der Beratung in der Kammer aufgeworfen wurde, überhaupt erwogen worden. Abg. Rudelt bejahte diese Frage und wünschte, daß man das Verlangen in großen Städten, sowie die persönliche Berechtigung zum Betriebe gewisser Gewerbe der Ergänzungssteuer unterstellen sollte. Von anderer Seite wurde dagegen geltend gemacht, daß es nicht ratsam sei, im gegenwärtigen Augenblicke auf eine allgemeine Revision der Ergänzungssteuer zuzukommen. Das Gesetz sei erst am 1. Januar d. J. in Kraft getreten, die erste Einschätzung auf seine Grundlage finde noch statt und Erfahrungen irgendwelcher Art lägen noch nicht vor. Dre Wunsch der weit überwiegenden Mehrheit der Zweiten Kammer sei auf Befestigung des § 19 des Gesetzes gerichtet, und seine Verwirklichung würde auf das ernsteste gefordert werden, wenn man jetzt weitere Ziele verfolgen. Zunächst müsse man die Willensmeinung der Ersten Kammer über den streitig gewesenen Punkt zu erforschen suchen und gleichzeitig dahin streben, daß die Erste Kammer ihren bisher mit großer Fähigkeit festgehaltenen Standpunkt in dieser Angelegenheit verlasse.

Die Deputationen beschloßen gegen eine Stimme, lediglich die Frage wegen Aufhebung des oft erwähnten § 19 zum Gegenstande ihrer Beratungen zu machen. Die Beratungen führten die Deputationsmitglieder, abgesehen von dem (stodagratischen!) Abgeordneten Steiger, zu der Ueberzeugung, daß die fragliche Bestimmung aus dem Ergänzungssteuergesetz entfernt werden muß. Die Deputation erbat sich Auskunft von der Regierung, ob, wenn in der Ersten Kammer die Annahme des Antrages Ruder und Genossen erfolge, die Regierung in der Lage sein würde, noch dem gegenwärtigen Landtage einen entsprechenden Gesetzentwurf zur Abänderung des Ergänzungssteuergesetzes vorzulegen, daß die Verabschiedung des Entwurfs noch im jetzigen Landtage möglich wird. Die Regierung erklärte sich dazu bereit. Die Deputation beschloß darauf, der Kammer zu empfehlen, die Regierung zu ersuchen, 1. den Kammerern einen Gesetzentwurf vorzulegen, der die Aufhebung des § 19 des Ergänzungssteuergesetzes vom 2. Juni 1902 bestimmt; 2. die Erste Kammer zum Beitritt zu diesem Beschlusse einzuladen.

Die Angelegenheit wird, wie gesagt, heute bereits in der Zweiten Kammer behandelt und es wird auch im Sinne des Deputationsantrages beschloßen werden. Eine andre Frage ist freilich, wie sich die Agrarier der Ersten Kammer, die Väter des das landwirtschaftliche Betriebskapital freilaßenden § 19, zu der Aufhebung dieses Paragraphen stellen werden. Es ist noch sehr zweifelhaft, ob die Großgrundbesitzer dieser Kammer von ihrem Standpunkte abgehen werden. Sollte dies jedoch wirklich der Fall sein, so wäre damit die „Reform“ des Ergänzungssteuergesetzes noch lange nicht erledigt. Möglicherweise stellt sich die Erste Kammer aber auf den Standpunkt, daß, wenn einmal revidiert werden soll, es richtiger sei, gleich die Revision des ganzen Gesetzes vorzunehmen. Dann wäre die Revision auf mindestens zwei Jahre verschoben, die Agrarier hätten wieder einmal Zeit gewonnen.

**Zur Gemeindesteuerverordnung.** In einer öffentlichen Versammlung des nationalliberalen Deutschen Reichsvereins in Dresden unterzog der Syndikus des Verbandes sächsischer Industrieller, Dr. Stresemann, die Belastung der Gewerbetreibenden durch die von der Regierung geplante Gewerbesteuer einer sehr scharfen Kritik. Im Anschluß an den Vortrag wurde folgende Resolution einstimmig angenommen:

Die am heutigen Abend vom nationalliberalen Deutschen Reichsverein in Dresden einberufene und namentlich aus gewerblichen Kreisen außerordentlich stark besuchte öffentliche Versammlung protestiert entschieden gegen die von der sächsischen Regierung geplante Neuerung des Gemeindesteuerverfahrens in der jetzigen Form, weil diese Neuerung den Handel und das Gewerbe in durchaus einseitiger Weise belasten und namentlich durch die geplante Einführung einer breiten Gewerbesteuer auf das gesamte Erwerbsleben lähmend einwirken muß. Die Versammlung erwartet von den Mitgliedern der zweiten Ständekammer, daß sie die Gesetzesvorlage ohne Ueberweisung an eine Deputation ablehnen.

Die Stadtverwaltung in Auerbach hat sich der bereits erwähnten Resolution der Zwickauer sächsischen Behörden gegen die Gemeindesteuerverordnung angeschlossen.

**Verband der Sächsisch-Thüringischen Textil-Industriellen.**

Die Bestrebungen dieses Verbandes laufen auch darauf hinaus, unberechtigte Forderungen der Textilarbeiter mit aller Energie zurückzuweisen. Also ein Bund der Schärmmacher, wie er im Buche steht; denn für den Unternehmer ist jede Forderung der Arbeiter, die auf eine Besserung der Lohn- und Arbeitsverhältnisse hinstrebt, eo ipso unberechtigt. Die Satzungen enthalten folgende bezeichnende Einleitung:

„In Gemäßheit der §§ 1 und 17 der Satzung des Verbandes Sächsisch-Thüringischer Weberereien wird vom Vorstand des Verbandes zum Zweck des Schutzes der Verbandsmitglieder gegen „unberechtigte Anforderungen der Arbeiter“ folgendes Regulativ erlassen.“

Vor jedem Verbandsmitglied, welches Stühle im eignen Betriebe oder im Lohne beschäftigt wird je ein Mindestlohn tarif für Rohwaren und Hutmwaren verlangt, der bei dem Vorstand einzureichen und nach welchem die Löhne zu bezahlen sind.

Der Vorstand kann aber auch für einen ganzen Bezirk einen einheitlichen Lohn tarif aufstellen. Ferner ist er berechtigt, für die gesamte Ausdehnung des Verbandes und für alle Mitglieder einen einheitlichen Tarif festzusetzen. Zuwiderhandlungen gegen die Festsetzungen sollen mit Strafe bis zu 10 000 Mk. bestraft werden. Jedes Mitglied muß sich vertragsmäßig und unter Ausschluß des Rechts wegs zur Entrichtung etwaiger Strafen verpflichten.

Wird in dem Betriebe eines Verbandsmitgliedes die Arbeit eingestellt, so ist sofort dem Vorstand Meldung zu machen, welcher dann die Ursachen zu untersuchen hat. Eine einzuberufende Hauptversammlung kann nicht nur die Schließung der Betriebe einer bestimmten Ortsgruppe, sondern sämtlicher Verbandsfirmen beschließen. Die Verbandsfirmen, die sich den Beschlüssen nicht fügen, können in eine Strafe bis zu 50 000 Mk. genommen werden. Damit die Strafen im Eventualfalle auch eingetrieben werden können, ist jede Verbandsfirma verpflichtet, bei dem Vorstand ein Akzept zu hinterlegen. Diese Akzente sollen lauten:

für Mitglieder bis einschl. 50 Stühle auf 5000 Mk.		
„ „ „ „ „ 100 „ „	10000	
„ „ „ „ „ 200 „ „	20000	
„ „ „ „ „ 300 „ „	30000	
„ „ „ „ „ 400 „ „	40000	
„ „ „ „ „ 500 „ „	50000	

Das Akzept ist bei Sicht zahlbar, der Ausstellungstag derselben bleibt unausgefüllt.

Einzelnen Verbandsfirmen, bei denen ohne ihr Verschulden Arbeitseinstellungen erfolgen, können vom Vorstand Entschädigungen bis 1000 Mk. gewährt werden.

Das sind die Grundlagen des neuesten „Schutz- und Trugbündnisses“ der Sächsisch-Thüringischen Textilbarone. Für die Textilarbeiter erwächst, angesichts dieser fortwährenden Koalition der Unternehmer die Pflicht, auch ihre Organisation, den Deutschen Textilarbeiterverband, nach besten Kräften auszubauen. Der Organisation der Unternehmer muß gegebenenfalls eine kräftige Organisation der Arbeiter entgegengestellt werden können. Den Unternehmern erwächst noch der Vorteil, daß sie ihre Pläne im geheimen schmieden können, während die Arbeiter der vollen Öffentlichkeit ausgesetzt sind.

Der Berufserklärung sollen sich die Genossen Gutz, Redakteur des Sächsischen Volksblattes, und Keil aus Witzau schuldig gemacht haben, und zwar soll dies Gutz mit 50 Mark und Keil mit 30 Mark büßen. Das strafbare Vergehen hat die Amtshauptmannschaft in einem Eingeband im Sächsischen Volksblatt gefunden. Das Eingeband behandelte die Lokalfrage in Witzau, und es hieß da u. a.: „Ich sowohl wie die gesamte organisierte Arbeiterschaft können alle ohne Herrn Grober existieren, ob Herr Grober ohne die Arbeiterschaft fernerstehen ebenso gut existieren zu können glaubt, wie bisher, muß er am besten wissen.“ Und ferner: „Für die organisierte Arbeiterschaft von Witzau und Umgegend wird es genügen, wenn am dieser Stelle von neuem konstatiert wird, daß Herr Paul Grober in Witzau der Arbeiterschaft seine Lokalitäten zur Abhaltung von Versammlungen nach wie vor verweigert.“ Durch diese beiden Sätze sollen die beiden Genossen nach Ansicht der Amtshauptmannschaft ganze Volkskreise öffentlich aufgefordert haben, das betreffende Lokal zu meiden. Die beiden Genossen werden natürlich das Gericht darüber entscheiden lassen, ob im Lande des Militärbonkotts schon Bemerkungen wie die obigen als Berufserklärung bestraft werden können.

**Schwendig.** Die am 13. Februar vom Gewerkschaftskarteil veranstaltete Arbeitslosen zählung ergab folgendes Resultat: als gänzlich arbeitslos wurden 64 Personen gezählt, davon waren organisiert 59, verheiratet waren 58 mit 128 Kindern. Die durchschnittliche Arbeitslosigkeit der organisierten Arbeiter betrug 7 1/2 Wochen; die der nichtorganisierten 5 1/2 Wochen. Mit beschränkter Arbeitszeit arbeiteten 6 Personen, davon waren 5 organisiert, nichtorganisiert 1 Person, verheiratet waren 5 Personen mit 10 Kindern. Die durchschnittliche Arbeitszeit betrug 5 1/2 Stunden pro Tag. Als krank wurden 8 Personen gezählt. Organisiert waren 7 Personen mit 16 Kindern. Durch Krankheit waren die Kranken im Durchschnitt 11 Wochen arbeitslos. Drei Gemahregelte erhalten Gemahregelunterstützung. Gänzlich arbeitslos waren organisierte Maurer 18, Arbeiter 35, Kürschner 4, Tischler 2, Steinseher 2, Buchdrucker 1, Maschinist 1, Lackierer 1, Schlosser 1, Bäcker 1, Barbier 1, Drechsler 2, Zimmerer 2, Goldbildhauer 1, Schmiede 1, Klempner 1, nichtorganisierte 1 Kesselschmied, 1 Eisendreher. Beschränkte Arbeitszeit hatten organisierte Kürschner 1, Maurer 1, Steinmetz 1, Zimmerer 1, Schlosser 1; nichtorganisiert 1 Arbeiter.

Am Sonntag fand eine öffentliche Mitgliederversammlung des Sozialdemokratischen Kreisvereins Merseburg-Querfurt Distrikt Wehlitz statt. Vor Eintritt in die Tagesordnung wurde durch Erheben von den Vätern des Andenken des verstorbenen Genossen und Reichstagsabgeordneten Rosenow geehrt. Zum ersten Punkt wurden drei neue Mitglieder aufgenommen. Zu Punkt 2 hielt Genosse Güniger-Wehlitz einen sehr verständlichen Vortrag über das Thema: „Entwicklung der Bewegung der Welt“. Abender hob hervor, wie sich sämtliche lebende Wesen in aufeinanderfolgenden Zeiträumen entwickelt und verändert haben. Er erntete reichen Beifall. Zum dritten Punkt: Verschiedenes, wurden mehrere Gemeindeangelegenheiten besprochen.

Hierzu drei Beilagen.

### Achtung! Steinarbeiter.

Donnerstag, den 25. Februar, abends 8 Uhr  
**Mitglieder-Versammlung**

im Saale des Römischen Hofes, Mittelstrasse 11.  
Tagesordnung: 1. Wahl eines Delegierten zur Generalversammlung.  
2. Anträge zur Generalversammlung. 3. Gewerkschaftliches.  
Die Kollegen werden ersucht, die Mitgliedsbücher mitzubringen und recht zahlreich zu erscheinen.  
Der Vorstand.

### Maschinisten u. Heizer. Centralverband.

Sonnabend, den 5. März  
**Grosses Winter-Fest**  
in beiden Sälen der Flora, Windmühlenstrasse, bestehend in **Konzert und Ball.** Großartige Überraschungen. Die Musik wird von der Leipziger Musikervereinigung, Direktion: G. Schüke, ausgeführt.  
Programme hierzu, 15 Pfg. im Vorverkauf, sind bei den Bistfiers der Flora und Stadt Hannover zu haben, ebenso auch bei den Verkaufsstellen.  
An der Kasse 25 Pfg.  
Ru reger Beteiligung ladet freundlichst ein Das Festkomitee.

### Deutscher Verein für Volkshygiene Ortsgruppe Leipzig.

Dienstag, den 23. Februar, abends 8 Uhr, **Öffentl. Versammlung**  
in der Aula der Handelslehranstalt, Köhrstrasse 8/5. — Privatdozent Dr. med. Pässler: **Der Alkohol in Bezug auf Gesundheitspflege u. Krankenbehandlung.**  
Der Eintritt ist für jedermann frei.

### Reichs-Ecke

Reichsstrasse 45/47  
P. Danneberg  
**Vorzüglicher Mittagstisch**  
von 12—3 Uhr.  
Täglich von 5 Uhr an: Warmen Schinken m. Kartoffelsalat.

### Restaurant „Zur Börse“

Neu-Mockau.  
Erlaube mir, der geehrten Nachbarschaft und Einwohner von Neu-Mockau bekannt zu geben, daß ich obiges Restaurant selbst übernommen habe und bitte, mich durch zahlreichen Besuch gütlich unterstützen zu wollen.  
Hochachtungsvoll Max Graupner.

## Das Neueste der Frühjahrs-Saison in Herrenhüten und Krawatten

Glacéhandschuhe und Hosenträger  
Schirme und Stöcke  
**Rich. Schulze**  
Lindenau, Ecke Merseburger- u. Aurelienstr.

### Eine sehr wertvolle Goldene Uhr

mit Kette erhält der  
2. 4. 6. u. 8. hundertste Besteller (bis 1/4) auf diese Offerte grat. zugefandt. D. Namen v. d. Redakt. dies. Zeitung mitgeteilt.  
ca. 3 Pfd. Dieter Nauchaal, ff. Lauch u. Ia. 5 Sprossen, 1 Dof. Ia. Delfarb. 2 Df. ca. 50 Delicateher. u. Kolmips. 1/2 N Caviar u. 30 Goldspüßl. 8 Sort. für 5 1/2. A. aber Fracht u. Portofrei g. Man! Rel. Nebenberecht! Das Konkurrenzcolli: ca. 50—60 Delicateh. u. Frühstücker. 1 Hal 1 Df. Delfardin. 1 Std. arb. Lauch u. 30 Goldspüßl. 6 Sort. frei. 3 1/2. A! Die Konkurrenz nimmt für 5 Sort. 2,95 u. 70 Pfg. Porto = 3,65  
El. Degener, Nord- u. Ostseefischer-Exp., Zwinemünde 70 b. Zeit ca. 25 Jahr bewährte Firma! Genau bestellen.

### Zur Konfirmation

empfiehlt Senden für Knaben und Mädchen, weiße Unterröcke und Schürzen in weiß und bunt zu billigen Ausnahmepreisen  
Fabrik Weststr. 67, pt.  
Händler Vorzugspreise.

### Konkurs-Schuhwaren-Ausverkauf

Brühl 28 **Nur kurze Zeit!** Nikolaistr. 36  
der Freierrschen Schuhwaren-Konkursmasse.  
**Herren-, Damen- u. Kinderstiefel**  
Verkauf von früh 9—1 Uhr und 1/2 8—8 Uhr abends.

### Enorm billig. Gänzlicher Ausverkauf von Schuhwaren

wegen Aufgabe meiner Geschäfte  
Zeltzer Str. 2, Ecke Albertstr., u. Volkmarstr., Natalienstr. 14  
verkaufe ich die vorhandenen riesigen Lagerbestände zum Teil **weit unter Selbstkostenpreis.**  
In ganz kurzer Zeit müssen meine Läger geräumt sein, darum verkaufe ich:  
**Herren-Stiefel**  
Herren-Zugstiefel jetzt nur 3.90  
Herren-Schaftstiefel jetzt nur 5.90  
Eleg. Herren-Promen.-Sohne jetzt nur 3.50  
H.-Sohnstiefel, jetzt nur 5.90  
**Damen-Stiefel**  
Knopf-u. Sohnstiefel eleg. Sitz, jetzt nur 4.90  
Knopf-u. Sohnstiefel ochtBoxoalf, jetzt nur 6.90  
Prom.-Schuhe, jetzt nur 3.50  
Damen-Hauschuhe Leder ... jetzt nur 1.95  
**Kinder-Stiefel**  
Kinder-, Knopf- und Sohnstiefel 25—26, nur 2.45  
27—30, nur 2.95  
31—35, nur 3.45  
Kinder-Hauschuhe nur 1.50

**Billig!** Warme Schuhwaren aller Art weit unter Preis!  
**Billig!** Turnschuhe mit Gummisohlen  
für Herren 1.95 — für Burschen 1.75 — für Kinder 1.30  
**F. Ehlers Schuh-Ausverkauf**  
Zeltzer Strasse 2, Ecke Albertstrasse Volkmarstr., Natalienstr. 14.  
Streng reelle Bedienung

### Arbeiter-Verein Deutsch.

Sonnabend, den 27. Febr., abends 7, 9 Uhr  
**Diskussions-Abend**  
im Vereinslokal: Restaurant Schinnerling.  
Thema:  
**Was lehrt uns der Grimmischauer Streik.**  
Sonntag, den 28. Februar  
**XIII. Stiftungsfest**  
im Gasthof zum schwarzen Jäger.  
Der Vorstand.

### L.-Lindenau, Weststrasse 1

Morgen Mittwoch: **Großes Schlachtfest.** 8 Uhr Wellfleisch. [2022]  
Blut- u. Leberwurst, à Pfd. 60 Pfg., bei 10 Pfd. 58 Pfg. Schner, à Pfd. 60 Pfg., **Nettes Schweinefleisch** à Pfd. 55 Pfg., Speck, à Pfd. 60 Pfg. Karl Ernst, Gerberstr. 40.

### Speisekartoffeln

verkauft im einzelnen  
**Alwin Neumann,**  
L.-Grenzsch, Hauptstraße 9.

### Wer liebt

ein zartes, rein. Gesicht? rosiges, jugendliches Aussehen? weiße, samtetweiche Haut? und blendend schönen Teint?  
Der gebrauchte nur: **Kadebener Stedenpferd-Lilienmild-Seife**  
von Bergmann & Co., Kadebent mit edler Schutzmarke: Stedenpferd à St. 50 Pfg. bei:  
Engel-Apothek, Markt 12.  
Albert-Apothek, Emilienstr. 1.  
Girch-Apothek, Grimm. Steinweg 28.  
Annann & Co., Neumarkt 12.  
G. F. Albinus, Grimm. Steinweg 17.  
Max Hilbert, Eisenbahnstr. 55.

### Gardinen

Stores, Vitragen, Blenden usw., nur neueste Muster und haltbarste Qualitäten, da besondere Herstellungsmethode. Verkauf direkt an Private.  
Fabriklager und Spezialhaus für Gardinen, Teppiche, Möbelstoffe etc.  
**Leo Engel, Sainstraße, Ecke Brühl**

### Tanz-Unterricht

H. Papst, Oufourstr. 22.  
Aufnahme u. Unterricht jeder Zeit, Aelt. Damen u. Herren sehr zu empfehlen.

### Neugebauer

akad. geb. (nicht approb.) Praktikant fr. an Dr. W. Schwabes Poliklinik. **Gonorrhoe-pathische u. naturgem. Behandlg. von Geschlechts-, Haut-Drüsen-, Magen-, Darms-, Blasen-, Nierenleiden, Infuenza, Rheum., Ischias, Gicht, Nervosit., Blutschud, Frauenleib. u. Lichtellverfahren** (Farb. Lichtbäder u. Bestrahlungen). Langjähr. Erfahrungen, vorzügl. Erfolge.  
**Königsplatz 1.**  
Sprechzeit: 9—2, 5—8, Sonntags 10 bis 1; nach ausw. briefl.; **Badzeit:** 8 bis 12, 2—9, Sonntags 9—1; Damen wochentags 10—12, 2—6.

### Gummi-Artikel

Empfehle sämtliche  
1. Woch- u. Krank.-Pflege, Leibbind., Luftk., Hosenträg., Badehaub., Massage-Art., Halskettchen f. Zahn. Kind. Preisliste 30 Pfg. Frau **Auguste Graf, Nikolaistrasse 4.**  
Fr. Gossmann, Leipzig-Lindenau, Josephstrasse 34, behandelt **Frauenleiden** nach der Naturheilkunde.

Nach 30 Tagen Probezeit nehmen noch retour.  
**Grosse Neuheit!** Geschloß geschloßt. Uebertrifft alles!!!



### Mandolinette-Harmonika

Künstler-Instrument.  
Die Vorzüge sind überraschend, die eigenartige Konstruktion, mit **Schall-Trompete**, ermöglicht es, dem Tone eine **wundervolle Wirkung** zu geben, der Effekt für die Zuhörer ist verblüffend, reizende Konzertstimmen mit feinstem verniedelten und gravurten Messingbeschlag, jedes Stück in Goldbrun-Email. Per Stück frei ins Haus gegen Einzahlung von 1.60 Mark (auch Briefmarken).  
Nachnahme 20 Pfg. mehr.

### Katalog

über Solinger Stahlwaren, Haushaltungs-Artikel, Waffen, Uhren, Gold- und Silberwaren, Bürstenwaren, Schirme, Stöcke, Lederwaren, Randaufhängen, optische Waren, Spielwaren, Musikwaren, Seifen, viele Neuheiten versenden an jedermann umsonst und franco  
**Kirberg & Comp. in Foche bei Solingen.**  
Neuestes Fabrikationsgeschäft Solinger Stahlwaren mit Verkauf direkt an Privat!!!  
Wiederverkäufern hohe Provision.

### Nährsalz-Mangel

infolge unrichtiger Ernährung ist die Grundursache fast aller Krankheiten, weist Dr. Kahmann überzeugend nach. Darum genieße man täglich eine **nährsalz-reiche Speise**, wie sie infolge Extragehaltes aus Obst, Gemüse, Molken usw. ist die **Chalyria-Nährsalz-Kraftnahrung**, Qual. „Herzhalt“ Pack. 75 Pfg. Besonders für **Nervöse, Magen- und Verdauungsleidende, Blutarme u. Diabetiker.** — Qual. „Süß“ (mit Cacao usw.) für die heranwachsende Jugend, Magere, alte Leute, stillende Mütter, Reconvalleszenten u. Kranke. — **Nährsalz-Cacao** Pfd. 2.40; **Nährsalz-Suppenwürze** fl. 50 u. 90 Pf.; **Nährsalz-Kaffee** Pfd. 45 Pf. u. **Nährsalz-Kaffeewürze** Pack. 10 Pf. Allein zu haben in den 7 Chalyria-Geschäften von **Paul Karm**, Centrale: Rathausring 1. Hauptgeschäft: Neumarkt 40 u. Filialen: Gohlis, gegenüber Schillerapoth., Lindenau, Gundorfstr. 15, Plagwitz, Mühlentstr. 11, Thonberg, Stöttergerstr. 23, Volkmarstr., Kirchsstr. 84.

### Papier-Mützen

Duget von 20 Pfg. an  
sowie alle übrigen **Bockbier- und Karneval-Artikel** billigst im **Südvorst. Kaufhaus E. Kloth**  
Bayerische Strasse 51.  
Wiederverkäufer u. Vereine hohen Rabatt

Für die vielen Beweise herzlichster Teilnahme bei dem jäherlichen Verlust meines unvergesslichen Satten, unser geliebten Vaters, sagen wir hiermit allen Verwandten und Freunden, sowie seinen Mitarbeitern, unsern herzlichsten Dank.  
Sonntag, den 22.2.1904.  
Berta verw. Herrmann nebst Kindern.

### Serzlichen Dank.

Beim Tode und Begräbnis meiner innigstgeliebten, nie rastenden Gattin, unser Tochter, Schwiegertochter, Schwester, Schwägerin und Tante  
**Frau Auguste Gehrman**  
geb. Loehmann  
sind uns so zahlreiche und mannigfache Beweise der Liebe und Teilnahme dargebracht worden, daß es uns unmöglich ist, jedem einzelnen zu danken und wir bitten daher, nur auf diesem Wege unsern innigsten Dank für all das Gute und Ehrliche, welches unsern Schmerz lindern half, entgegenzunehmen.  
Döllig, den 21. Februar 1904.

### Marie Schremmer, geb. Müller

nach langem Leiden sanft verschieden ist.  
Um stilles Beileid bittet  
Der trauernde Gatte  
**Karl Schremmer** und Kinder.

Allen Freunden und Bekannten hierdurch zur Nachricht, daß Sonnabend vormittag im Krankenhaus St. Jakob meine liebe Frau, unsere treusorgende Mutter  
**Marie Schremmer, geb. Müller**  
nach langem Leiden sanft verschieden ist.  
Um stilles Beileid bittet  
Der trauernde Gatte  
**Karl Schremmer** und Kinder.

Nach kurzem schweren Leiden verschied am Montag morgen 6 Uhr unser Kollege, der Tischler  
**Albert Nürnberg**  
im 52. Lebensjahre. Sein lauterer Charakter wird ihm ein bauerndes Andenken sichern.  
Die Arbeiter der Firma Zimmermann, L.-Mölkau.  
2048]

### Todes-Anzeige.

Am 22. Februar starb nach schwerem Krankenlager unser Mitglied, der Instrumentenmacher  
**Albert Nürnberg**  
im Alter von 52 Jahren. Es werden ihm ein bauerndes Andenken bewahren  
**Die Mitglieder des Holzarbeiter-Verbandes (Zahlstelle Leipzig).**  
2037]

Sonntag früh verschied im Krankenhaus zu St. Jakob unser Kollege  
**Fried. Max Klöber.**  
Wir werden sein Andenken stets in Ehren halten.  
**Verein des Arbeiterpersonals der Leipziger Spedition.**  
Die Beerdigung findet Mittwoch nachmittag 2 Uhr auf dem Schönefelder Friedhof statt.  
[2036]

**Aus Sachsen und den Nachbargebieten.**

**m. Dresden, 22. Februar.** Der Unteroffizier Gottschalk Ostler Feldrich von der 1. Kompanie des 12. Infanterieregiments Nr. 177 hatte sich wegen Mißhandlung, vor schriftwidriger Behandlung und Verleumdung, vor Untergeordneten, unbefugter Annäherung der Dienstgewalt und Anstiftung Untergeordneter zur Begehung der gemein schaftlichen Körperverletzung vor dem hiesigen Kriegsgericht zu verantworten. Eine ganz besondere Spezialität des Angeklagten war es, daß er den Weinen mit den Fingern in die Baden kiffte. Den Rekruten Gnauch kiffte er so heftig, daß diesem vor Schmerz das Wasser in die Augen trat. Ganz besonders schlimm trieb es der Mensch aber mit dem Rekruten Kopp. Diesen schätzte er und drückte er fast tagtäglich. Wiederholt mußte er den Rekruten mit Sandpapier putzen und sich dabei auf einen Kohlenkasten setzen, worauf ihn der rohe Unteroffizier vor seinen Kameraden lächerlich machte, ihm jedes Ehrgefühl absperrte und ihn als einen Menschen bezeichnete, der nicht das Anspruchs wert sei. Hierbei spunkte der Angeklagte vor dem Rekruten Kopp aus, der auch öfters als andere Leute Abortscheuern, Stubenkehren und ähnliche Arbeiten verrichten mußte. Kopp hatte das Leben satt, so daß er schon wiederholt zu seinen Kameraden von Selbstmord und Selbstverstümmelungsgeboten gesprochen hatte. Als am Abend des 18. Januar beim Appell der Unteroffizier fünf Rekruten befahl, nach der Dienstaussage den Kopp, weil er einen schmutzigen Hals haben sollte, bis zu den Hüften zu entkleiden und ihn dann mit Schenervörstern, Seife und Lappen gründlich zu waschen, hielt es K. vor Scham- und Ehrgefühl nicht länger aus. Er stürzte sich aus einem Fenster des ersten Stockwerkes der Kaserne auf den gepflasterten Hof hinab und blieb schwerverletzt liegen. Es ist fraglich, ob der Unglückliche jemals wieder völlig hergestellt werden wird. Der Vertreter der Anklage beantragte 1 Jahr Gefängnis und Degradation. Das Urteil lautete auf — 3 Monate Gefängnis. Von dieser außerordentlich milden Strafe kommen nach 14 Tage auf die Untersuchungshaft in Anrechnung. Von Degradation wurde abgesehen, weil die Motive zu der Handlungsweise des Angeklagten nicht niedrige, verabscheuungswürdige Gesinnung, sondern Ehrgeiz (!) gewesen seien. — Noch mehr Unwillen als die Soldaten des verurteilten Menschenschilders, muß die Begründung des Urteils hervorrufen. Angesichts solcher Urteile kann natürlich von einer Einschränkung der Soldatenschilderei keine Rede sein. Das Gericht hat angenommen, daß der Angeklagte nicht aus verabscheuungswürdiger Bestimmung, sondern aus Ehrgeiz gehandelt habe. Die Handlungsweise des Soldatenprinzipiers ist aber um so verabscheuungswürdiger, als die Unteroffiziere alle 8 bis 14 Tage vom Kompaniechef auf Grund von Zeitungsmeldungen vor Soldatenmißhandlungen gewarnt wurden. Das hätte sogar als erschwerendes Moment bei der Strafmaßbestimmung berücksichtigt werden müssen.

**Dresden, 22. Februar.** Das Amtsblatt brachte bereits vor einigen Tagen die gewünschte Aufklärung über die angebliche Gefahr der Verleumdung des Tolkewitzer Wasserwerkes. Danach ist diese Gefahr nicht vorhanden, weil der Grundwasserstrom durch eine über diesem lagernde mächtige Lehmschicht vor jeder Verunreinigung durch Verkeimungsstoffe vom Friedhofe geschützt ist. Während das Wasser des vom Friedhofe zunächst gelegenen Brunnens des Wasserwerkes 17—19 Milligramm Chlor im Liter aufweise, fanden sich in den verschiedenen Brunnen des Friedhofes 40—60 Milligramm im Liter vor.

**Freiberg, 21. Februar.** Wir werden um Abend des folgenden erfuhr: In den letzten Tagen wurde in der Presse (in Freiberg Neueste Nachrichten, Leipziger Neueste Nachrichten, Leipziger Volkszeitung usw.) ein Gerücht verbreitet, wonach zwischen russischen Studenten aus Freiberg und einem Japaner eine Preißelci statgefunden hätte. Diese Nachricht, welche eine ganz falsche Meinung über die Gesinnung der russischen ausländischen Jugend ausdrückt, ist vollständig erfunden: es gab keinen Streit, es gab keinen Grund dazu, und russische Studenten sind des ihnen zugeschriebenen Chauvinismus fern. Wir sehen uns genötigt, der Verbreitung dieses uns verletzenden und falschen Gerüchtes entgegenzutreten und bitten alle Zeitungen, welche diese Notiz wiedergaben, auch unserer Erklärung Platz zu geben. Wir machen auch von der

Erlaubnis unseres Kollegen Herrn Dr. Kamiya, des einzigen in Freiberg sich aufhaltenden Japaners, Gebrauch, indem wir seinen an den Vorstand der russischen Lesehalle gerichteten Brief veröffentlichen. „Auf Ihre Anfrage, ob die in der Nr. 38 der Freiburger Neuesten Nachrichten unter der Ueberschrift „Russisch-Japanischer Krieg in Freiberg“ abgedruckte Notiz auf Wahrheit beruht, kann ich Ihnen mitteilen, daß dieselbe vollständig erfunden ist. Ich erlaube Ihnen, dieses hiermit der Öffentlichkeit zu übergeben. Kamiya aus Japan.“ Sapientia sat! Vorstand der russischen Lesehalle, Freiberg in Sachsen.

**Zwickau, 22. Februar.** In Wilkau ist der frühere Geschäftsführer des dortigen Konsumvereins, Gustav Wepehne, gestorben. Von Haus aus Zigarrenmacher, wurde er seit langer Zeit von der Lungenschwindsucht geplagt, der er nun im Alter von 50 Jahren erlegen ist. Seinen Dienst hat er mit größter Anstrengung so lange verrichtet, bis ihn die Krankheit aus dem festen stellte. Der Verstorbene war schon unter dem Sozialistengesetz in Dresden ein eifriger und tätiger Genosse. Von hier ging er als Leiter eines Konsumvereins nach Sibirien und kam dann als solcher vor einigen Jahren nach Wilkau.

**Penitz, 22. Februar.** Hier giebt es eine Papierfabrik, die sich auf ihre Wohlfahrts-Einrichtungen sehr viel zu gut tut. Solche Wohlfahrts-Einrichtungen haben jedoch recht wenig zu bedeuten, denn in ihnen wird den Arbeitern doch nur ein kleiner Teil des aus der Arbeitskraft der Arbeiter geschöpften Profits zurückerstattet. Diese Wohlfahrts-Einrichtungen erscheinen aber in einem um so sonderbareren Lichte, wenn man bedenkt, daß die Arbeiter nur einen Stundenlohn von 23 Pfg. haben. Bei so niedrigen Löhnen kann der Arbeiter den Unterhalt einer Familie nicht bestreiten. Die Folge ist, daß die Frau mit in die Fabrik gehen und erwerben muß. Und daß unter solchen Umständen das Familienleben leiden muß, versteht sich von selbst. So sprach, nach der Muldentaler Volkszeitung, sich voriges Jahr ein hiesiger Schulmann vor folgt aus: „Sie glauben gar nicht, wie viele Schulkinder morgens vom Schulhausmann aus dem Bett geholt werden müssen. Vater und Mutter gehen frühzeitig zur Arbeit, und da kommen dann die Kinder ungewaschen und ohne Frühstück zur Schule!“ Hier ist jeder Kommentar überflüssig.

**Reichenbach, 22. Februar.** Hier haben sich die Innungen der Metallhandwerker und der Uhrmacher aufgelöst, die Schuhmachereinnung, heißt es, werde demnächst diesem Beispiele folgen.

**Kleine Nachrichten aus dem Lande.** Der frühere Gerichtsvollzieher G. Bruno Vogel, der in letzter Zeit in Vorstadt Dresden-Altstadt ein Rechtsbureau betrieb, wurde wegen **Verbrechens und Vergehens im Amte** verhaftet. Vogel wird beschuldigt, während seiner Anstellung als Gerichtsvollzieher sich der Urkundenfälschung und Unterschlagung schuldig gemacht zu haben. — Ein in Hochkirch von der Arbeit zurückkehrender Waldbarbeiter traf unterwegs ein älteres Ehepaar, mit dem er schon lange in Bekanntschaft lebte. Da es allein war, nahm er seine Holzart und schlug auf beide ein. Der Mann erhielt schwere Kopfverletzungen, während die Frau mit kleineren Verletzungen davonkam. Der Arbeiter wurde verhaftet.

**Galle a. S., 22. Februar.** Wir werden um Aufnahme folgender Verichtigung ersucht: „Es ist nicht wahr, daß Herr Schirmmeister am 15. Februar mein Verhältnis zu seiner Zeitung gelöst hat; wahr ist lediglich, daß ich selbst mich an diesem Tage verabschiedet fühlte, meine Stellung an der Saale-Zeitung zu kündigen.“ E. Abigt.

**Gera, 21. Februar.** Ein interessanter Fund ist Ende voriger Woche in der Nähe von Gera gemacht worden. Bei Erdbarbeiten stieß man auf ein vollständiges Skelett vor vollhaarigen Nashorn (Rhinoceros tichorhinus, Fisch), dessen Kadaver in der Dübener Gegend ebenfalls durch Wasser an die Fundstelle hingeschwemmt worden ist. Viele Tausende von Jahren hat es dort in Lehm und Ton vergraben, gelegen, bis es jetzt zufällig aufgefunden wurde. Die Ausgrabung und Bergung der Knochen wurde im Beisein des Gymnasialoberlehrers Dr. Löschner vorgenommen. Die ungefähre zwei Zentner wiegenden Knochen wurden der von Dr. Löschner verwalteten Landesammlung zugeführt.

**Magdeburg, 22. Februar.** Der Herzogstreik ist beendet, die Herzog haben ihre Tätigkeit bereits wieder aufgenommen. Ihren Willen, den Vorstand zu zwingen, den Reudanten zu

entlassen, konnten sie nicht durchsetzen und es bleibt alles beim alten. Ein Erfolg der Klasse ist auch infolge der Verzeihen, als der bisher beständige Vertrag mit den Herzogen vorläufig provisorisch weiterbestehen soll. Die Einigung ist auf Grund folgender Tatsache zustande gekommen: die Herzog haben ihre Forderung, die Reudanten Wendlandts vom 5. Juli als „erbliche Dienstvergehen“ zu protokollieren, fallen gelassen, nachdem sie ersehen, daß sie selbst von der Regierung nicht einmal unterstützt werden konnten. Die Tatsache jedoch, daß W. einen Brief des Herrn Dr. Friedrich zurückgewiesen, soll als einmaliges Amtsvergehen protokolliert werden.

**Gerichtssaal.**

Kaiserlicher Disziplinarhof.

Leipzig, 22. Februar.

Nicht auf die höchste Strafe war zu erkennen, so führte der Reichsgerichtspräsident Dr. Gutbrod in der Berufungsangelegenheit des 33 Jahre alten Posthilfsleiters Louis Sieber aus Mülheim a. N. aus, indem der Kaiserliche Disziplinarhof das Urteil der Disziplinar-Kammer in Düsseldorf vom 21. Oktober 1903 aufhob, welches auf Dienstentlassung unter Verlassung von vier Fünftel der gesetzlichen Pension auf zehn Jahre lautete. Sieber ist verheiratet und Vater von zwei Kindern. Er hat eine höhere Schulbildung genossen und das Zeugnis zum Einjährig-Freiwilligendienst erhalten. Seit vierzehn Jahren im Postdienst, war Sieber schon einige Jahre in Mülheim a. N. als Postassistent angestellt. Seine dienstliche und außerdienstliche Führung war nach den Zeugnissen der Vorgesetzten eine gute. Nur einmal hat S. eine Disziplinarstrafe von 50 Pfg. erlitten, doch sind ihm andererseits für seine Tätigkeit im Verfall Auszeichnungen zuteil geworden. Am Abend des 14. August 1902 übergab er beim Weggang aus dem Postamt seinen Kollegen die Kasse. Dieser schloß sie ein, ließ aber versehentlich eine Tasche mit Papiergeld außen liegen und daraus eignete sich nun Sieber einen Einhundertmarkschein an. Er verwendete das Geld aber nicht für sich, sondern ging, von Gewissensbissen über die Tat gepeiniget, nach einiger Zeit zum Pastor und beichtete ihm sein Vergehen. Dieser riet ihm nicht nur zur Wiederherausgabe des Geldes, sondern auch zur Selbstanzeige, was S. auch tat. Die Folge war Suspensionierung vom Amte und eine Verhandlung vor dem Landgerichte in Duisburg wegen Diebstahls, die für S. mit der Verurteilung zu zwei Wochen Gefängnis endete. S. hat nur das Gericht, sein an den Kaiser zu richtendes Gnadengesuch unterstützen zu wollen, was dieses auch tat. In dem Gesuch war nun besonders der Umstand hervorgehoben, den S. auch schon in der Landgerichtsverhandlung geltend gemacht hatte, daß er sich zur Zeit der Begehung der Tat in geistiger Verwirrung befunden habe. Ihm habe das Motiv zur Vereicherung gefehlt und er wisse überhaupt nicht, wie er dazu gekommen sei, den Hundertmarkschein wegzunehmen. In jener Zeit habe er sich wegen Krankheit in der Familie und eines Erbchaftsprozesses wegen in großer Aufregung befunden. Die große Verwirrung und geschwächte Geisteskraft war S. auch ärztlichseits attestiert worden. In dem Gnadengesuch waren auch die Ausfahrungen des Medizinalrats Dr. Marx und des Postdirektors Müller aus Mülheim enthalten, die dahin lauteten, daß Sieber der Achtung, die sein Beruf als Beamter von ihm erfordere, nicht verlustig gegangen sei und daß sie ihm unbedenklich jedes Amt übertragen würden. Das Gnadengesuch hatte den Erfolg, daß die zweiwöchige Gefängnisstrafe in eine Geldstrafe von 50 Mk. umgewandelt wurde, die S. bezahlte. Gegen das Urteil der Disziplinar-Kammer in Düsseldorf hatten sowohl der Betroffene als auch die Anklagebehörde Berufung eingelegt.

Die Verteilung des Angeklagten ging dahin, ihn im Amte zu belassen, da er weder die Achtung seiner Vorgesetzten noch seiner Kollegen verloren habe. Es handelte sich bei dem Urteil der Disziplinar-Kammer um die Existenz der ganzen Familie, nachdem S. nun 14 Jahre dem Reiche treu gedient habe.

**Kleines Feuilleton.**

**F. A. Kaulbach im Leipziger Kunstverein.** Im 19. Jahrhundert gab es eine Kunst, die die Farbe als Mittel malerischer Darstellung so gut wie nicht kannte. Die sogenannten Kartonsisten, unter denen in erster Linie Karstens, Kornelius, Overbeck, Schnorr von Carolsfeld, Genelli genannt werden müssen, repräsentieren diese Erscheinung. Ihre geistige Urheberschaft liegt zu einem guten Teile bei Winkelmann und Raphael Mengs, die um die Wende des 18. zum 19. Jahrhundert die Schönheiten der antiken Skulptur der neuesten Zeit zu erschließen suchten. Freilich nicht ohne daß ihnen bei ihrem Werke fundamentale Irrtümer unterliefen. Das Dogma vom reinen, bleichen, allein den echten ästhetischen Genuß vermittelnden Marmor gehörte dahin. Die aus verschiedenem farbigen Marmor zusammengesetzten Plastiken der Antike und vor allem der italienischen Renaissance sah man nicht für höchste Kunst an. Und das Surrogat der völlig kalten Gipsabgüsse, die überall da vermitteln mußten, wo die Originale fehlten, steigerte die Wirkungen jenes Gelehrtenirrtums zu einer allgemeinen Geschmacksverfälschung. Denn an eine Lösung, an eine Färbung des Gipsmaterials dachte man um so weniger, als gerade von Winkelmann und seinen Anhängern der Gedanke, daß auch die antiken Bildwerke aus weichem Marmor ursprünglich gefertigt gewesen sein müßten, mit aller Entschiedenheit zurückgewiesen wurde. Die malerischen Qualitäten, die die Modellierung in Marmor durch das lebendige Spiel des Lichtes, der durchscheinenden, schimmernden Oberfläche des Gesteins auch ohne jede besondere Färbung noch in hinreichender Klarheit bot, waren in den stumpfen und leblosen Gipsabgüssen untergegangen, die Plastik in einem gewissen Grade zur Kunst, die Malerei zur Zeichnung im Sinne einer bloßen Linienkunst geworden. Und so stark waren diese Einflüsse, daß man auch für die Flächenmalerei jede Farberempfindung verlor, kaum noch mit Pinsel und Palette arbeitete, sondern mit Kohle, Kreide und Stiften in einer hohen Linienkunst das Schöne zu erzeugen suchte. Das Leipziger Museum ist an solche Kartonsisten verhältnismäßig reich. In den unteren Räumen sind Werke von fast allen Hauptvertretern dieser Epoche aufgestellt.

Die Malerei zur Farbe gelangt zuerst naturgemäß in einer Art von Ausmalerei solcher Kartonsfiguren. Einige Sachen von

Genelli Charakterisieren in Leipziger Museum diese Periode des Übergangs. Bei Schwind und Richter findet man diesen Fortschritt schon weiter getrieben. Und die sogenannte Historienmalerei mit Piloty als ihrem Hauptvertreter bedeutet die weitestgehende Möglichkeit auf Grund dieser unmittelbaren Voraussetzungen.

Das Jahr 1870 bringt mit seinen äußeren Umgestaltungen auf politischem Gebiet indirekt eine geistige Strömung in Fluß, die die traditionellen Kunstanschauungen als völlig sinnlos verwirft. Man bekommt nationale Anwandlungen im Bereiche der Kunst. Das Kunstgewerbe deutschen Geistes, die Formen der deutschen Renaissance leben auf. Ein Streben nach Stilleherrschaft macht den Künstler zum Forscher. Die dem Geiste dieser Bewegung ohne jede Vermittlung gegenüberstehenden Historienmalereien müssen einer Malkunst, sozusagen einer Stimmungsmalerei weichen. Man kommt an der Hand der Renaissance auf die alten Meister zurück und lernt an ihnen wieder ordentlich malen. Dem ist diese Schule alles, jenen eine andre. Und die Gegenwartsstreue befriedigt man insofern, als man schließlich nicht mehr die altmeisterlichen Stoffe breit tritt, sondern neuzeitliche Motive mit der Farbenanwendung und Technik des erkorenen Altmeisters zu betätigen sucht.

In diesem Geiste wuchs der Münchener Friedrich August Kaulbach auf. Geht man die zeitlich im Leipziger Kunstverein hängende Kollektion von Gemälden aus seinem Atelier durch, findet man viel Geist vom neuesten, die Moderne charakterisierenden Geiste darin. Und doch wurzelt der Künstler in einem ganz andern Boden. Was seinen Stil angeht, bezieht er zuweilen durch Bornehmtheit und Eleganz. Seine Farben sind von einem eignen Reize; nicht unmittelbar empfunden, wie etwa die eines Böcklin, aber leuchtend und frisch wie diese, zuweilen auch von der wunderbaren Tiefe des Meissers. Es ist, als ob sie auf die flüchtigen Renaissancezimmer vornehmer Häuser zugeschnitten wären. Das Grün ist bei ihm auf einen Brauntönen gestimmt, das Rot auf den dunklen Ton der braunen Verästelungen und Schmiegen dieses Stils. Durch altertümliche Vergleichen und Unbehilfen gebrachenes Licht muß man sich um die meisten dieser Figuren denken, die die vorwiegend in ausgedehnten Perücken bekleidete Bilder Serie Kaulbachs gibt. Eine unabhängige Ärence an eigenen Farben in ihm von jeder eigen gewesen. Er hat sich in dieser Sinne nicht tel tragend einer Schule des italienischen Meisters des 17. Jahrhunderts selbst gefügt, wie die

meisten aus dieser Entwicklungsperiode. Kaulbach ist, was Technik und Farbe angeht, Effektier wie kaum ein anderer. Die Stilllehabereien bleiben in Bezug auf das Kunstgewerbe schließlich nicht mehr bei der Renaissance und ihren Entfallungs-Rianzen stehen. Barock, Rokoko wurden nebenher Mode. Und Kaulbach geht mit dieser Entwicklung. Er nimmt seine Anregungen, woher er kann. In imposanten Künstlerkreise brachte die Münchener Künstlerstadt dieses Interesse für die alte deutsche Kultur in immer weitere Kreise. In Bezug auf die Kostümfragen der Frau waren diese Veranstaltungen von bedeutendem Einfluß. Lebhaftige Farben und kostbare Stoffe kamen wieder in Aufnahme. Es ist kein Theaterkostüm, was Kaulbach in seinen Bildnissen mit reicher Palette malt. Er ist der Maler der Aristokratie dieser Tage. Er bekommt seine Modelle aus dem Willen, wo man sich einen Aufwand in diesem Geiste leisten konnte. Das kleinere Delbild in Querformat, Mutter und Kind bezeichnet, ist in der Art eines Madonnenbildes komponiert. Das leicht geneigte Haupt der Mutter schmiegt sich dem im Arme gehaltenen Kinde an. Das Bild gibt nicht mehr als ein Bruststück. Die Raumfüllung und Komposition ist altmeisterlich nachempfunden. Die Farben sind mit apertem Geschmack gewählt. Der in diesem Bronzegrün gefaltene Vorhang, der den Hintergrund vertikal durchschneidet, das hellrotfarbene Kostüm, das blonde Haar der Mutter — alles geht in einer feinen Stimmung auf. Mutterglück ist ein ähnliches Stück, nur mehr als Porträt verarbeitete. Die Mutter steht gegen die Rampe eines Balcons, das Kind auf dem Arme. Der Hintergrund ist ein Ausblick in eine Art Park. Baumschlag wie Luft liegen in dunklen Töne. Man denkt an die Atmosphäre eines altdeutschen Zimmers, wenn man damit das grüne Kostüm der Damen mit seinem Goldbesatz, das Barmputz des Kinderkleidchens, das fleischfarbene Haar und die vornehme Erscheinung der Mutter zusammenschaut. Ein Hauch von alter Kultur und romantischen Stimmung kommt. Die Hansdolmenspielerei ist ein echtes Stück deutscher Renaissance. Das weiße Atlaskostüm des Mädchens, der rote Blüschlufel dabei, der Blick mit dem orientalischen Leppid, die verschwommenen Töne des Wandgemäldes im Hintergrund, eine gewisse Steifheit in der Komposition verleugnen hier gewissermaßen das Temperament Kaulbachs durch den Effekt einer konstruierten Stimmung. Kaulbach ist kein Maler des strengen historischen Stils. Das Damenbildnis in ganzer Figur mit der Färbung einer englischen Parklandschaft rührt an den Geist Gainsboroughs, des Malers englischer Grazie und

Der Reichsanwalt stellte sich auf den entgegengesetzten Standpunkt und war der Meinung, daß die Gewährung der Pension auf zehn Jahre zu lang sei, sie dürfe in diesem Falle höchstens auf drei Jahre gewährt werden. Ein Beamter, der wegen Diebstahls bestraft sei, habe die Achtung, die sein Beruf von ihm erfordere, verloren und könne nicht mehr in Amte bleiben.

Der Disziplinarrhof zog die besonderen Umstände in Betracht, wie in dem Urteil gesagt wurde, und hob das Urteil der Düsselburger Disziplinarkammer auf und erkannte zu Recht, daß Sieber unter Strafverbüßung in ein andres Amt und Kürzung des Gehalts um 100 Mark wieder in den Reichsdienst einzustellen sei.

### Aus der Partei.

**Volkmar** ist, wie der Wälzigen Post aus München berichtet wird, nimmer wieder soweit hergestellt, daß er bis zum Mittwoch wieder an den Verhandlungen des Landtags teilnehmen kann.

Der Kongreß der Sozialisten der Lombardel tagte die vergangene Woche in Brescia. Die Diskussionen drehten sich vor allem um die Taktik der Partei; auf der einen Seite die Reformisten Turati, Bissolati, Treves u., auf der anderen Seite die Revolutionären Arturo Labriola, Giochi und Solbi. Nach langer, teilweise sehr erregter Debatte, wurde die folgende Resolution der radikalen Richtung angenommen:

Der Kongreß betont von neuem den Standpunkt der revolutionären Unversöhnlichkeit der proletarischen Aktion und hält die Umwandlung der politischen Partei des Proletariats in eine Partei, in welcher der parlamentarisch-konstitutionelle Opportunismus und der monarchische Possibilismus vorherrscht, für eine Entartung des sozialistischen Geistes.

Er verwirft als unvereinbar mit dem Prinzip des Klassenkampfes und dem wahren Sinn der proletarischen Eroberung der politischen Macht die Allianz mit der Bourgeoisie und zwar ebenso die Teilnahme eines Mitgliedes der Partei an irgend einer monarchischen oder republikanischen Regierung, wie die bloße Unterstützung einer Regierung der bürgerlichen Klasse.

Nach diesem Resultat zu urteilen, dürfte es auf dem Nationalkongreß zu Bologna zu sehr lebhaften Auseinandersetzungen zwischen den zwei Richtungen kommen. Es sei bemerkt, daß die Lombardel die stärksten sozialistischen Organisationen der apenninischen Halbinsel enthält und daß die norditalienischen Sozialisten in ihrer Mehrheit als Anhänger der reformistischen Richtung gelten.

### Leipziger Angelegenheiten.

Leipzig, 23. Februar.

Das die Friedensverhandlungen mit den Ärzten gescheitert sind, bestätigt die Kreishauptmannschaft durch ein Schreiben, das gestern sowohl dem Vorsitzenden der ärztlichen Vertretungskommission als auch dem Vorstande der Leipziger Ortskrankenkasse zugeht. Es lautet:

Leipzig, 22. Februar.

Die Königl. Kreishauptmannschaft hatte gehofft, daß durch eine Revision des unterm 4. Mai 1901 von der Ortskrankenkasse mit den Ärzten abgeschlossenen Vertrags zu einer solchen Vereinbarung dieser in Meinungsverschiedenheit gerathenen Parteien zu gelangen sein würde, durch welche einerseits die Mitglieder der Ortskrankenkasse mit ärztlicher Hilfeleistung dauernd versorgt, andererseits aber berechnigte Wünsche der Ärzte in bezug auf Zulassung zur Praxispraxis und Erhöhung des von der Kassenzahlung zu gewährenden Honorars erfüllt würden. Da die von der Ortskrankenkasse praktizierenden Ärzte ihre Stellung für den 1. April dieses Jahres gekündigt hatten und der Vorstand der Ortskrankenkasse, eingedenk seiner ihm durch das Gesetz auferlegten Verantwortung, so bald als möglich durch Anwerbung auswärtiger Ärzte für den Ersatz der hierdurch in Wegfall gekommenen ärztlichen Hilfeleistung sorgen zu müssen gezwungen war, so war das Zustandekommen dieser Einigung von der Voransetzung abhängig, daß die Kassenzahlung sich mit der Einrechnung solcher Gehalts- und Entschädigungsbeträge in die Pauschalsumme für Honorar einverstanden erklären, zu welchem sich die Kassenzahlung verpflichtet hatte. Hierbei war in dem Verhandlungstermine am 17. Februar als der Höchstbetrag der Zahlungen, mit welchen das Kaufsahle belastet werden dürfte, die Gesamtsumme von 150 000 M. jährlich angenommen worden. Die Königl. Kreishauptmannschaft hat hierauf von den seitens des Kassenvorstandes mit auswärtigen Ärzten gepflogenen Verhandlungen Einsicht genommen. Auf Grund hiervon ist hierdurch festzustellen, daß Verhandlungen dieser Art bereits in solchem Umfang stattgefunden und zu solchen Ergebnissen geführt haben, daß eine Sicherstellung der Kassenzahlung gegen die künftige Uebersteigerung der angegebenen Maximalsumme von 150 000 M. jährlich in

keiner Weise würde übernommen werden können. Unter diesen Umständen hat sich ein Zurückkommen auf den eingangs gedachten Vertrag vom 4. Mai 1901 erledigt und ist, nachdem die nachdrücklichen Bemühungen der Königl. Kreishauptmannschaft für Aufrechterhaltung des Systems der beschränkt freien Arztwahl durch die eingetretene Sachlage vorläufig aussichtslos geworden sind, der von ihr unternommene Versuch, die bestehenden Differenzen durch gütliche Vereinigung zu beseitigen, für gescheitert zu erachten.

Königliche Kreishauptmannschaft.  
(gez.) v. Ehrenstein.

Ueber den „Streikbruch“ von Ärzten schreibt Karl Autschky in der Neuen Zeit:

„Woher sind auch bei gemeinnützigen Unternehmungen die Angestellten in der Regel elend bezahlt und gehalten, schon deswegen, weil der kapitalistische Staat für Kulturzwecke nichts übrig hat. Aber es ist doch möglich, daß einzelne Kategorien der Angestellten durch gesellschaftliche oder politische Einflüsse eine privilegierte Stellung auf Kosten der Gesamtheit bekommen oder doch anstreben. Andererseits kann es auch vorkommen, daß einzelne Kategorien von Angestellten wohl relativ schlecht besoldet oder überbürdet sind, daß sie aber bequemer finden, eine Verbesserung ihrer Lage auf Kosten schwächerer Elemente, statt auf Kosten der Gesamtheit, des Staates oder der Gemeinde, zu fordern.“

Das letztere scheint mir bei dem Konflikt zwischen Ärzten und Krankenkassen zumeist der Fall zu sein. Die Kassenzahlung ist vielfach schlecht gestellt, ihr Streben nach Verbesserung ihrer Lage ist nicht verwerflich, wohl aber der Weg, den sie dazu eingeschlagen haben. Was würde man zu schlecht bezahlten staatlichen Spitalärzten sagen, die, um ihre Bezüge zu verbessern, nicht eine Erhöhung der staatlichen Dotierung des Spitals, sondern eine Erhöhung der von den Patienten zu zahlenden Gebühren fordern und zu diesem Zwecke streiken würden?

Dem Streben nach Privilegien muß das Proletariat natürlich von vornherein entgegen treten. Ebenso aber einem von seinem Standpunkt berechtigten Streben nach Besserstellung, wenn es verkehrte Wege einschlägt.

Bei einer gemeinnützigen Anstalt kann daher das Proletariat nicht von vornherein jedes Streben nach Besserstellung aller von ihr Angestellten und Bezahlten unterstützen. Allerdings hat es ebensowenig Ursache zum Gegenstand: jedes derartige Streben von vornherein zu verurteilen. Hier muß jeder Fall für sich besonders betrachtet werden.

Was man bei den Ärzten von Boykott oder Streik sprechen, sie haben das Recht zu dem einen wie zu dem andern. Wogegen ich mich wende, ist, daß man eine Pflicht jedes Arztes, in jedem Falle mit seinen Kollegen zu streiken, konstruiert und diese Pflicht mit dem proletarischen Klassenkampf in Verbindung bringt, aus dem Kampf der Ärzte gegen die Krankenkassen einen Teil des proletarischen Kampfes gegen die kapitalistische Ausbeutung zu machen sucht. Damit haben die Differenzen zwischen Ärzten und Krankenkassen gar nichts zu tun. Die Ärzte sind keine Lohnarbeiter und die Krankenkassen keine kapitalistischen Institute. Man kann hier von vornherein weder von der einen noch von der andern Seite sagen, daß das Recht vom proletarischen Standpunkt aus auf ihrer Seite stehe. Jeder Konfliktfall muß da gesondert untersucht werden, und ist ein Zweifel möglich, wie man sich zu entscheiden habe, dann muß jedem Arzt gestattet sein, selbst seine Entscheidung nach bestem Wissen und Gewissen zu treffen, und es darf nicht jeder, der sich von der Waffe der Kollegen abwendet und sich auf Seite der Krankenkassen stellt, als ehrloser Streikbrecher gebrandmarkt werden. Es kann sehr wohl in einem solchen Falle die größere Gewissenhaftigkeit, Selbstlosigkeit und Eingabe an die Interessen der Gesamtheit bei dem „Streikbrecher“ zu finden sein.

Das Proletariat hat daher keine Ursache, jeden Arzt, der die Partei der Krankenkassen ergreift, von vornherein als einen Verräter an der Sache des Proletariats und seines Klassenkampfes zu betrachten.

Dem deutschnationalen Handlungsgehilfen-Verbande ist es unangenehm, daß wir kürzlich keine Broschüren beleuchteten. Wie die Neuesten Nachrichten vor etwa drei Wochen ein in den Annoncenstellen gehöriges Laborat in den redaktionellen Teil übernahmen und für die Krankenkasse des deutschnationalen Handlungsgehilfen-Verbandes Reklame machten, so stellt das Blatt jetzt dieser Klasse die Spalte „Politische Ueberlicht“ zur Verfügung, damit sich die Herren Deutschnationalen von unsren Vorwürfen reinigen sollen. Gelungen ist es ihnen freilich nicht, obwohl sie zu der Antwort eine volle Woche Zeit brauchten.

Wir schreiben, daß die Deutschnationalen ihren Kollegen über die Leistungen ihrer Klasse Unwahrheiten vorgeschwindelt hätten. In der gestrigen Nummer der Neuesten Nachrichten schreiben die Herren, sie könnten uns nicht in der gleichen Tonart antworten. Sehr richtig, denn wir haben uns ja auch keiner Unwahrheit schuldig gemacht. Zur Sache selbst sagen die Herren: „Die deutschnationale Klasse schreibt ihren Mitgliefern keine Kassenzahlung vor.“ Wir können

begegneten unsere Behauptung voll aufrecht erhalten, daß die Deutschnationalen ihren zu verbenden Kassenzahlungern auch ein Verzeichnis der Kassenzahlung vorschreibt, wie kann man ihnen dann ein Verzeichnis der Kassenzahlung zusenden? Doch die Deutschnationalen schreiben in den Neuesten Nachrichten weiter: „Die einzige Beschränkung (in der freien Arztwahl) liegt darin, daß dem Mitglied für die Behandlung die vereinbarten Tarifsätze zurückerstattet werden, eventuell Mehrforderungen des Arztes also von dem Mitglied selbst getragen werden müssen.“ Sollten die Leser der Neuesten Nachrichten wirklich so naiv sein, daß sie dies nicht verstehen? Das bedeutet, wenn die Mitglieder der deutschnationalen Krankenkasse die von der Kassenzahlung zugewiesene freie ärztliche Behandlung in Anspruch nehmen wollen, so sind sie gezwungen, zu den Ärzten zu gehen, die mit der Kassenzahlung im Vertragsverhältnis stehen. Andernfalls müssen die Mitglieder die unausschließlichen Mehrforderungen der Ärzte selbst bezahlen. Und das nennen die Deutschnationalen freie ärztliche Behandlung bei freier Arztwahl.

Weiter soll unsere Behauptung unmaß sein, daß die deutschnationale Klasse mit den Ärzten 2 Mk. Untersuchungsgebühr vereinbart hat. Wahr soll nur sein, daß einzelne Ärzte sich bereit erklärt hätten, bei Untersuchungen in größerer Zahl den Pauschalsatz von 2 Mk. zu berechnen. Wir wollen darauf erwidern, daß es selbstverständlich ist, daß die Kassenzahlung nur mit einzelnen Ärzten geringere Honorare vereinbart und zwar eben mit den Kassenzahlungern. Das dabei die Deutschnationalen in bekannter Großsprecherei den Ärzten viel Untersuchungen in Aussicht gestellt haben, glauben wir gern. Wir wissen aber auch, daß die Voraussage nicht eingetroffen ist. Im ferneren sagen die Deutschnationalen, daß die Kassenzahlung bereits (1) nach sechsmonatlicher Mitgliedschaft das Krankengeld in voller Höhe für 26, in halber Höhe für 52 (es muß heißen: weitere 26) Wochen gezahlt wird und daß die vollen Leistungen, das Krankengeld für 52 Wochen, nach fünf (1) Jahren gezahlt werden. Wir wollen noch mitteilen, daß das volle Begräbnisgeld nach 21 jähriger (1) Mitgliedschaft gewährt wird. In den Neuesten Nachrichten verkünden die Herren ferner: „Die geforderten Beiträge und die Leistungen der Deutschnationalen Klasse verhalten sich denjenigen der Ortskrankenkasse gegenüber wie 1:2.“ Der Artikelschreiber hat sich nicht überlegt, was er schrieb. Er wollte in deutschnationaler Art sagen, daß die Ortskrankenkasse für doppelte Beiträge nur die Hälfte der Leistungen der Deutschnationalen Klasse leistet, denn er meint weiter, die Mindestleistungen der Ortskrankenkasse würden durch die Familienversicherung nicht ausgeglichen. Genau besehen, sagt der vorstehende mitgeteilte Satz, daß die Ortskrankenkasse für doppelte Beiträge doppeltes leistet. Wenn dies der Artikelschreiber — wenn auch wider Willen — sagt, so kommt er, ohne es zu wollen, der Wahrheit näher.

Dann wird gesagt, daß die Deutschnationale Klasse auch die Familienversicherung einführen wird. Das dann auch die Beiträge erhöht werden müssen, wird verschwiegen. Am Ende des Artikels straft sich die Deutschnationale selbst noch einmal lägen. Es heißt nämlich, unsere Behauptung, daß die Kassenzahlung den Familienangehörigen nichts gewähre, sei unmaß. Es käme „zur Behandlung der Familienangehörigen die Vergünstigung der Berechnung der gleichen Sätze, wie sie die Kassenzahlung in Frage.“ Die Deutschnationalen verstehen es ausgezeichnet, die Leser der Neuesten Nachrichten im unklaren zu lassen. In Frage kommt eine Vergünstigung; daß sie gewährt wird, behauptet man nicht. Wenn aber die Deutschnationale Klasse nach der Gebührenordnung zahlt, wie behauptet wird, wie kann dann von einer Vergünstigung die Rede sein, wenn die Mitglieder aus eigener Tasche für ihre Familienangehörigen dieselben Sätze zahlen müssen? Unsere Angaben, daß die Deutschnationalen über ihre Klasse Unwahrheiten verbreiten, sind also nicht widerlegt.

Da wir nun einmal von den Deutschnationalen sprechen, so wollen wir auch noch etwas anderes von den Maul- und Wrasenhelden mitteilen. Anfang Januar wurde der neue Entwurf des Gesetzes über die Kaufmannsgerichte veröffentlicht. Am 28. Januar veranstalteten die Leipziger Mitglieder des auf dem Boden der modernen Arbeiterbewegung stehenden Zentralverbandes der Handlungsgehilfen und Gehilfen im Sanssouci eine Versammlung, die sich mit dem Gesetzentwurf beschäftigte. Für den 23. Februar berufen auch die Deutschnationalen eine Versammlung ein, in welcher zu der Gesetzesvorlage Stellung genommen werden soll. Und das heißen die Deutschnationalen in den Neuesten Nachrichten „schon wieder auf dem Plane sein.“

So verstehen es die Deutschnationalen ausgezeichnet, sich zu beweihräuchern und die Öffentlichkeit zu täuschen.

### Folgenden handgreiflichen Schwindel liest das Leipziger Tageblatt seinen Lesern auf:

„Genossen!“ Wer preussische Minister für Handel und Gewerbe wurde in der Sitzung des preussischen Abgeordnetenhauses vom Freitag die gutgebaute Nachricht weitergegeben, daß die Stellen der Rentanten größerer Krankenkassen ungewöhnlich hoch, bis 10 000, ja selbst bis 17 000 M. jährlich dotiert sind. Diese Stellen werden bekanntlich, soweit die Sozialdemokraten die Massenverwaltungen beherrschen, Veteranen der Partei verliehen und zwar nicht wegen ihrer besonderen Tauglichkeit für die Führung der Kassengeschäfte, sondern teils als Belohnung für die der Partei geleisteten Dienste, teils um ihnen

Geleg. Seine Mutter gibt der Künstler in schwarzem Kostüm, in einem rotgepolsterten Stuhle sitzend, vornehm und würdig, wie sich die alte Dame in ihrer Welt von Aristokraten zu führen gewohnt ist. Mit 7, das Bildnis einer jungen Dame, erinnert auch an Gainsborough. Die Schönheit dieser Erscheinung ist von Kaufmannsreflexen erschöpft. Dieses Eindringen kann man sich nicht erwehren. Er ist der Maler schöner, vornehmer Aristokratenfrauen. Auch da, wo er nicht auf Porträt ausgeht, wird es klar, daß er die Unwichtigkeit des niederen Volkes nicht zu meistern imstande ist. Was ist z. B. aus den Modellen geworden, die er sich in der sogenannten Bourgeoisphäre wählt! Das Brustbild eines alten Herrn und das einer älteren Dame könnte ebenso gut von irgendwelchem Durchschnittsmaler herrühren. Was ist dagegen der schöne Mädchenkopf in Pastell, was das Brustbild der spanischen Tänzerin Guerrero, was das Vollbildnis seines kleinen Töchterchens!

In allen diesen Bildnissen hat Kaufmann das Prinzip der reichen und satten Farben meisterschaft angefaßt. In diesem Sinne bedeutet er für die jüngste Generation viel Anregung. Er ist in dem Verstande ein Schönmal, als ihm nur formale Schönheit liegt. Das enthält wohl einen Einwand, aber keinen unbedingten Tadel. Man ist von der Schönheit seiner Modelle überzeugt. Wo er diese nicht hat und auch seine reiche Palette nicht voll ausnützen kann, wirkt er nüchtern und geschraubt, ist er ohne Bedeutung. Seine Verdrehungspunkte mit der jüngsten Generation hat er als farbiger Maler.

Neuzeitliches Abonnementskonzert. Den ersten Teil dieses hochwertigen Konzertes füllte Liszts Faustsinfonie aus, ein Werk, für dessen Vorführung man in Leipzig doppelt dankbar sein muß, da es zu den ganz seltenen Darbietungen der hiesigen Konzertinstitute gehört, seiner Bedeutung nach aber eher Repertoirestück sein sollte, als z. B. die Brahmschen Sinfonien. Liszts Faustsinfonie ist unbedingt die größte Leistung auf dem sehr ausgedehnten Gebiete der musikalischen Faustbehandlung. Wagners hochbedeutende Faustouvertüre erschöpft den gewaltigen Stoff seines Wegs, Wagners Faust und Margarete kann man vom deutschen, Goethe'schen Standpunkte kaum ernst nehmen, Spohrs Faust ist heute tot und zudem nicht im Anschluß an Goethes Faust behandelt, einige weitere musikalische Fausts haben keine größere Bedeutung erlangt, und so bleibt eben Liszts Werk immer noch der größte Wurf; und da es an wirklich großen Tonsetzern in der Gegenwart gerade in Deutschland gebricht, ist auch keine Aussicht vorhanden, daß dieses Werk so bald überboten werden wird, wie es auch seinen deutschen Ton-

setzer gelobt hat, diesen Stoff nach Liszt in der Instrumentalmusik wieder zu behandeln. Das System der modernen Instrumentalmusik (die Verwendung von Leitmotiven), das durch Berlioz und Liszt herbeigeführt wird, findet in diesem Werke einen seiner höchsten Triumphe, und zwar am meisten im Schlußsahle, der besonders der Charakterisierung des verneinenden Prinzips, des Mephistopheles gewidmet ist. Der Musik erschloß sich durch dieses System, das an der Hand dieses Beispiels kurz charakterisiert sein möge, eine neue Aufgabe, nämlich die motivische Arbeit (Durchführung, Verarbeitung der Themen) ganz in den Dienst der Idee zu stellen. In diesem Sinne gelangen die Themen der beiden früheren Sätze: Faust und Gretchen zur eigentlichen Verarbeitung, nur mit dem Unterschiede, daß sie nach einer ganz bestimmten Seite hin verarbeitet werden, nämlich wie Mephistopheles sich die Sache sozusagen ansieht. Mephistopheles verneint, zerstört, karikiert, er zieht in den Staub, was erhaben, er zerlegt, was einheitlich war, kurz, er macht etwas anderes aus dem, was vorhanden war. Das ist das ähnliche Prinzip, wie es in den Sinfonien der klassischen Meister zu finden ist, nur mit dem Unterschiede, daß hier alles unter dem Gesichtspunkte einer ganz bestimmten Idee geschieht, die hier um so drastischer zutage tritt, als eben Mephistopheles sich als das durchaus verneinende Prinzip darstellt. Darin, in diesem System liegt der historische Wert des Lisztschen Schaffens, der andere liegt im rein musikalischen. Um Liszt so recht als Musiker zu zeigen, muß man besonders den zweiten Satz, der die Gestalt Gretchens schildert, hören. Die Schönheit dieses Sahes mußten und müssen selbst Gegner Liszts zugeben, hier kann man ruhig den Vergleich mit Goethes Mädchenstück eingeben. Eine derartige Einfachheit, Natürlichkeit und Innlichkeit, verbunden mit unübertrefflicher Kunst, ist nur großen Meistern eigen. Die meiste Schwierigkeit bietet unbedingt der erste Satz, der in seinem Hauptthema überaus glücklich erkundet, durch die Ueberraschung seiner Anlage an die Hörer die größten Ansprüche stellt. Liszt machte sich die Aufgabe nicht leicht, er wollte die komplizierte, in den verschiedensten Gemütslagen sich bewegende Natur Fausts musikalisch schildern; ob ihm dieses in allgemein verständlicher Weise gelungen ist, muß bezweifelt werden. Nur genauestes Studium läßt den wahren Wert dieses Sahes erkennen.

Der Vorführung des Werkes durch die Chemnitzer Stadtkapelle unter der Leitung Max Pohles, des eigentlichen Dirigenten des Orchesters, kann man seinen Beifall nicht verlagern, wenn auch manche Wünsche ungestillt blieben. Teilweise lag es am Dirigenten,

teilweise am Orchester. Pohle ist kein Dirigent mit tiefem Gefühl, auch nicht von hervorstehenden geistigen Eigenschaften und starker darstellerischer Kraft. Scheinbare Kleinigkeiten, wie die viel zu schnelle Ausführung des Wortendes in der Gretchenmelodie, zeigten sichtlich, daß er den Satz nicht ganz erfaßt hatte. Gerade für den zweiten Satz ist aber ein klughändiges Orchester mit hervorragenden Solisten aus mehreren Instrumenten unbedingt notwendig. Im großen ganzen war es aber eine immerhin achtunggebietende Leistung. Ganz wunderbar sang der Leipziger Männerchor seine Chorpartie, für dessen Mitwirkung man der Konzertdirektion zu besonderem Danke verpflichtet sein muß. Herr Müller sang das Tenorsolo sicher, war aber für seine ideale Aufgabe nicht der richtige Mann; hierzu gehört eine leicht anprechende, total milde Stimme mit vollständig freier Höhe. Als weiteres Orchesterwerk wurde noch Beethoven's zweite Leonoreouvertüre zwar in nicht feiner, aber doch zufriedenstellender Weise geboten, die zwischen den beiden Gefängen des Solisten, Dr. A. von Bary aus Dresden, gespielt wurde. In diesem Sänger, einem ehemaligen Mediziner, lernte man hier einen der eigenartigsten gegenwärtigen Opernsänger kennen. Seine Art, zu singen (er sang die Vohngarten- und Tannhäuserouvertüre), ist gewissermaßen ganz neu, indem sie in einer Verbindung von Singen und Vortrag, besser Rezitieren, besteht. Auch Müller hat diesen Weg eingeschlagen, aber auf dem Wege des Wissens, weil die Stimme Gesang im eigentlichen Sinne nicht zuläßt, und deshalb ganz auf Kosten des Gesanges. A. von Bary verfügt aber über ein herrliches, strahlendes Organ, dem nur noch einige Ausbildungsbefehle anhaften; kurz und zuweilen störend ist z. B. die Atemführung. In vollständige Einheit hat aber dieser ausgezeichnete Sänger sein System des Singens noch nicht gebracht, indem Uebertreibungen des rein Rezitatorischen eine Ungleichheit bedingen, für die der Sinn der Worte noch nicht genügend entschuldigend. Ueber die Auffassung einiger Stellen, so des Schlußes der Vohngartenouvertüre, kann man verschiedener Meinung sein, die Wirkung, die von Bary mit seinem System erzielt, das auf schärfstem Durchdenken der Rolle beruht, ist außerordentlich; kurz, dieser Sänger, der bereits großes leistet, wird noch größeres zu leisten imstande sein.

Ueber das erste Gastspiel der Frau Albertine Behme im Leipziger Schauspielhaus mag hier kurz berichtet werden. So reizvoll es sein könnte, wäsend Frau vom Meer, die wir hier seit Karl Heines Tagen nicht gesehen haben, von neuem zu analysieren und die eigentümliche Bedeutung des Werkes festzu-

durch Verfassung einer guten und gesicherten materiellen Lage die Möglichkeit zu gewinnen, in der sozialdemokratischen Agitation mit voller Kraft mitzuwirken. Die Berliner Politischen Nachrichten weisen darauf hin, daß die „Genossen“ die Klerikalehorenare nur deshalb beständig drückten und die Klerikalehorenare herbeiführten, um die Mehrausgaben für die hohen Besoldungen der Kandidaten auszugleichen. Nicht überflüssig sei daher die Erwägung, ob es nicht notwendig sein werde, diesen Mißbrauchen der Krankenkassen, ihrer Einrichtungen und Mittel zu sozialistischen Parteizwecken einen wirksamen Riegel vorzuschleichen.

Wenn dieser Mißbrauch in Leipziger Dorfangelegenheiten hätte, würden wir das nicht weiter verwunderlich finden. Anders aber, wenn eine „Zeitung“, die ernst genommen sein will, ihrem Sozialistenhaß und ihrer Klerikalfeindschaft in solch unverzeihlich dummer Weise Ausdruck gibt. Wir raten dem Leipziger Tageblatt, seiner neuen Redaktion zunächst einen ordentlichen Kursus im Lügen durchmachen zu lassen, damit sie nicht wieder so tölpelhaft dokumentiert, daß sie von den Dingen, über die sie schreibt, auch nicht die geringste Spur versteht.

Der Abdruck der obigen, übrigens aus Berliner Blättern mit der Schere herausgearbeiteten Kartarenschreibsel im Leipziger Tageblatt hat natürlich den alleinigen Zweck, den Leipziger Speiche beim Morgenkaffee grinsen zu machen vor den „Sozialdemokraten“, die auch in Leipzig und im übrigen Sachsen die fetten Kassenpfriunde an ihre „Partei-veteranen“ vergeben haben und deshalb die armen Herren Ärzte schlechter wie die Stiefelpußer bezahlen. Den Leuten, die an die liebgewordene Lektüre des Leipziger Schweins-Innenorgans von Alters her gewöhnt sind, fällt es selbstverständlich nicht weiter auf, daß auch nicht ein einziger sozialdemokratischer Kassenbeamter näher bezeichnet wird, der 10—17 000 Mk. schludt. Der Berliner Lügenfabrikant dürfte einen solchen Versuch wohl unterlassen haben, um nicht sofort durch das leicht beizubringende Zahlenmaterial auf seinen plumpen Schwindel festgenagelt zu werden. Wenn jedoch das Leipziger Tageblatt glaubt, die Berliner Erfindungen ohne weiteres auch auf Leipzig und Sachsen übertragen zu können, so halten wir es doch für unsere Pflicht, den öffentlichen Brunnenbergstern mit den wirklichen Tatsachen auf die geehrten Finger zu klopfen.

Eine der „größeren Krankenkassen“, ja sogar die größte Krankenkasse Deutschlands ist bekanntlich die Leipziger Ortskrankenkasse. Die „sozialdemokratischen Parteiveteranen“, die an der Leipziger Ortskrankenkasse die obersten Beamten stellen inne haben, schluden aber keine 10—17 000 Mk. jährlich, sondern begnügen sich mit wesentlich geringeren „Dotationen“; der eine, der Verwaltungsdirektor, nimmt mit 5000 Mk., der andre, der Mendant, mit einem noch wesentlich geringeren Gehalte vorlieb; ja ihre Bescheidenheit geht sogar so weit, daß sie für ihre Besoldung Kassenmittel überhaupt nicht in Anspruch nehmen, sondern in ihrer Eigenschaft als Beamte, die der Disziplinargewalt des hohen Rates der Stadt Leipzig unterstehen, sich aus der Stadtkasse bezahlen lassen. Und der Rat macht das auch, nicht etwa aus besonderer Gönnerschaft für die Ortskrankenkasse, sondern auf Grund von Vertrauen, die ihm, dem Rate der Stadt, natürlich auch als Gegenrecht einen gar nicht zu unterschätzenden Einfluß auf die Verwaltung der Krankenkasse sichern.

Und wie es in Leipzig ist, so ist es auch in Chemnitz und Dresden. Doch halt, in Dresden haben wir ja einen wirklichen sozialdemokratischen Reichstagsabgeordneten als besoldeten Kassen-Vorsitzenden. Ja, den „Genossen Krüger“! Er hat natürlich eine „Dotation“, die nicht von Pappe ist. Durch etwa zehn Jahre hindurch alljährlich blanke 12 — Hundert Mark und dabei so wenig zu tun, daß er daneben noch aus purer Langeweile sein gelerntes ehrames Handwerk als Löffelgerelle betreibt. Damit er nun „in der sozialdemokratischen Agitation mit voller Kraft mitzuwirken“ instande ist, hat man ihm sein Gehalt auf — 2000 Mk. erhöht.

Das ist natürlich schändlich im höchsten Grade! Darum her mit dem „Riegel“, der dem Mißbrauche der Krankenkassen zu sozialistischen Parteizwecken, vorgehoben werden muß! Dann wird es auch ein leichtes sein, den Leipziger Ärzten jährlich eine halbe Million Mark mehr in die aufnahmefähigen Taschen zu stecken!

**Eine Konzertsitt.** Im Leipziger Stadt- und Dorfangeiger ist also zu lesen:

„Ist es nicht wunderbar, so wenig liegt dazu heute ein Anlaß vor. Das muß klipp und klar gesagt werden, da wir, so scheint es, auf dem besten Wege dahin sind, daß Frau Jehmes Gastspielen eine Bedeutung beigemessen wird, die ihnen nicht zukommt. Wir haben es diesmal erlebt, daß Zeitungen auf den Genuss der von Frau Jehme gewählten Stücke vorbereiteten, als stünden überragende Leistungen schwieriger Aufgaben bevor. Und dabei steht doch für den Einsichtigen seit jener Vorstellung von Wenn wir Toten erwachen, von vornherein fest, daß Frau Jehme als Ibsen-Deuterin über Experimente nicht hinauskommt. Wir haben hier ein Beispiel dafür, daß Unternehmungen einer kunstbegeisterten Dame, die in erster Linie den Reiz interessanter gesellschaftlicher Veranstaltungen haben, ohne zureichenden Grund außerordentliche künstlerische Bedeutung beigemessen wird. Ich glaube, es ist auch im Interesse der geistig regsamsten Frau, die es immer wieder einmal zur Bühne zieht, wenn dies rücksichtslos gesagt wird. Auf Ueberreibungen und Ueberhebungen pflegen Rückschlüsse zu folgen, die bitter empfunden werden.“

In der Schätzung Ibsens ist seit einigen Jahren eine bedeutungsvolle Wendung eingetreten. Sein Lebenswerk liegt abgeschlossen vor uns, und nun sind wir aus dem Stadium leidenschaftlicher Bekämpfung und leidenschaftlicher Verteidigung herausgekommen. Wir können immer mehr dazu kommen, Ibsens Werke rein ästhetisch zu werten. An Stelle der leidenschaftlichen Erörterung des Gedankengehalts tritt die Untersuchung, ob der Gedankengehalt in eine vollendete Form gegossen worden ist. Die Folge dieses Umschlages ist namentlich eine veränderte Wertung des Ibsenschen Schaffens seit Kosmershalm, namentlich aber seit der Frau vom Meer. Hand in Hand damit geht ein Ringen um die Darstellung der letzten Werke. Das Gefühl und die Einsicht ist da, daß diese Werke kaum bisher, in Deutschland wenigstens, die Darstellung gefunden haben, die ein faires Urteil über ihre Lebensfähigkeit zuläßt. Man fragt, ist diese Mischung von Symbolik und Realismus, wie sie in der Frau vom Meer z. B. zutage tritt, so gelungen, daß eine einheitliche starke Wirkung der Aufführung zu erzielen ist. Diese Darstellungsfrage ist noch lange nicht gelöst, und ich glaube nicht, daß die gestrige Aufführung sie tendenziell gefördert hat.

Wenn Frau Jehme auftritt, die nicht im aufrechten Tagesdienst der Bühne steht, dann ist eine ausgearbeitete Leistung sicher zu erwarten. Sie hat ihre Rollen genau durch-

Schönfeld. Im Saale des Sächsischen Hofes eröffnete am Sonntag das Neue Konzertorchester unter Leitung des Herrn Schille das Konzert mit der Norma-Quvertüre, worauf Abis Siegesgesang der Deutschen nach der Hermannschlacht erkoll. Die Weitergabe dieses Jubelschreies, sowie Dürners Turm in Deutschland und Webers Schwerdtelied zeichnete sich, dank der Leitung des Herrn Lehrer Oskar Schäfer, durch Fülle und Klang aus. Humberts Spielmannsstille und Jenseis Margret am Tore gaben Herrn Hermann Meyer Gelegenheit, sich im Liedervortrag als sympathischer Sänger zu betätigen. Nach der temperamentvoll vorzutragenen Freischütz-Phantasie und nach dem fröhlich angestimmten Männerchor von Julius Otto Das treue deutsche Herz kam der Stundendror von Kienz Ein wandernder Geselle an die Reihe. Als Gegenstück zu diesem einfachen Volkslied mag Hegers Weihe des Liedes dienen, die mit passender Tonentfaltung vorgetragen wurde. Nach Herrn Tiegels Posaunen solo Das Herz am Rhein kamen drei Volkslieder zum Vortrag, von denen Karl Böllners Wanderlied einen Sturm von Applaus verursachte. Nach dem Walzer von Petros Mondschien auf der Alster hörten wir im anmutigen Gesang Mendelssohns Frohen Wandersmann und Rudolf Wagners Gretelein. Den Schluß bildete der Matrosenchor mit Orchesterbegleitung aus Der fliegende Holländer.

Einen „Sturm von Applaus“ verdient auch der prächtige Konzertkellner des Leipziger Dorfangeigers, der es fertig brachte, ein Konzert schon zu hören, das — erst am nächsten Sonntag, den 28. Februar, stattfindet.

Dies Papier kann sich dem Leipziger Tageblatt, dem wir in der vorübergehenden Notiz einige Zeilen gewidmet haben, würdig an die Seite stellen.

**Verfügung des Leipziger Adreßbuchs.** Die Firma August Scherl hat, wie von uns bereits gemeldet wurde, von dem bisherigen Verleger Alexander Gebmann das Verlagsrecht des im 83. Jahrgang erscheinenden Leipziger Adreßbuchs käuflich erworben. Das Leipziger Adreßbuch wird von Jahrgang 1905 ab in wesentlich vergrößerter und verbesserter Form erscheinen und damit allen Ansprüchen Rechnung tragen, die man heute an ein großstädtisches Unternehmen dieser Art stellen darf. Trotz der erheblichen Vergrößerung des Werkes hat die Firma August Scherl den Preis des Neuen Leipziger Adreßbuchs, der bisher bekanntlich 16 Mark betrug, auf die Hälfte, also auf 8 Mark herabgesetzt.

**Deutsche Saalbesitzer-Zeitung** nennt sich eine Zeitschrift, die ein Zentrallorgan für die Interessen der gesamten Saalbesitzer und Konzertgarten-Zuhörer sein soll und von jetzt ab aller 14 Tage in Leipzig erscheint. Die Zeitung soll mit dazu beitragen, „einen Wall erstehen zu lassen, der nötig ist, die Saalwirte vor dem Ruin zu schützen, dem sie entgegen gehen würden, wenn das Heer der Feinde den Sieg gewänne“. Seit vielen Jahren will der Herausgeber beobachtet haben, wie gerade der Saalbesitzer in oft himmelschreiender Weise ganz ungläublich belastet wird mit allen nur erdenklichen Steuern und Abgaben. In einem weiteren Artikel der neuen Zeitung wird ausgesprochen, daß es keinen Stand gebe, der so unter Polizeiverordnungen, Polizeimaßregeln u. so leiden hat, dem sonst-gesetzt und von allen nur möglichen Seiten Steuern, Belastungen, Verkürzungen und Einschränkungen drohen, wie der Gastwirtstand und hierunter bilden wiederum die Saalbesitzer die exponiertere Partei, die am meisten Angriffs-, Belastungs- und Bedrückungsversuchen ausgesetzt sei! Die ganze Energie sei erforderlich, um hier Wandel zu schaffen und deshalb soll die Zeitung den Nutzen der Saalbesitzervereinigungen schildern, belehrende Artikel veröffentlichen, Auskünfte in Rechtsangelegenheiten erteilen, Angebot und Nachfrage betreffs Musik und ähnlicher Ensembles regeln u. Auch auf das Militärverbot wird Bezug genommen und an Stelle der Petitionen und Bitten der Weg der Beschwerde empfohlen. Ferner wird die neueste Petition gegen die Saalbesitzer zum Abdruck gebracht, die vom Bund deutscher Gastwirte den Kriegsministerien der deutschen Bundesstaaten überreicht worden ist und in der es u. a. heißt: „In Erfüllung dieser Pflicht unterbreiten wir dem hohen Kriegsministerium unsere anderweitige Petition und beantragen: die sogenannte Saalbesitzer in allgemeinen nur bei solchen Etablissements, welche ausschließlich sozialdemokratischen Zwecken dienen, bei andern aber lediglich an den Tagen zur Anwendung zu bringen, an welchen in ihnen eine Volksversammlung abgehalten wird.“ Statt gegen das Militärverbot überhaupt energisch Stellung zu nehmen, werden diese gemauerten Ausführungen, in denen eigentlich das Militärverbot teilweise als zu Recht bestehend anerkannt wird, als „eine gerechte und ausreichende Handhabung“ bezeichnet. Den Gastwirten und besonders den Saalbesitzern tut allerdings eine energische Führung dringend not. Ob diese Führung aber in dem neuen Organ vorhanden sein wird, bleibt vorläufig noch dahingestellt.

dacht; sie wird sicher entscheidende Wendepunkte nicht übersehen. Am fragt sich aber, hat sie die schöpferische Kraft, um das Gedachte zu gestalten? Und da kann nun nichts helfen: wenn sie auf der Bühne steht, dann zeigt sich deutlich als Hauptdefekt ein starker Mangel an frischer Phantasie. Frau Jehme hängt zu an schöner Pose und an schöner Deklamation, daß ein Eindruck von Frische nie aufkommt. Deshalb ist sie am stärksten in Aesthetik-poesie, z. B. in Hofmannsthal's Hochzeit der Sobinde, wenn da auch das Alter die Wirkung schwächt. Sie überseht alles ins Nutzlose, ins „Literarische“ im bösen Sinne. Das vermag sich aber mit Ibsen wie Feuer mit Wasser. Hinter einem Ibsenschen Werk steht nicht ein künstler, geschmackvoller Geist, der sich an Phrasieren, an schönen Worten und Gebärden bergnügt, sondern ein ungeheurer leidenschaftlicher Geist, eine hart ringende Seele, die sich müht und nicht und mit Anspannung aller Energie sich in ein Problem einwühlt. Ein solcher Geist ist Frau Albertine Jehme wesensfremd; sie sollte ihn in Frieden lassen. Denn sie verwässert ihn unfehlbar. Sie hat keine Spur dämonischen Wesens. Sie vermag nie den Reiz des Frauenhaften, der Ellida Wenzel gefährlich wird, erschauernd nachzufühlen und dem Zuschauer zu suggerieren. Sie vermag nie ein Freiheitsverlangen darzustellen, das im Stadium der Dummheit sich äußert als eine verzehrende Sehnsucht nach Leben in Gemeinschaft mit dem lodenden, tickenden, wütenden Meere. Sie erkennt wohl, wie der Dichter dies Verlangen sich klären läßt, aber sie vermag nie den Gesundungsprozeß so darzustellen, daß der Zuschauer von einem Ausschwingen des Lebens überzeugt wird, von einem Aufwachen eigener Kraft. Man denke daran, wie nüchtern sie am Schluß war und auf das Niveau einer braven Ziffanschen Tüchtigkeit geriet. Und damit hängt zusammen ein andres, das nicht persönlich, wenn ein Ibsensches Stück gegeben wird, markieren kann wie Kadelstiche. Es ist etwas Gefährliches um das Bedeutungsvolle in Ibsens Sprache der letzten Zeit. Da sind immer Schlingen gelegt, da flutet ein Strom von Doppeldeutigkeit, der für die Darsteller leicht gefährlich wird. Das ist nun Frau Jehmes Element, aber leider wird sie da, ihrem Wesen entsprechend, durchaus prägnant. Sie hat dann den Ton der geistreichenden, dem frischen Leben und Empfinden fern stehenden Teufelsgefährtin. — Ich vermag also nicht zu sagen, daß Frau Jehme gestern das Verständnis Ibsens gefördert hat, und an diesem Urteil mag mich auch nicht der Beifall irren, der gesendet wurde.

**Leipziger Zentralbahnhof und Terrainrehabilitation.** Unter dieser Spitzmarke schreibt die in Dresden erscheinende Sachverständige: Rings um Leipzig wird schon seit Jahren auf weite Strecken hin der Boden von taufend geschäftigen Händen umgegraben: es handelt sich um die ersten Vorbereitungen für die neuen Gleisanlagen, die der Bau des Zentralbahnhofs nötig macht. Erst im Jahre 1915 soll er eröffnet werden, aber schon jetzt sieht man in allen Himmelsrichtungen an Bahlarbeiten. Und Bahlarbeiten noch im anderen Sinne haben schon längst eingesetzt. Die Terraingesellschaften rechen sich heraus, daß hier auf bequeme Weise ein billiger Profit zu erzielen sei. Nur zugreifen, auffauchen — nach ein paar Monaten wieder an den Fiskus verkaufen: und das Millionengeschäft ist gemacht. Der geduldige Staatsbürger aber darf den Aktionären und Aufsichtsräten der verschiedenen Gesellschaften die hohen Dividenden und Tantiemen bezahlen! West man die Jahresberichte dieser Unternehmungen, so nimmt sich ziemlich alles harmlos aus. Doch sind sie mehr als zwölf „kräftiger“ — nicht um den präferen Stand, sondern um die riesenhaften Gewinne der Terraingesellschaften zu vertuschen. Besonders preisstrebt wird die „Bank für Grundbesitz“, die das ganze Areal im Nordwesten Leipzigs aufkauft. Einen großen Teil davon hat sie schon wieder an den preussischen Eisenbahnfiskus losgeschlagen. Aber immer noch besitzt sie Terrain genug, um große neue Häuseranlagen projektieren und ins Werk setzen zu können. Das anmutige Dori Wahren soll nächsten in einer jener greulichen Großstadtvororte verwandelt werden, deren Anblick auf Auge und Gemüt bedrückend wirkt. Der Plan ist schon fertig — natürlich wird es ein Vorort nach Schema K, vierstöckige Häuser monotoner Bauart, immer eins neben das andre, möglichst un schön, weil möglichst rentabel. Die „Leipziger Terraingesellschaft“ hat im Norden und Nordosten Leipzigs die gleiche Preisstreiberlei in die Hand genommen. Geschnadwohl schrieb über sie ein ihr nahestehendes Blatt: sie habe „die Faust auf die Felder gelegt“. Die Scharen von Beamten, die durch ihre beruflichen Pflichten genötigt sein werden, in die Nähe der Rangier- und Wäheranlagen draußen, weit weg vom Zentrum der Stadt, zu wohnen, dürfen schon jetzt versichert sein: sie werden Dank der Tätigkeit der Terraingesellschaften eine „anständige“ Miete zu bezahlen haben.

**Tot aufgefunden** wurde gestern im Bleichenmühlgraben in der Nähe des Jörstersteigs eine weibliche Person. Die Leiche wurde polizeilich aufgehoben und an die Anatomie abgeliefert. In der Toten wurde die seit dem 17. Dezember v. J. vermißte 45 Jahre alte Ehefrau eines in der Eisenbahnstraße in Leipzig-Vollmarzdorf wohnenden Arbeiters erkannt.

**Mittels Revolvers** erschöß sich gestern nachmittag ein 19jähriger Kartograph in der Behausung seiner in der Eblischstraße zu L-Sellerhausen wohnenden Eltern. Der Beweggrund zu diesem Selbstmord ist noch nicht ermittelt.

**Wegen verführerischer Liebe** brachte sich gestern Abend in der 9. Stunde ein in der Marktstraße in L.-Neustadt wohnender 20 Jahre alter Schlosser aus Dresden in einem Hause der Köpckestraße vor der Wohnung seiner Geliebten einen Revolver schuß am rechten Handgelenk bei. Der junge Mann wurde mittels Krankenwagens in das Krankenhaus gebracht.

**Vermißt wird** seit dem 11. d. M. aus L.-Flagwitz ein 16jähriger Schlosserlehrling. Seine Angehörigen besuchten, daß ihm ein Unfall zugestoßen ist. Der junge Mensch ist schwächling und hat blondes Haar. Seine Kleidung besteht aus schwarzem Hofe, dunkelgrauer Jacke, gelber Weste, graueidnem Halmhut, schwarzem Hut und Schürschuhen. — Ferner wird seit dem 20. d. M. der in der Kirchstraße in L.-Vollmarzdorf wohnende, am 17. Juli 1848 in Schönfeld geborene Braumeister Julius Koch vermißt. Dieser ist mittelgroß, hat graumeliertes Haar, etwas Glatze und starken, graumelierten Schurrbart. Die Kleidung des Verwundenen besteht aus dunklem Jackettanzug und dunklem Winterüberzieher, schwarzem Hut, J. K. gezeichnete Leibwäsche, sowie Schür- und Gummischuhen.

**Unfälle.** In L.-Sellerhausen steuerte gestern nachmittag das Pferd eines auf der Straße haltenden Geshirrs vor einem Motorwagen. Das Tier drängte den Wagen rückwärts gegen den Motorwagen, wobei eine Glasscheibe des letzteren eingedrückt wurde. Verletzt wurde dabei niemand. — Am Blücherplatz wurde gestern Abend ein älterer Mann infolge eigener Unachtsamkeit von einer Droßke überfahren, zu seinem Glück aber nur mangelhaft verletzt. Der Verunglückte konnte von der Sanitätswache aus, wohin man ihn brachte, seinen Weg fortsetzen.

**Spanische Schwindler** trieben vor einiger Zeit ihr Unwesen in der Weise, daß sie Personen suchten, die ihnen bei der Hebung eines vergrabenen Schatzes durch Geldunterstützungen behilflich sein sollten, wofür ihnen dann ein erheblicher Teil des Schatzes zufallen sollte. Längere Zeit ließen diese Vertreter nichts von sich hören, bis auf einmal vor mehreren Tagen ein hiesiger Einwohner wieder aus Madrid einen Brief erhielt, in dem der Abgeber mitteilte, daß gegen ihn ein Prozess wegen Bankrotts schwebt, und daß er auf einem Pariser Bahnhof einen beschlagnahmten Koffer mit 800000 Franken

Von den Mitwirkenden erntete den stärksten Beifall. Sie gart als Hilde Wangel. Sie war in ihrer Art frisch wie immer und verdiente die laute Anerkennung. Wenn aber das Stück auf dem Spielplan bleiben sollte, dann wäre ihr doch zu raten, sich daran zu erinnern, welche Rolle diese Hilde im Dammleier Solche spielt, sie wird dann sicher die Linien etwas schärfer ziehen. Die außerordentlich schwicrige Rolle des Fremden spielte Herr Mehnert wohl etwas nüchtern, aber sicher und mit der Intelligenz, die ihm eigen ist. gm.

**Berliner Theaterbrief.** Aus Berlin wird uns geschrieben: Ob eine Wiederbelebung der alten griechischen Tragödie möglich ist und ob sie für die moderne Bühne von Nutzen wäre, sind Fragen, die sich theoretisch kaum beantworten lassen. Wir haben im Lauf des letzten Jahrzehnts in Theaterdingen so viele und so verschiedenartige Wandlungen erlebt, daß wir vorsichtigerweise nicht mehr sagen dürfen: das kann nicht sein. Es ist sehr wohl denkbar, daß irgend eine in dieser oder jener Hinsicht besonders originelle und raffinierte Inszenierung das antike Drama plötzlich zu neuem Bühnenleben erweckt und daß die jetztgenössische Dramatik dadurch befruchtet wird. Bisher sind die Versuche freilich ohne Ausnahme gescheitert. Die Antigone des Sophokles erscheint, seit Ludwigs Tied sie in den vierziger Jahren zum erstenmal auf die Bühne des Schauspielhauses gebracht hat, von Zeit zu Zeit immer wieder im Spielplan eines Berliner Theaters, um binnen kurzem, nachdem ein paar enthusiastische Oberlehrer und einige strebsame Primaner sich an ihr erbaut haben, lang- und kluglos zu verschwinden. Mit einem großen Aufwande wurde vor einigen Jahren im Theater des Westens eine Aufführung der Aeschyleischen Orestie inszeniert; das Publikum drängte sich zu der ersten Vorstellung, und es gab begeisterte Propheeten, die aus diesem Ereignis eine Renaissance der antiken Bühne weissagten. Die Renaissance ist ausgeblieben: nach zwei oder drei Aufführungen blieb das Theater leer, und weitere Versuche folgten nicht. Jetzt hat man im Neuen Theater eine Inszenierung der Mebea des Euripides gewagt. Man durfte von diesem Drama sich mit größerem Recht einen Erfolg versprechen, da es in seinem Stoff, in seinen Charakteren und in der Art, wie einzelne Vorgänge motiviert werden, mandarlet enthält, was uns als „modern“ anmutet. Die Geschichte der klugen, tatkräftigen und leidenschaftlichen Frau, die dem geliebten Mann alles opfert, dann von ihm, einem verwöhnten und schlauen Dieblich der Weiber, um einer andern willen verlassen wird und dafür über den Treulosen ein furchtbares Strafgericht verhängt — diese Geschichte könnte





Zur badischen Wahlreform.

Wie man dem badischen Lande den Namen eines „liberalen Musterstaates“ zuweisen konnte, ist kaum begreiflich. Die kleinen Klünfte, die Herr von Roggenbach seinerzeit unternahm, und der besondere „Kulturkampf“, den der badische Liberalismus gegen die katholische Geistlichkeit geführt hat, sind doch keine Grundlagen für einen Musterstaat. Im Gegenteil hat der Kulturkampf in Baden zu denselben kläglichen Resultaten geführt, wie im ganzen Reich; der Ultramontanismus ist dabei äußerlich und innerlich gekräftigt worden.

Das badische Land hat eine bewegte Vergangenheit und in dieser kommt die ganze Unzulänglichkeit des modernen Liberalismus zum Ausdruck.

In den dreißiger Jahren des vorigen Jahrhunderts sah man den badischen Liberalismus an der Spitze der konstitutionellen Bewegung in Deutschland. Wenn auch der Allererwähnteste seine damals in seinem politischen Testament die badische Kammer zum besonderen Objekt seines stacheligen Witzes machte:

„Die Laten, die ich noch nicht getan,  
Den ganzen Vaterlandsrettungsplan  
Reibt einem Rezept gegen Krugjammer  
Vermacht ich den Gelden der badischen Kammer“ —

so muß immerhin berücksichtigt werden, mit welchen Schwierigkeiten unter dem Druck der „Metternichtigkeit“ der aufstrebende Liberalismus zu kämpfen hatte. Die Führer der badischen Kammeropposition mußten, wenn sie mit den Gefinnungsgenossen der deutschen Nachbarstaaten Zusammenkünfte abhalten wollten, dies ebenso im geheimen tun, wie später die sozialdemokratischen Abgeordneten zur Zeit des Sozialistengesetzes im geheimen sich versammelten.

Es kamen die Sturmjahre 1848 und 1849. Baden hatte drei Aufstände durchzumachen; der erste republikanische unter Geder war entscheidend für Deutschland, denn nach seiner Niederwerfung fiel die Neugestaltung Deutschlands dem Frankfurter Parlament allein anheim. Der dritte Aufstand, der bekanntlich die ganze badische Armee zu sich herüberzog, hatte die Frankfurter Reichsverfassung als Ausgangspunkt, während die Mehrheit der Beteiligten die Republik als das eigentliche Ziel der Bewegung betrachtete. Der Aufstand wurde mit Hilfe Preußens in einem vierwöchentlichen Feldzuge niedergeworfen und nach der Uebergabe der Festung Rastatt brach eine brutale Reaktion über das Land herein. Damals erlebte Baden eine Massenemigration, wie niemals vorher und nachher. Die tatkräftigen und entschlossenen Elemente wollten lieber in der Ferne sich eine Existenz suchen, als unter dem Druck der Reaktionen leben. Und so wurden unter denen, die zurückblieben, die „Lauen“ und „Galben“ die Mehrheit, nachdem das badische Volk noch soeben in einem heldenmütigen und opfervollen Kampfe seine Freiheitsliebe gezeigt und bewahrt hatte.

Dies muß man alles im Auge behalten, um die spätere Entwicklung der Dinge in Baden zu übersehen.

Nachdem die wilde Reaktionszeit vorüber, begann in Baden der Liberalismus sein Banner zu entfalten. Viele ehemalige Demokraten, die von den Leiden des Exils müde gemacht oder sonst irgendwie bekehrt worden waren, behaupteten, sie seien „vernünftiger“ geworden; sie schlossen sich dem Liberalismus an, der dadurch einige populäre Namen gewann. Indessen konnte man diesem Liberalismus schon von weitem seine Unzulänglichkeit ansehen; seine Führer rekrutierten sich, soweit sie nicht zur großen Bourgeoisie des Landes gehörten, aus der Bureaucratie, was auch heute noch der Fall ist. Und die liberale Bevölkerung des Landes ließ diesen Leuten lange Zeit hindurch ihr ganzes politisches Vertrauen. Das wäre ohne die Niederlage von 1849 nicht möglich gewesen. Als Baden im Jahre 1866 gegen Preußen kämpfen mußte, heuchelte dieser Liberalismus noch „demokratische“ und „großdeutsche“ Anwandlungen; dann aber ließ er sich von Bismarck förmlich hypnotisieren, was ihm bekanntlich damals den Spitznamen der „Vettelpreußen“ eintrug. Mit der Gründung des Reichs gelangte der badische Liberalismus zur politischen Macht, die er in rücksichtsloser Weise gegen seine politischen Gegner ausübte. Diese badischen Oberamtänner, Staatsanwälte und Oberamtsrichter waren wohlverfahren in den demagogischen Künsten; sie verstanden es, sich als „Freiheitsmänner“ aufzuspielen gegenüber dem Ultramontanismus und wenn man ihre Reden hörte, so hätte man, wollte man sie ernst nehmen, glauben können, in jedem Hause lauere ein Jesuit mit Dolch oder Gift, um das Glück der braven liberalen Staatsbürger Badens zu vernichten. Dies Gaukelspiel dauerte Jahrzehnte fort und das politische Leben Badens wurde durch den langen Kulturkampf vergiftet. Die Süddeutschen sind für ein bißchen Kulturkampf leider immer mehr eingenommen, als die Norddeutschen, was daher kommt, daß Süddeutschland die Pfaffenherrschaft in ausgeprägterem Maße zu kosten bekommen hat, als der Norden. Der badische Liberalismus aber blieb mit seinem Kulturkampf auf halbem Wege stehen; die Religion selber anzutasten oder eine Trennung von Staat und Kirche anzustreben, dazu war er natürlich zu fromm. Noch bei den letzten Reichstagswahlen trat er als „Retter unserer heiligen Religion“ auf, als er um die Zentrumsstimmen warb.

Die emporwachsende Sozialdemokratie brachte endlich einen frischen Zug in dieses stockige politische Leben, in dem der Streit um Jesuiten und Freimaurer das hervorragendste Moment bildete. Aber die wirtschaftliche Entwicklung des Landes hat der Sozialdemokratie noch nicht so viel Raum gestattet, wie in andern Ländern, und in vielen Gegenden sorgt die Pfaffen für die politische Minderwertigkeit der Bevölkerung. Der Liberalismus ist im Abwärtsweg begriffen und die Situation ist nun so, daß in dem „liberalen Musterstaat“ die kümmerliche Wahlreform entweder ganz scheitern oder dem badischen Herrenhaus, der Zweiten Kammer ein erweitertes Budgetrecht gewährt werden muß. Die Wahl soll zwar direkt werden, aber es kommen noch einige Beschränkungen des Wahlrechts dazu, die in erster Linie die Arbeiter treffen. Alle diese Uebel für das Volkengericht der direkten Wahl mit in den Kauf nehmen, das können nationalliberale und ultramontane Pro-

visken wohl fertig bringen, obschon sie sich bis jetzt gekränkt haben. Die nächste Zeit muß darüber Klarheit bringen.

Es ist dies besonders interessant, weil es das Fazit einer langen politischen Entwicklung ist. Mehr als ein halbes Jahrhundert nach der Revolution von 1849, die im Offenburger Programm so weitgehende Forderungen erhob, ist man nun in Baden dabei, den Standesherrn der Ersten Kammer erweiterte Rechte zu gewähren. Das ist die Frucht von einer so langen liberalen Parteiherrschaft und einer: so langen Kulturkampf. Wahrlich, die Vassermänner, von denen es in Baden wimmelt, mögen sich manchmal mit unheimlichen Gefühlen an das Wort Führers vor der „Totengräberarbeit“ im Reichstage erinnern. Wenn irgendwo, so hat in Baden der Nationalliberalismus Totengräberarbeit geleistet und die Sozialdemokratie wird eifrig zu arbeiten haben, um mit der Zeit die Spuren der liberalen Parteiherrschaft auszutilgen.

Freilich — der Liberalismus hat im ganzen Reich seinen Verfall verkehrt — warum nicht auch in Baden?

W. B.

Reichstag.

90. Sitzung, Montag, 22. Februar 1904.

Am Bundesratsitz: Kräfte.

Die Genehmigung zur Strafverfolgung der Abg. Kröfeli (Antif.), Fuchsberg (Zentr.) und Gerstenberger (Zentr.) wegen Uebertretung des preussischen Vereinsgesetzes und wegen Verleumdung wird nicht erteilt.

Hierauf wird die zweite Beratung des Postetats fortgesetzt. Die Abg. Stichhoff (freil. Vp.) und Müller-Saam (freil. Vp.) bringen Beschwerden einiger höherer Beamtenklassen vor.

Die nächsten aufgerufenen Redner, die Abg. Kröfeli (Antif.), Berner (Antif.) und Dabach (Zentr.) sind nicht anwesend. Abg. Pöhl (nat.-lib.), der mit dem Vize ist auch nicht da, empfangen wird, verläßt auf's Wort. (Große Heiterkeit.)

Abg. Singer (Soz.) weist auf die schon im Vorjahr von ihm gerügte übermäßig lange Arbeitszeit dieser Beamtinnen hin, die zu schweren Krankheiten, insbesondere der Nerven führe, und verlangt staatliche Rücksicht über diese Verhältnisse. Dabei hätten in einem Falle von 18 angestellten Damen nur eine Entschädigung für die Zeit der Krankheit erhalten, viele würden einfach entlassen. Selbst 8 Stunden Dienzeit seien bei so nervenzerrütender Arbeit zu viel. Auch sei es peinlich für die Damen, daß sie, wenn sie ihren Platz verlassen, den Grund dafür auf einen Zettel schreiben müßten.

Unterstaatssekretär Sydow verteidigt die Verwaltungspraxis. Abg. v. Gerlach (freil. Vg.) teilt Beschwerden der Rohrpostapparatistinnen mit.

Abg. Böcker (Antif.) dankt für die Erhöhung der Gehälter der Landbriefträger.

Abg. Pöhl (nat.-lib.) verläßt namens seiner Freunde auf das Vorbringen von einzelnen Wünschen.

Die Titel 20b: Zu widerruflichen, nicht pensionsfähigen Gehaltszulagen an die in der Provinz Posen und in den gemischtsprachigen Kreisen Westpreußens angestellten mittleren Kausal- und Unterbeamten 589 100 Mark (Ostmarkenzulagen) und Titel 20c: Zu Erziehungsbefehlissen an höhere Beamte in denselben Gegenden 8000 Mk. beantragt die Kommission zu streichen.

Ein Antrag v. Normann (konf.) will die Regierungsvorlage wieder herstellen.

Abg. v. Liebermann (Reichsp.), begründet dies durch Hinweis auf die Ostmarkenzulagen der Regierungs-, Gerichts-, Steuer- und Eisenbahnbeamten. Im Interesse der Gleichstellung mit diesen dürfen die Zulagen nur widerrufen, nicht, wie ein Antrag Liebermann v. Sonnenberg (Antif.) will, unwiderruflich gegeben werden. Behne der Reichstag diese Zulagen ab, so werde sie der preussische Landtag bewilligen.

Abg. Freigen-Düffelbort (Zentr.): Ich bitte den Reichskanzler, einen solchen Widerspruch zwischen Reichs- und Landtag nicht herbeizuführen. Meine politischen Freunde befürworten die Zulage als ein Glied in der Kette der preussischen Polenpolitik. Die Widerruflichkeit würde eine stete Quelle der Angst für die Beamten sein, aber auch für die unwiderruflichen Zulagen können wir nicht stimmen, nicht aus Polenfreundlichkeit, zu der wir nach den letzten Waffenkämpfen keine Veranlassung haben, sondern aus Gerechtigkeitsgefühl, gegen das die preussische Regierung in letzter Zeit fortwährend verstoßen hat. (Lebhafter Beifall im Zentrum.)

Abg. v. Staudt (konf.): Wenn die Polen gute Preußen wären, gäbe es keinen Kampf in den östlichen Provinzen. Aber diese Vorlage ist überhaupt keine politische, wie es die Ostmarkenzulagen in Preußen waren (Abal bei den Polen), sondern lediglich eine finanzielle. Bei der Haltung des Reichstags wäre es vielleicht taktisch überhaupt nicht richtig, diese Forderung hier zu erheben. (Hört, hört! bei den Soz.) Wenn nun der Landtag diese Kosten auf sich übernimmt, so entsteht der Widerstreit nicht erst, vielmehr schafft ihn jetzt der Reichstag, wenn er entgegen dem Landtage diese Forderung ablehnt. (Große Unruhe, Widerspruch im Zentrum und links.) Das Zentrum hat mit seiner polenfreundlichen Haltung den allergößten Mißerfolg erlitten. Wir wollen ein starkes Deutschland und Frieden in der Ostmark. (Bravo! rechts.)

Staatssekretär Kräfte: Die Beamten in den östlichen Provinzen befinden sich in einer schwierigen Lage. Sie sind auf kleine Ortschaften verteilt und haben nicht die Zulagen wie die preussischen Beamten, auf die hin doch höhere Preise gefordert werden. Es handelt sich hier doch wirklich nicht um politische Beamte. Die Postbeamten selbst sehen in der Widerruflichkeit keine Gefahr.

Abg. Dr. v. Jagdewski (Volk): Das Ziel der preussischen Polenpolitik ist trotz aller Verschiebungen in den Mitteln immer dasselbe gewesen. Man soll nicht versuchen, entgegen den Verhandlungen im Landtage und den amtlichen Motiven, den politischen Charakter dieser Vorlage zu verwischen. Wie kann man von Frieden mit den Polen sprechen, wo man ihnen den Ankauf von Land verweigern will? Auch wir möchten herzlich gern in Frieden mit dem Zentrum leben und bebauern, daß er gestört ist. Ich bitte den Reichstag, die unselige Polenpolitik der Regierung nicht zu unterstützen.

Abg. Singer (Soz.): Die Polenpolitik der preussischen Regierung erstreckt in ihrer neuesten Entwicklungsphase nicht mehr und nicht weniger, als die Polen aus dem Lande zu werfen: Das liegt im preussischen Abgeordnetenhause eingegangene An siedelungs-gesetz trägt diese Stempel einer Ausnahme-gesetzgebung in schärfster Weise. Aber diese Politik wird nicht eher ein Ende nehmen, als bis sich die preussische Regierung von der Dummheit dieser Politik überzeugt hat. (Heiterkeit und Zustimmung bei den Soz.)

Vizepräsident, Graf Stolberg (unterbrechend): Es ist nicht zulässig, daß Sie hier von der Dummheit der Politik der preussischen Regierung sprechen. (Stürmische, anhaltende Heiterkeit, in der die folgenden Sätze des Redners verloren gehen.)

Abg. Singer (fortfahrend): Diese Politik muß immer mehr die Abwanderung der Polen erregen. Herr v. Liebermann suchte flügerweise die Frage der Ostmarkenzulagen des politischen Charakters zu entleeren. Aber jedermann hier im Hause sieht doch ein, daß die Zulagen eine politische Tendenz haben. Die Unterbeamten sollen durch widerruflich gegebene Zulagen in den Dienst einer bestimmten politischen Richtung gezwungen werden. Wer dem Wunsche der Regierung in Bezug auf die Behandlung des polnischen Publikums nicht nachkommt, setzt sich der Gefahr aus, daß ihm die Zulage

wieder entzogen wird. In dieser Widerruflichkeit liegt ein ganz raffiniertes System (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten), das noch viel schlimmer ist, als die Zulage an sich. Dadurch bringen Sie in das Beamtenkorps den Geist der Korruption hinein. (Sehr richtig! bei den Soz.) Die Beamten werden zu der Auffassung erzogen, daß sie nicht nur ihre Pflicht zu erfüllen, sondern auch die jeweilige Politik der Regierung zu unterstützen haben.

Daß eine Vorlage mit solcher Tendenz und solcher Wirkung von uns nicht gebilligt werden kann, versteht sich ganz von selbst. Der Staatssekretär verteidigte die Zulagen damit, daß die den preussischen Beamten bereits gewährten Ostmarkenzulagen die Preise der Lebensmittel und der Wohnungen verteuert hätten. Wenn das die Wirkung einer Zulage wäre, (Guruf rechts: Hat er gar nicht gesagt!) so dürften wir niemals einem Beamten eine Zulage gewähren, denn dann hätten die Beamten nichts davon. Das, was der Staatssekretär über die wirtschaftliche Lage der Beamten in den östlichen Provinzen gesagt hat, trifft auf alle Beamten zu und müßte konsequenterweise dazu führen, daß der Staatssekretär beim Reichschatzsekretär Zulagen für sämtliche Unterbeamte der Post durchsetze. (Sehr richtig! bei den Soz.) Wir werden stets bereit sein, den Unterbeamten Zulagen für das zu gewähren, was sie lebensfähig zu leisten haben und ihr Einkommen in ein gerechtes Verhältnis zu dem zu setzen, was sie für ihre Familie brauchen, aber Zulagen, die der Würde der Beamten selbst widersprechen, können wir nicht billigen. Nach den Worten des Herrn v. Liebermann müßte der Reichstag alles das nachmachen, was Preußen ihm vormacht. (Guruf: Diäten! Heiterkeit.) Ja, bei den Diäten haben die Herren Konservativen es keineswegs so eilig, Preußen zu folgen.

Wie viele Bestrebungen, die Lage der Reichsbeamten aufzubessern, sind nicht schon an der Berufung auf Preußen gescheitert. Und wenn man uns droht mit einer Diskrepanz zwischen Reichstag und Landtag, so kann sich der Reichstag eines solchen Verbrechens ruhig schuldig machen. Ja gerade der Zweck dieser Ablehnung besteht darin, den Landtag zu desavouieren, ihn zu zeigen, daß die Mehrheit dieses Hauses mit der schändlichen Polenpolitik des preussischen Landtags und der preussischen Regierung nicht einverstanden ist. (Bravo! bei den Soz.) Wenn die verbündeten Regierungen darwin willigen, daß die Ausgaben, die der Reichstag ausbrüchlich abgelehnt hat, in den preussischen Etat eingestellt werden, würden sie sich einer illoyalen Handlung schuldig machen. (Sehr gut! bei den Soz.) Daß die Rechte dieses Hauses die Regierung zu einer illoyalen Handlung aufreizen will, kann ich mir nicht denken. Nebenfalls werden wir wegen dieser Perspektive nicht einen Augenblick bedenken, die Forderung abzulehnen. Wegen dieser Bewilligung durch den Landtag würde ich ein Sturm der Entrüstung erleben. Wenn wir eine Politik der Bosheit betreiben, können wir nur die Annahme der Vorlage wünschen, denn sie wird auch unter den Beamten eine so große Unzufriedenheit erregen, daß den Parteien, die sie jetzt befürworten, die Luft daran vergehen dürfte. Gerade dem Frieden im Osten dienen wir durch Verweigerung der Vorlage. Und jeder, der den Frieden wünscht, muß mit uns die preussische Politik bekämpfen, die gar keine großen Ziele mehr hat, sondern nur noch einzelne Persönlichkeiten mit Nadelstichen traktiert. Die Angriffe sind so friebel, daß die Polen sich wie ein Mann dagegen erheben müssen. Sie müssen ihre „heiligtigen Güter“, die Muttersprache, wahren. Wenn man an die Nichtbestellung der Priester und an das Verbot der polnischen Sprache in den Prozessen denkt, so wirkt es geradezu komisch, wenn von seiten der Regierung behauptet wird, die Polen schätzten die Deutschen. Ungelehrt ist es der Fall, und weil die Vorlage ein Glied in der Kette dieser Schikanen ist, darum werden meine Freunde sie ablehnen. (Lebhafter Beifall bei den Soz.)

Abg. Sattler (nat.-lib.): Ich will keine große Polenrede aufzuführen. Ich will nur namens meiner politischen Freunde erklären, daß wir eine kräftige, konsequente Abwehrpolitik der Regierung gegen die polnischen Ausschweifungen auch fernerhin unterstützen werden. Wir sind gern bereit, den Beamten im Osten, die unter schwierigen Verhältnissen arbeiten, unwiderrufliche Zulagen zu gewähren. (Bravo! bei den Nationalliberalen.)

Abg. Liebermann v. Sonnenberg (Antif.): Meinem Antrage, die Zulagen unwiderruflich zu gewähren, kann ich ja nur noch eine Grabrede halten. (Heiterkeit.) Ich muß aber erklären, daß, falls er abgelehnt wird, wir gegen die ganze Vorlage stimmen. (Bravo! bei den Antifemiten.)

Abg. Gamp (Reichsp.): Herr Singer ist nicht berufen, für die Würde der Postbeamten im Osten einzutreten. (Lachen bei den Soz.) Ich habe nie zu den Polenkämpfern gehört, ich bin sehr friedlicher Natur. (Große Heiterkeit.) Aber warum schreiben die Polen unverständliche Adressen? (Unruhe und Widerspruch bei den Polen.) Sie (zu den Polen) sollten dankbar sein, daß Sie die besten Postbeamten bekommen sollen. (Heiterkeit.) Sie werden dadurch möglichst lebenswürdig und zuborkommend gegen die Polen sein. (Schallendes Gelächter bei den Polen und links.) Die Sozialdemokraten segeln unter falscher Flagge; mir ist das auch einmal passiert. (Große Heiterkeit.) Ich traf einen Postbeamten, dem man eingeredet hatte, die Sozialdemokraten wollten ihm 200 Mark mehr geben. Da habe ich ihn darüber aufgeklärt, daß er im Zukunftsstaat bei seiner kräftigen Gestalt Steineträger werden müßte. (Schallende Heiterkeit bei den Soz.) Auch die Freisinnigen, die vorgeben, ein-Perz für die Unterbeamten zu haben, wollen jetzt gegen die Ostmarkenzulage stimmen. Im Westen haben die Beamten schöne Gegend und schöne Weine. (Große Heiterkeit.) Darum entschädigen sie die Beamten im Osten. (Beifall rechts.)

Abg. Dubs (freil. Vg.): Wir werden auf jeden Fall gegen die Vorlage stimmen. Auch Graf Ranik hat das Risiko der preussischen An siedelungs-kommission zugegeben. (Sehr gut! links.)

Damit schließt die Diskussion. Der Euentualantrag Liebermann v. Sonnenberg wird angenommen, die gesamte Regierungsvorlage wird gegen die Stimmen der Rechten und der Nationalliberalen abgelehnt.

Beim Titel Posthilfsstellen bemängelt Abg. v. Gerlach (Soz. der freil. Vg.), daß es noch heute Postboten mit dem Tagelohn von 1.80 Mark gibt. (Hört, hört! bei den Soz.)

Beim Titel Deckung von Verlusten am Eigentum in der Post tadelt Abg. Eraberger (Zentr.), daß vielfach Postbeamte ohne eigenes Verschulden für Verluste der Post erspafpflichtig gemacht würden.

Staatssekretär Kräfte leugnet es. Danach werden die dauernden Ausgaben bewilligt.

Es folgen die einmaligen Ausgaben. Für Herstellung einer Telegraphenlinie im inneren Deutsch-Ostafrika, von Labora nach Ujiji, werden als erste Rate 300 000 Mark gefordert. Die Kommission beantragt, die Forderung zu streichen.

Abg. Dr. Spahn (Zentr.) befürwortet diesen Antrag. Viel wichtiger als diese Linie sei die Fortsetzung der Telegraphenlinie von Labora nach Mwanza.

Staatssekretär Kräfte: Man will die Linie Dar-es-Salaam-Labora bis Ujiji weiterführen und so den Ueberlandestelegraphen erreichen. Die Sache ließe sich aber hinausschieben. Dringender wäre allerdings die Linie Labora-Mwanza. Ich möchte daher das Haus bitten, wenn gegenwärtig keine Maßnahme

bestehen sollte zur Bewilligung der Linie Tabora-Ujiji, denselben Betrag von 300 000 Mark zur Herstellung der Linie Tabora-Mwanja zu bewilligen.

Abg. Dr. Spahn (Zentr.) beantragt nunmehr formell, im Dispositiv des Titels die Worte „Tabora-Ujiji“ zu ersetzen durch „Tabora-Mwanja“.

Abg. v. Böhlenhoff-Röpin (kons.) schließt sich diesem Antrag an.

Direktor im Kolonialamt Dr. v. Stäbel erklärt, daß er nur infolge eines Verfehls in der Kommission nicht diese Forderung befürwortet habe, und bittet ebenfalls, die Linie nach Mwanja zu bewilligen.

Abg. Dr. Spahn (nat.-lib.) beantragt, die Position mit dem Antrag Spahn an die Kommission zurückzuverweisen.

Abg. Dr. Müller-Sagan (freif. Vp.): Dem Antrag Sattler stimmen wir zu, schon deshalb, damit uns Herr Stäbel Auskunft darüber gibt, wie er dazu kommt, hier pfeiflich eine andre Forderung zu verlangen, als die von der Regierung erhobene. Uebrigens ist wiederholt vom Bundesrat dem Reichstage das Recht bestritten worden, solche Änderungen im Etat vorzunehmen.

Abg. Stöckmann (Reichsp.) schließt sich dem Antrag auf Zurückverweisung an die Kommission an, da die Kosten der Gesamtlinie sich durch den Antrag Spahn ändern werden.

Abg. Singer (Soz.): Ich muß Verwahrung einlegen, daß mitten in der Diskussion eine Veränderung der Vorlage der Regierung beantragt wird. Es ist gegen alle Gepflogenheit des Reichstags, Ausgaben in den Etat einzusetzen, die die Regierung nicht verlangt hat.

Abg. Dr. Spahn (Zentr.): Ein Antrag auf Änderung des Dispositivs, der die Summe der Forderung nicht berührt, ist nichts Neues. Uebrigens hat sich Herr Stäbel mit meinem Antrag einverstanden erklärt.

Abg. Singer (Soz.) stellt fest, daß das Dispositiv bisher stets nur geändert sei, wenn der Zweck der Vorlage anerkannt war. Man werde jedenfalls in Zukunft nicht mehr grundsätzlich ablehnen können, Forderungen in den Etat einzustellen, die die Regierung nicht verlangt hat.

Nach weiteren Bemerkungen der Abgg. Dr. Arenb (Reichsp.) und Dr. Müller-Sagan (freif. Vp.) wird der Antrag Dr. Sattler auf Zurückverweisung der Position an die Kommission angenommen. Der Rest der Einmaligen Ausgaben wird debattelos bewilligt.

Bei den Einnahmen bittet

Abg. Singer (Soz.) den Staatssekretär, den Krankenkassen dieselben postalischen Erleichterungen zu gewähren wie den Berufsgenossenschaften.

Die Einnahmen werden bewilligt.

Staatssekretär Raacke: Der Abgeordnete Haase brachte neulich Beschwerden über angebliche Verletzungen des Briefgeheimnisses vor. Ich konstatiere, daß keiner der Herren bei diesem Etat darauf zurückgekommen ist. Nach meinen Ermittlungen war diese Beschuldigung grundlos. (Hört, hört! rechts.)

Damit ist der Postetat erledigt.

Der Etat der Reichsdruckerei wird debattelos bewilligt.

Darauf vertagt sich das Haus.

Nächste Sitzung: Dienstag, 1 Uhr. (Etat des Reichs-eisenbahnamtes.)

Das Dekret enthält außer einem allgemeinen Teile, von dem bereits das wichtigste mitgeteilt worden ist, Vorlagen: A. Umbau der Strecke Chemnitz-Kappel und teilweiser Umbau des Bahnhofes Chemnitz (Gesamtkostenbetrag 19800000 Mk.), B. Umbau des Bahnhofes Zittau (Gesamtkostenbetrag 2464000 Mk.), C. Aenderweite Verwendung der für Herstellung eines Güterbahnhofs zu Grimnitzbau bewilligten Mittel, D. Herstellung eines zweiten Gleises der Linie Borsdorf-Coswig (888000 Mk.), Aufschiebung der Herstellung der normalspurigen Nebenbahn Merzdorf-Großschönpegau.

Finanzminister Dr. Rüge: Es ist eine bekannte Tatsache, daß Sachsen ein Eisenbahnezugs hat, das wesentlich dichter ist, wie das der anderen deutschen Länder. Die laufende Länge unserer Eisenbahnen beträgt jetzt 3148 Kilometer. Ende des Jahres 1901 kamen in Sachsen auf 100 Quadratkilometer 168,8 Kilometer Eisenbahn, während in Preußen, Bayern und Baden nur 88, 89 und 86 Kilometer auf denselben Flächenraum kommen. Das ist ein schlagender Beweis dafür, daß Sachsen bezüglich der Entwicklung seines Eisenbahnwesens hinter anderen deutschen Staaten nicht zurückgeblieben, sondern vorausgeeilt ist. Daß ein solches Resultat nur durch schwere Opfer zu erreichen war, ist begreiflich. Diese Opfer mußten um so größer sein, weil wir in Sachsen mit ganz besonderen Schwierigkeiten zu kämpfen hatten. Es kommt in erster Linie in Betracht, daß unsere Eisenbahnlinien zum großen Teile im Gebirge liegen. Es darf bei Beurteilung der sächsischen Eisenbahnen nicht außer acht gelassen werden, daß nur 26 Proz. unserer Bahnstrecken waagrecht liegt und 74 Proz. mehr oder weniger erhebliche Steigung haben. Die Gebirgszüge und Flußtäler zwangen uns, unsere Linien zum Teil in starken Krümmungen zu bauen; nicht weniger denn 43 Proz. unserer Schienenwege sind daher Krümmungen, 1500 Brücken dienen dem Verkehr über Flüsse und Schluchten. Der immer mehr wachsende Verkehr erfordert Aufwendungen, die sich erst nach und nach und zum Teil gar nicht bezahlt machen. Das in den Eisenbahnen angelegte Kapital betrug 1902 988 Millionen Mark, davon sind 788 Millionen Anteil der Staatsschulden. Rechnet man vom Ertrage der Staatsbahn die Zinsen ab, so ergibt sich, daß in dieser Finanzperiode auf einen nennenswerten Reinertrag nicht zu rechnen sein wird. Die Eisenbahnen sind allerdings nicht Selbstzweck, sie sollen nicht in erster Linie dazu dienen, dem Staate Einnahmen zu sichern. Es muß aber aus ihnen ein Teil der allgemeinen Ausgaben gedeckt werden, darauf kann kein Staat verzichten. Diese Erwägung muß uns dazu führen, über den Stand des Eisenbahnwesens ängstlich zu wachen und zu verhindern, daß ein übermäßiges Anwachsen eintritt. (Unruhe und Zustimmung.) Ein hoher Stand des Anlagekapitals birgt große Gefahren schon deshalb, weil bei dem Fortschritte der Technik die in Eisenbahnen angelegten Werte einem gewissen Risiko ausgesetzt sind. Die kostspieligen Bahnhofsbauten und die Sicherheitsmaßnahmen steigern den Ertrag nicht, sondern sehen ihn herab. Wir müssen zu verhüten suchen, daß das Anlagekapital der Eisenbahnen immer weiter ins Ungemessene anwächst. Das erfordert schon die allgemeine Finanzlage des Staates. Wenn schon jetzt die Verzinsung und Tilgung der Staatsschulden, obwohl die letztere völlig ungenügend ist, fast die gesamten Einnahmen der Staatseinkommensteuer verschlingt, so liegt die Notwendigkeit vor, Zurückhaltung zu zeigen. Es mußten in dieser Finanzperiode allein für Erweiterungs- und Umbauten 88 Millionen eingestellt werden, während für Fortführung der im Bau begriffenen Linie nur 2 Millionen nötig sind. Neue Linien sind überhaupt nicht in Aussicht genommen.

Es war ursprünglich meine Absicht, vom Bau neuer Eisenbahnlinien nicht gänzlich abzusehen. Es hätten aber höchstens die wenig Aufwand erfordernden Strecken Gittersee-Possenborn und Zwida-Gahsteln in Frage kommen können. Daß es nun mit der Erbauung neuer Eisenbahnlinien für alle Zeiten in Sachsen zu Ende sei, davon kann keine Rede sein; die Befriedigung der Verkehrsbedürfnisse läßt sich wohl verziehen, aber nicht aufheben.

Ob der Staat besser gefahren wäre, wenn er besonders bei Errichtung von Nebenbahnen nicht alle Lasten selbst getragen hätte, sondern einen Teil den Interessenten auferlegt hätte, wird ein Blick auf Preußen lehren. In Preußen führt der Staat die Nebenbahnen nicht selbst aus; er überläßt das der Provinz oder dem Kreise und beteiligt sich nur mit Beiträgen, aber nur unter der Voraussetzung, daß der Kreis das Unternehmen hinreichend unterstützt und der Grund und Boden für den Bau unentgeltlich zur Verfügung gestellt wird. Nun haben die preussischen Nebenbahnen 1806000 Mk. Zuschuß erfordert bei einem Gesamtüberschuß von 110 Millionen Mk. Die sächsischen Schmalspurbahnen erforderten ein Anlagekapital von 40 Millionen Mk. Die Betriebskosten sind 1902 von den Einnahmen nicht vollständig gedeckt worden, es war vielmehr ein Zuschuß von 9000 Mk. nötig, rechnet man dazu die Zinsen, so ergibt sich ein Zuschuß von 1400000 Mk. allein für die Schmalspurbahnen, also absolut mehr als in Preußen mit seinem ausgedehnten Netz von Nebenbahnen. Der Vergleich zeigt, daß schon viel gewonnen wäre, wenn der Staat in Zukunft die unentgeltliche Herabgabe von Grund und Boden als Bedingung bei Errichtung von Nebenbahnen forderte. Es ist jedenfalls der Erwägung wert, ob in Zukunft nicht auch bei uns die Grundbesitzer der preussischen Kleinbahnpolitik bei aller Schonung und Rücksicht für die Interessenten in Betracht zu ziehen ist. (Beifall.)

Abg. Andrä (kons.): In Zukunft müßten bei Bahnbauten von Gemeinden und Interessenten größere Opfer gebracht werden als bisher. Er sei in dieser Beziehung ganz mit dem Finanzminister einverstanden. Der Redner befürwortet in seinen weiteren Ausführungen den Ausbau der Linie Gittersee-Possenborn, die jetzt als Kohlenbahn betrieben werde, zu einer Nebenbahn für Personenverkehr. Der Ausbau sei um so wünschenswerter, weil durch die brodenbe Eröffnung der Kohlenlager die Bahn ohnehin den jetzigen Zweck nicht mehr erfüllen könne.

Abg. Rubelt: Wenn man die Grundzüge des Finanzministers in Zukunft verfolgen wolle, sollte man wenigstens die kleineren Driftschichten nicht zu stark heranziehen. Es wäre eine Unbilligkeit, wollte man, nachdem in großen Städten auf Staatskosten Prachtbauten errichtet worden sind und noch gebaut werden, von den kleinen Gemeinden verlangen, daß sie Eisenbahnen aus eigenen Mitteln bauen sollten. Der Redner plädiert sodann für den Bau der Bahn Gittersee-Possenborn.

Abg. Harter bebauert, daß der Bau der Schöpsentalbahn wieder zurückgestellt worden sei.

Abg. Schief erlucht die Regierung, die Schöpsentalbahn nicht für dauernd zurückzustellen, sondern im nächsten Jahre dem Projekte näher zu treten.

Abg. Opih: Sachsen hätte jetzt in finanzieller Hinsicht die Folge seines bisherigen Verfahrens beim Bau von Nebenbahnen zu tragen. Es sei aber doch nicht von der Hand zu weisen, daß das in den Eisenbahnen angelegte Kapital, wenn es auch gegenwärtig keine Erträge abwirft, dem Lande Nutzen bringt. Er bebauert, daß der Finanzminister nur das Kleinbahnwesen Sachsen mit dem von Preußen verglichen habe. Wäre das auch mit dem Unterhaltungsaufwande gesehen, hätte man sehen können, daß auch hier reformierend in Sachsen eingegriffen werden müsse. Sodann befürwortet der Redner den Bau der Bahn Mylau-Lengefeld, von der er sich einen hohen Ertrag verspricht.

Abg. Günther: Dem Minister könne er zwar im allgemeinen beistimmen, man dürfe aber auch die Sparsamkeit nicht zu weit treiben. Ein langsames Tempo des Bahnbaus sei berechtigt, man dürfe ihn aber nicht zum Stillstand kommen lassen. Der Redner befürwortet den baldigen Ausbau der Linie Plauen-Weimar.

Abg. Leibler: Sachsen habe viel Bahnen, aber nicht zu viel. Der Finanzminister habe nachgewiesen, daß Sachsen dem Flächeninhalt nach die meisten Eisenbahnen habe, er wäre aber zu einem andern Resultate gekommen, wenn er die Eisenbahnlinien mit der Bevölkerungszahl verglichen hätte. Dann hätte sich ergeben,

### Sächsischer Landtag.

Zweite Kammer.

Sitzung vom 22. Februar 1904.

Tagesordnung: Dekret Nr. 81 über mehrere Eisenbahnangelegenheiten.

Infolge Uebereinkommens mit Herrn Alexander Edelmann, Universitäts-Buchhändler und Buchdrucker, ist der Verlag des bei dieser Firma im 83. Jahrgang erschienenen

# Leipziger Adressbuchs

mit allen Rechten durch Kauf auf mich übergegangen. Meine Erfahrungen auf dem Gebiete des Adressbuchwesens, die ich im Laufe der Jahre als Verleger der Adressbücher von Berlin und Frankfurt a. M. gesammelt habe, werden zur Ausgestaltung meines neuen Leipziger Unternehmens nutzbringend verwendet werden. Es sind eine ganze Reihe von Neuerungen und Verbesserungen von mir geplant, um ein Werk herzustellen, das allen Ansprüchen an ein großstädtisches Adressbuch genügen dürfte. Trotz der beabsichtigten Vergrößerung des Wertes wird der bisherige Preis von 16 Mark von mir auf die Hälfte herabgesetzt. Ich werde Eintragungskarten für die Einwohnerschaft und besondere Formulare für die Gewerbetreibenden sowie Bezugslisten für das neue Leipziger Adressbuch zum

## Vorbestell-Preise von 8 Mark

Jedem Interessenten zur Zeit direkt zustellen lassen. Durch diesen billigen Vorbestellpreis hoffe ich die Anschaffung des so wichtigen Nachschlagewerkes einem weit größeren Publikum als bisher möglich zu machen und mir damit das Vertrauen zu erwerben, das dem bisherigen Verleger, Herrn Alexander Edelmann, in so reichem Maße zuteil geworden ist.

Leipzig, im Februar 1904.  
Königsstraße 33.

August Scherl.

Wir haben die geschäftliche Vertretung der Firma August Scherl, Verlag des Leipziger Adressbuchs (vormals Alexander Edelmann) sowie der Firma August Scherl & Co., Verlagsbuchhandlung und Annoncenexpedition, für den Bezirk Leipzig übernommen und besorgen für beide Firmen die Kommission der bei ihnen erscheinenden Zeitungen, Zeitschriften und sonstigen Verlagswerke sowie die Annahme von Anzeigen für alle deren Verlagserscheinungen.

Leipzig, Königsstraße 33.  
(Gartenlauben-Haus.)

Ernst Keil's Nachfolger G. m. b. H.

Das Bayern verhältnismäßig mehr Eisenbahnen als Sachsen habe. Im übrigen befürwortet der Redner ebenfalls den Bau der Bahn Bayern-Weimar.

Abg. Gräfe plädiert für den Bau der Linie Annaberg-Königs-walde.

Bei der Beratung der einzelnen in der Vorlage aufgeführten Projekte verbleiben die Abg. Kollisch und Selb über den Umbau des Bahnhofes in Alttau. Der Abg. Teichmann wendet sich in längerer Rede dagegen, daß die früher zur Herstellung eines Güterbahnhofs für Grimnitzkau bewilligten Mittel jetzt anderweit zur Errichtung einer Ladestelle im Ortsteile Wehlen verwendet werden soll.

Nächste Sitzung: Dienstag, Tagesordnung: Titel 24 des außerordentlichen Etats, Kapitel 2 und 3 des Rechnungsjahresberichts, ferner Kapitel 86, 87, 67, 70-72 des Rechnungsjahresberichts und Bericht der Deputationen über die Aufhebung des § 10 des Ergänzungsgesetzes.

Der Krieg in Ostasien.

Die Lokomotiven der Ussuri-Bahn.

Kurz vor Ausbruch des Krieges veröffentlichte die Wladivostoker Zeitung, Der ferne Osten, einen bemerkenswerten Artikel über die Ussuri-Eisenbahn, unter deren Maschinen eine wahre Seuche herrsche: Maschinen, wenn man so sagen darf, sterben wie die Fliegen.

Bei der allgemeinen Korruption der russischen Beamten, die den größten Teil der staatlichen Lieferungs-gelder in der eignen Tasche verschwinden lassen und dementsprechend schlechtes Material liefern, ist die Nachricht nur allzu glaubhaft.

Fatal, daß die Neutralität schon erklärt ist.

Aus Königsberg in Preußen läßt sich der Daily Telegraph schreiben: Vor einigen Tagen hielt General Kuropatkin, der Kriegsminister, dem Zaren Vortrag, in dem er ihn auf die Kriegsbedürfnisse der Artilleterie im fernem Osten hinwies, sowie auf die Schwierigkeit, diesen Bedürfnissen nachzukommen, da die Bezugsquellen durch die Neutralitätserklärungen verlegt seien.

Auf der Suche nach Russenfreunden.

Das Berliner Tageblatt ist in der glücklichen Lage aus England sich eine russenfreundliche Pressestimme telegraphieren lassen zu können. Im Daily Graphic wird versichert, König Edward sowie die englische Regierung habe nichts mit der extrem russenfeindlichen Stimmung der englischen Presse zu tun.

Potentinsche Dörfer.

Wir entnehmen einem Brief aus Moskau, der uns zur Verfügung gestellt wird, folgende Stellen: Diese Manifestationen dauern schon vier Tage. Es beteiligten sich an ihnen das Gefindel des Chitrowmarktes (Sammelplatz der verrufensten Elemente Moskaus), betrunkene Weiber, betrunkene Hirschen, verschiedene Spitzbuben, die in Studentenuniform verkleidet sind.

5 Uhr nachmittags die ganze Nacht hindurch bis 3 bis 4 Uhr morgens. Die ganze Nacht hindurch hört man Hurra brüllen, wofür ihnen von dem Generalgouverneur, dem Dheim des Kaisers, 2 Rubel pro Tag bezahlt werden; die als Studenten Verkleideten erhalten 5 Rubel.

Ein russischer Bericht über eine russische Niederlage.

Peteröberg, 21. Februar. Ein Telegramm des Staatsrats Pawlow aus Schanghai vom 18. d. M., wofür er an Bord des französischen Kreuzers Admiral de Guendon angekommen war, berichtet über die letzten Tage seines Aufenthaltes in Korea: Am 26. Januar schickte ich angesehnt der Unterbrechung des telegraphischen Verkehrs und der Kriegsvorbereitungen der Japaner das Kanonenboot Korjeß von Tschemulpo mit der Post nach Port Arthur und benachrichtigte den Kreuzer Warjag, daß er auf alle möglichen Fälle gefaßt sein müsse.

An dem Kampfe hatten auf japanischer Seite teilgenommen die Kreuzer Asama, Kamikawa, Takatschiho, Tschijoda, Kaschi und Mikata. Es wurde festgestellt, daß das Feuer der russischen Schiffe ein Torpedoboot zum Sinken brachte und den Kreuzer Asama zwang, das Feuer im vorderen Drehturm einzustellen.

Russische Verlegenheiten.

Mosk., 22. Februar. Der Moskauer Zeitung wird aus Petersburg vom 22. d. M. telegraphiert: Nach einer Meldung aus Port Arthur waren am 21. d. M. morgens schwache Schiffe vom Meere her vernehmbar. Wahrscheinlich versuchten japanische Torpedoboote, sich dem Hafen zu nähern.

Die Mannschaft des Dampfers Katanoura-Maru

Tokio, 22. Februar. Die Mannschaft und die Passagiere des in der Meerenge von Tsugaru durch die Russen zum Sinken gebrachten japanischen Dampfers Katanoura-Maru wurden mit Ausnahme von zwei Mann von den russischen Kriegsschiffen vor dem Ertrinken gerettet und aufgenommen.

Russen auf einer japanischen Insel gelandet.

London, 22. Februar. Daily Mail wird aus Tokio gemeldet, nach einem dort beim Prästekturamt eingegangenen Telegramm des höchsten Beamten der südlich von Tokio liegenden Insel Mihali seien dort am 19. Februar 12 Russen in einem Boot gelandet.

Der passive Widerstand der Chinesen.

Tientsin, 22. Februar. Bis jetzt ist die angekündigte Entsendung kaiserlich chinesischer Truppen von hier nach der Grenze nicht erfolgt. Als wahrscheinlicher Grund wird angesehen, daß Aufstand sich zuweilen, Gewässer dafür zu leisten, daß die Gegend am Tschu-Flusse, falls es dort zu Feindseligkeiten kommt, als neutral angesehen werde.

Hochwasser in China.

Tientsin, 21. Februar. Nach Meldungen aus Tsianku ist der Quangho-Damm gebrochen, Hunderte von Menschen sind umgekommen, mehrere Dörfer verwüstet.

Weihaiwei.

London, 22. Februar. Im Unterhaus erklärte heute der Unterstaatssekretär des Aeußern, Carl Berch, nochmals ausdrücklich das Gerücht für falsch, daß die Japaner Weihaiwei als Operationsbasis benutz hätten.

Schiffsbewegungen.

Sues, 22. Februar. Heute trafen das russische Transportschiff Drel, von Schibui kommend, und das russische Transportschiff Smolenski, vom Süden kommend, hier ein.

Hanoi, 22. Februar. An Stelle des Kreuzers Pascal, der mit den Ueberlebenden vom russischen Kriegsschiff Warjag nach Indochina unterwegs ist, wurde der in Indochina stationierte Aviso Kerfaint nach Tchemulpo gesandt.

Niederländisch-Juden und der japanisch-russische Krieg. Die Frage, ob und wieviel Kohlen die russische Kriegsflotte im Hafen von Sabong einnehmen dürfe, ist theoretisch in einem für Russland günstigen Sinne gelöst.

Aber in Sabong sind keine Kohlen. In der letzten Zeit haben zahlreiche russische und andere Transportschiffe den ganzen Kohlenvorrat verbraucht, und für das russische Geschwader, das vor kurzem den Sutsy-Kanal durchfahren hat, sind in Sabong keine Kohlen vorhanden.

Sehr wahrscheinlich ist, daß dieses die Ursache war, weshalb das Geschwader wieder zurückgekehrt ist, und es gänzlich ausgegeben hat, die chinesischen Gewässer zu erreichen.

Vermishtes.

Die Baumwollspinnerei der Welt. Auf der ganzen Erde sind jetzt mehr als 100 Millionen Spindeln zur Verarbeitung von Baumwolle in Tätigkeit, und bis auf ein Viertel wird die gesamte von ihnen verpommene Baumwolle im Hochzustand von den südlichen Gebieten der Vereinigten Staaten geliefert.

Königin Carola-Bad. Schwimm-Bassin. Jango-Behandlung, Dampf-, Bannens-, elektr. Licht-, Kohlenäure und Kur-Bäder. Lindenbad Lindenau, GutsMuthsstr. 27 Kur- u. Badeanstalt geöffnet v. 8-8.

Attestes Nachrichten-Bureau Deutschlands. Gegründet 1887. Kloster aus sämtlichen Zeitungen der Welt. Original-Ausschnitte über jeden gewöhnlichen Gegenstand. ARGUS Nachrichten-Bureau. Max Karjunkt. Berlin N. 37. Schönhauser Allee 182

Leipziger Buchdruckerei Aktiengesellschaft. Durch unsre Buchhandlung und alle Ausbräger der Volkszeitung zu beziehen: Schöne alte Kinder-Reime für Mütter und Kinder. Preis gebunden 15 Pf.

BONA ist die beste Margarine. Alleinige Fabrikanten: Wahnschaffe & Co m. b. H. CLEVE. Filiale: Leipzig, Marienstr. 24. Generalvertreter: Heinr. Kellermann, Telephon 2052.

Näthers Sport- u. Kinderwagen, Steingut-, Emaille-, Wirtschafts- u. Korbwaren bill. G. Stolbach, M., Wagnitzer Str. 54, Billig u. verf. Möbel jed. Art, Spieg., Betten, Billig u. verf. W. Schramm, Bayr. Str. 17 p



Genosse Wagner vor dem Disziplinarhof des Reichsgerichts.

Wie wir gestern mitteilten, ist die Berufung des Oberpostpraktikanten Richard Wagner gegen das Urteil der Disziplinarhof in Kassel, das auf Entfernung aus dem Reichsdienst lautete, von dem Disziplinarhof des Reichsgerichts verworfen worden.

Das Urteil der ersten Instanz war damit begründet, daß Wagner sich zu den Lehren und Anschauungen der Sozialdemokratie bekann habe, ein Sozialdemokrat aber nicht die Achtung besitze, die nach § 10 des Reichsbeamtengesetzes der Beruf eines Beamten erfordert.

Dem Disziplinarhof präsierte der Reichsgerichtspräsident Dr. Gutbrod; unter den Mitgliedern des Gerichtshofes fielen besonders auf: ein General in großer Uniform, mit Feldbinde und umgeschlalltem Seitengewehr, und der heftigste Gesandte am Berliner Hof, der Doyen des Diplomatischen Korps, Dr. v. Reibharbt. Leider hatte es Genosse Wagner verstimmt, die Galauniform anzuziehen, zu deren Tragen er gestern noch beauftragt war, und, geschmückt mit dem goldbordierten Dreifuß, den goldplattierten Achselstücken und dem langen spitzen Postbogen vor der illustren Gesellschaft ebenfalls in würdigem Gewande zu erscheinen.

Nachdem der Berichterstatter Richter den im Falle Wagner zu einem bibelbildigen Holoferne angewachsenen Aktenshof der Hauptfrage nach verlesen hatte, erhielt der auf dem Armenfürsorgeamt stehende Angeklagte das Wort zur Begründung seiner Berufung. Genosse Wagner führte ungefähr folgendes aus:

Meiner Ansicht nach hat sich die Reichspostverwaltung mit meiner Entfernung aus dem Postdienste einen Kontraktbruch zuschulden kommen lassen. Zwischen der Reichsregierung und mir, dem Reichsbeamten, besteht ein rechtsgültiges Vertragsverhältnis. Der diesem Verhältnis zugrunde liegende Vertrag ist das Reichsbeamtengesetz.

Die vertragsmäßige Leistung meinerseits bestand darin, daß ich 15 Jahre lang täglich 9-10 Stunden, und vielfach noch länger, im Postdienste zu schuften hatte. Auch die dienstfreie Zeit stand nicht zu meiner Verfügung, ich konnte sie weder zu meiner geistigen Ausbildung, noch zu der Fortentwicklung und Ausgestaltung einer etwaigen individuellen Veanlagung verwenden. Ich mußte mich die beste Zeit meines Lebens hindurch, zehn lange Jahre lang, nachdem ich in dem nebenberuflichen praktischen Postdienste erschöpft war, in den freien Stunden auf die verschiedenen Prüfungen und deren schwierigste, die höhere Verwaltungsprüfung für Post und Telegraphie, vorbereiten. Ich mußte mir die gründlichste Kenntnis aller mit der Post im Zusammenhang stehenden Gesetze, Verordnungen, Verträge, Tarife, Regeln, sowie aller postalischen Hilfswissenschaften aneignen. Diese Kenntnisse würden für mich vollständig wertlos und unbenutzbar sein, wenn man mich aus dem Postdienste entlassen sollte. Ich hatte mich also gleichsam mit Leib und Seele der Postverwaltung verschrieben müssen.

Die vertragsmäßige Leistung der Reichspostverwaltung bestand darin, daß sie mich auf Lebenszeit unentgeltlich anstellte. Sie sagte mir: Wir werden dich dafür, daß Du uns Deine physische und geistige Kraft geopfert hast, Zeit Deines Lebens auskömmlich unterhalten — vorausgesetzt, daß Du Dir nicht die in dem Reichsbeamtengesetz festgelegten und fixierten Beförderungen zuschulden kommen läßt.

Ich habe mir nun mit meinem Bekenntnis zu den Anschauungen und Lehren der Sozialdemokratie gar keine Verschuldungen gegen das Reichsbeamtengesetz zuschulden kommen lassen; denn an keiner Stelle und auf keiner Seite dieses Gesetzes steht, daß ein Reichsbeamter kein Sozialdemokrat sein darf. Der Vertrag ist also nicht von mir, sondern von der Reichspostverwaltung gebrochen worden. Um ihren Vertragsbruch zu rechtfertigen, mußte sich die Postverwaltung nach einem Paragraphen umsehen, aus dem man allenfalls auf künstlichem Wege herausinterpretieren könnte, daß ein Sozialdemokrat kein Beamter sein darf. Hierzu schien ihr der Paragraph 10 des Reichsbeamtengesetzes geeignet. Dieser Paragraph lautet:

Jeder Reichsbeamte hat die Verpflichtung, das ihm übertragene Amt der Verfassung und den Gesetzen entsprechend gewissenhaft wahrzunehmen und durch sein Verhalten in und außer dem Amte der Achtung, die sein Verus erfordert, sich würdig zu zeigen.

Nun ich habe weder gegen die Verfassung, noch gegen das Gesetz verstoßen. Die Verfassung kennt keine Staatsbürger zweiter Klasse und es gibt auch kein Gesetz, das die Sozialdemokratie verbietet. Man konnte also nur sagen, ich hätte mich durch mein Bekenntnis zu den Lehren und Anschauungen der Sozialdemokratie der Achtung unwürdig gezeigt, die der Beruf eines Beamten erfordert. Um dies zu beweisen, hat die Anklage behauptet, daß ich durch meine Zugehörigkeit zur Sozialdemokratie den Dienst gebrochen habe. Ich habe allerdings im Dienste gelobt, dem Kaiser treu und gehoramt zu sein. Aber dieses Gelöbnis habe ich bis jetzt noch nicht verletzt. Der Kaiser hat noch nie, wozu er ja auch verfassungsmäßig gar nicht imstande wäre, direkt zu mir gesprochen und Treue oder Gehorsam von mir verlangt. Er konnte nur durch die Verfassung, die Gesetze und die auf Grund der Gesetze erlassene postdienstliche Instruktion Treue und Gehorsam von mir verlangen. Weder die Verfassung, noch die Gesetze verbieten die Zugehörigkeit zur Sozialdemokratie, und in der postdienstlichen Instruktion steht überhaupt kein Wort von Politik. Daraus, daß ich als Sozialdemokrat einmal in die Lage kommen könnte, dem Kaiser die Treue zu brechen und den Gehorsam zu verweigern, kann man doch nicht folgern, daß ich dies jetzt schon getan hätte. Das wäre ja gerade so, als wenn man etwa einen Schriftsteller, der geschrieben: Eigentum ist Diebstahl, ich werde mir deshalb gar kein Gewissen daraus machen, einen Diebstahl zu begehen, ohne weiteres wegen Diebstahls verurteilen wollte. Man muß doch erst abwarten, bis er wirklich einen Diebstahl begangen hat. So muß man auch erst abwarten, bis ich dem Kaiser die Treue gebrochen und den Gehorsam verweigert habe. Erst dann kann man sagen, ich hätte den Dienst gebrochen.

Es erübrigt also nur die Behauptung, daß ich durch meinen Nebtritt zur Sozialdemokratie ganz direkt der Achtung verlustig gegangen sei, die der Beruf eines Beamten erfordert. Die Achtung, die der Beruf eines Beamten erfordert, das kann doch nur heißen, daß der Beamte ein geachteter Mann sein muß, nicht aber, wie die Disziplinarhof in Kassel sagt, daß es zwei besondere Arten von Achtung gibt: eine gewöhnliche Achtung, die der unbescholtene Privatmann besitzt und die durch die Zugehörigkeit zur Sozialdemokratie nicht verletzt wird, und eine Achtung höheren Grades, die Beamtenachtung. Wenn man für den Beamten eine besondere Achtung, eine Achtung aus der vierten Dimension, konstruieren will, dann muß man auch wieder alle besonderen Standesregeln und Standesvorurteile gesetzlich sanktionieren, womit man die Grundlagen aller bundesstaatlichen Verfassungen unterminieren würde. Es kann nur eine einzige Achtung geben — und diese Achtung kann durch kein politisches Glaubensbekenntnis verletzt werden, sonst wären ja alle sozialdemokratischen Reichs- und Landtagsabgeordneten, ja schließlich die drei Millionen sozialdemokratischer Wähler Menschen ohne Achtung.

Wenn man den § 10 des Reichsbeamtengesetzes so auslegen

will, wie ihn die Disziplinarhof in Kassel ausgelegt hat, dann kann man schließlich in jeden Gesetzesparagrafen jeden beliebigen Wunsch der Regierung hineininterpretieren. Dann haben wir keinen Rechtsstaat mehr, sondern eine absolute Despotie. Dann schließt auch die Kenntnis des Gesetzes nicht mehr vor Strafe; dann hört jedes rechtliche Vertragsverhältnis auf. Was tue ich denn mit dem § 10 des Reichsbeamtengesetzes, wenn man nicht das herausliest, was in klaren, einfachen Worten darin steht, sondern mit halbbrüchlichen Interpretationskünften das hineinlegt, was den Wünschen der Regierung entspricht.

Nach diesen Worten Wagners erhoben sich die Mitglieder des Disziplinarhofes in sittlicher Entrüstung, und der Reichsgerichtspräsident verbat sich eine derartige Kritik eines gerichtlichen Urteils.

Der Reichsanwalt machte gar keine Anstalten, die Darlegungen Wagners mit juristischen Gründen zu widerlegen. Er sprach von der „Verwerflichkeit und Staatsgefährlichkeit“ der Sozialdemokratie, wofür ein Sozialdemokrat unmöglich Reichsbeamter sein könne. Die spezielle Staatsgefährlichkeit Wagners zeige sich schon darin, daß er, obwohl er sogar jetzt während der Verhandlung noch altlicher Reichsbeamter sei, die Leipziger Volkszeitung verantwortlich zeichne und sich sogar nicht entblöde habe, eine hierauf bezügliche Notiz in diese Zeitung aufzunehmen.

Wagner erwiderte dem Reichsanwalt, daß nach § 110 des Reichsbeamtengesetzes solche Tatsachen, die die Grundlage zu einer neuen Anschuldigung abgeben könnten, in der Berufungsverhandlung nicht vorgebracht werden dürfen, daß also der vom Reichsanwalt erwähnte Umstand für die Entscheidung des Disziplinarhofes überhaupt nicht maßgebend sei. Im weiteren wäre es ja erklärlich, daß dem Herrn Reichsanwalt und dem Herrn Staatssekretär des Reichspostamts der Gedanke, unter den Reichsbeamten ausgesprochene Sozialdemokraten zu wissen, nicht gerade angenehm sei; aber dann müßte eben die Reichsregierung auf dem Wege der Gesetzgebung ein neues Gesetz schaffen, in dem klar und deutlich stehe, daß ein Beamter kein Sozialdemokrat sein dürfe. So lange dieses Gesetz nicht gegeben sei, wären das alles nur fromme Wünsche, die als solche die Entscheidung eines Gerichtshofes nicht beeinflussen könnten, der nicht nach den gewünschten, sondern nach den wirklich vorhandenen Gesetzen zu entscheiden habe. Diese böten jedoch auch nicht die geringste Handhabe, um einen Beamten ohne Verletzung der Gesetze und der Verfassung, lediglich seines Bekenntnisses zur Sozialdemokratie halber, gewaltsam aus dem Amte zu entfernen.

Der Disziplinarhof zog sich hierauf zu einer ganz kurzen Beratung zurück, worauf der Reichsgerichtspräsident verkündete, daß die Berufungsinstantz mit der Ausstoßung Wagners aus dem Reichsdienste ohne Revision in jeder Beziehung einverstanden sei. Auf eine juristische Begründung dieses Beschlusses hatte man sich gar nicht eingelassen.

Vereine und Versammlungen.

Eine öffentliche Metallarbeiter-Versammlung die am 17. Februar im Felsenkeller abgehalten wurde, beschäftigte sich eingehend mit den Verhältnissen bei der Firma Rudolf Sack in L.-Plagwitz. Kollege Widome führte aus, es sei zu beklagen, daß auch in Zukunft Reklamationen der Arbeiterpreise, wie sie kürzlich vorgenommen worden sind, erfolgen würden. Hier sei es wichtig, sich die Frage vorzulegen, wie man sich am besten dagegen schützen kann. Auf Grund festabgeschlossener Akkordverträge zwischen Unternehmer und Arbeiter sei wenigstens die Garantie geboten, daß während der Dauer der Verträge die Preise für die einzelnen Arbeiten fest bestehen bleiben. Selbstverständlich geböre aber, um derartiges durchzuführen, eine gute Organisation dazu. Redner kommt nun auf die Abzüge zu sprechen und gibt diese abteilungsweise bekannt. Danach belaufen sich die Abzüge auf 5 bis 10 Prozent. In der Gießerei liegen die Verhältnisse ähnlich; auch hier sind ganz beträchtliche Abzüge von 5 1/2, bis 25 Prozent zu verzeichnen. Anlässlich des Formierstreiks 1899 sei zwar erklärt worden, daß Abzüge nicht vorlämen. Bei den einzelnen Meistern schwanken die Abzüge zwischen 7 1/2 und 38 1/2 Prozent. Bezüglich der Lohnarbeiter brauche man nur einen Blick in die Dampfplugschlepperei zu werfen, um zu sehen, welche Stundenlöhne die Firma Rudolf Sack bezahlt. Bis jetzt habe es für Schlosser einen AnfangsStundenlohn von 25 Pfg. gegeben. Erst in letzter Zeit sei der Lohnsatz auf 80 Pfg. festgesetzt worden. Schlosser, die 5 Jahre da sind, erhalten 85 Pfg. Stundenlohn bei einer Leistung, um 45 bis 50 Pfg. nicht zu viel seien. Des weiteren kritisierte der Redner die sonstigen Mängel in der Fabrik, die in ungenügender Wärme, schlechter Beleuchtung und vor allem in den engen Gängen zum Ausdruck kommen. Hier wäre einmal die Fabrikinspektion aufmerksam zu machen. Zum Schluß richtete der Kollege an die etwa anwesenden Meister die Aufforderung, sich zum Wort zu melden, um die Verhältnisse aufzuklären, respektive zu erklären, wen die Schuld an den Abzügen trifft. In der folgenden Diskussion sprachen verschiedene Kollegen zu den Ausführungen des Referenten, die sich alle darin einig waren, daß bei der Firma Sack schlechte Zustände herrschen und daß es Pflicht der Kollegen sei, sich zu organisieren, dann könne auch einmal bei der Werkfirma Rudolf Sack eine Wendung zum Besseren eintreten. Nachdem der Vorsitzende nochmals auf die Leipziger Volkszeitung aufmerksam machte, wurde die sehr gut besuchte Versammlung geschlossen.

Eine öffentliche Musikarbeiter-Versammlung tagte am 18. Februar im Coburger Hof. Genosse Wittig sprach über die Kämpfe der letzten Jahre, die einen immer ernstere Charakter angenommen hätten. Jetzt seien dieselben nicht mehr private Angelegenheiten des einzelnen Unternehmers, sondern durch das schnelle Wachstum und die Stärke der Unternehmerorganisationen bildeten sich die Kämpfe zu gewaltigen Machtkämpfen zwischen Arbeiterschaft und Unternehmertum heraus. Wenn auch die Arbeiter in einer Zahl von 1100000 organisiert seien, so sind die Unternehmerorganisationen durch Stellungnahme der Behörden und durch Verknüpfung der bürgerlichen Presse um ein bedeutendes im Kampfe voran. Eine derartige einseitige Stellungnahme zugunsten der Unternehmerorganisationen müsse jedem Arbeiter die Augen öffnen und einsehen, daß nur der Zusammenbruch aller Arbeiter es ermöglichte, den Unternehmern KonzeSSIONen abzutrotzen. An das mit lebhaftem Beifall aufgenommene Referat schloß sich eine kurze Diskussion. Hierauf erstattete Kollege Schulz Bericht über die Tätigkeit der Sektionsleitung. Im verflorenen Jahre wurden 8 öffentliche allgemeine Versammlungen abgehalten, ferner 2 der Harmonikbranche und 74 Werkstüberversammlungen. Differenzen, die sämtlich zugunsten der Kollegen beigelegt wurden, entstanden bei den Firmen Polyphon, Meyenburg u. Zulager, Maunborg u. Hörigal. Der Streik bei Zimmermann konnte nach einer Dauer von 14 Tagen beigelegt werden und zwar in allen Punkten zugunsten der Kollegen, während die Kollegen von Irmer nur einen teilweisen Erfolg verzeichnen konnten. In mehreren Betrieben wurde nach Verhandlungen die neunstündige Arbeitszeit eingeführt, so daß nur noch 6 Firmen längere Arbeitszeit haben. Die Organisation hat sich gegen früher bedeutend verstärkt, doch bedarf es noch unermüdlicher Tätigkeit, die immer noch in großer Zahl vorhandenen Inbifferenten zum Eintritt in die Organisation zu bewegen. Hierauf erfolgt die Wahl der Sektionsleitung. Gewählt wurden die Kollegen Schulz, Dörflich, Höffeln, Höpner und Müller. Der neuen Sektionsleitung wird die Anregung gegeben, gute Agitationskräfte, am besten Fachkollegen, zu den öffentlichen Versammlungen heranzuziehen, damit bessere Versammlungsbefuche erreicht werden. Auch wird gewünscht, möglichst Bezirksversammlungen abzuhalten.

Die Fabrikarbeiter und Fabrikarbeiterinnen Leipzig-Dst hielten am 20. Februar in den Drei-Möhren eine öffentliche Versammlung ab, in der Kollege Schulz einen Vortrag hielt über das Thema: Was lehrt uns der Kampf der Grimnitzdamer Weber. Redner schildert, wie die vorgeschrittene Technik eine Herabsetzung der Arbeitszeit verlange. Er sprach weiter über die Strafverfolgung der Arbeiter und die Parteinarbeit der Regierung für die Unternehmer. In der Diskussion sprachen sich die Kollegen im Sinne der Ausführungen des Referenten aus. Kollege Rilmann gab sodann die Abrechnung vom Wintervergnügen und teilte mit, daß der Ueberfluß zur Gründung einer Unterstützungskasse verwendet werden soll. Ueber das Fest, sowie über das Verhalten einzelner Kollegen in der Wilhelmischen Fabrik, die der Vereinstverwaltung hinter dem Rücken Mißwirtschaft porgeworfen haben, und diese Mißwirtschaft als Grund ihres Austritts erklärt hatten, entspann sich eine lebhafte Debatte, in der diefen Nachfolger der Standpunkt richtig klar gemacht wurde. Folgende Resolution wurde einstimmig angenommen: Die Versammlung weist die Vorwürfe einzelner Kollegen der Firma Wilhelm energisch zurück und spricht der Verwaltung ihr vollstes Vertrauen aus. Danach unterzog man die Zustände in der Fabrik Schneider, Kohnhagenstraße, einer scharfen Kritik. Es sind da wohl Speisehälle vorhanden, aber der eine für Frauen wird nicht mehr heraus, und in dem andern für Männer liegen alle möglichen alten Eisenstücke, so daß der Saal eher einer Kumpfkammer als einem Speisesaale ähnelt. Daß sich Arbeiter dies gefallen lassen müssen, liegt nur daran, weil sie sich bisher um die Organisation nicht gekümmert haben. Jedenfalls wird es aber in Zukunft besser werden, denn der Grundstein dazu ist schon gelegt. Kollege Melzer wurde als Hilfskassierer gewählt. Zum Schluß wurde noch der Streik der Arbeiter mit der Krisisfrankenkasse besprochen. Aus den Ausführungen mehrerer Kollegen ging hervor, daß die Mitglieder sich mit den Maßnahmen des Konventos einverstanden erklären. In der nächsten Versammlung soll ein Vortrag über diesen Punkt gehalten werden. Die Kollegen mögen recht zahlreich erscheinen.

Der Arbeiterverein Proßkelds hielt am 20. Februar seine regelmäßige Monatsversammlung im Restaurant Julius ab. Vor Eintritt in die Tagesordnung gebent der Vorsitzende mit kurzen Worten des verstorbenen Vereinsgenossen Andreas Schneider, sowie des Reichstagsabgeordneten Emil Rosenow. Die Versammlung ehrt das Andenken der Verstorbenen in üblicher Weise. Zum ersten Punkt, Gemeinbeangelegenheiten betreffend, berichtete Genosse Hermann Starke über verschiedene Gemeinbeausrichtungen sowie eine Schulvorstandsitzung. Hieran schloß sich eine rege Debatte. Im Verschlebenen gibt der Vorsitzende bekannt, daß im nächsten Vereinsabend Genosse Raack einen Vortrag über Religion und Sozialismus halten wird. Ein Mitglied wurde neu aufgenommen. Nach Erledigung verschiedener Angelegenheiten schloß der Vorsitzende den leider schwach besuchten Vereinsabend.

Gemeinde-Beitrag.

Deich. (Gemeinbeausrichtungen vom 18. Februar.) Das Entlassungsgesuch des 1. Gemeinbeausrichters Moritz wurde einstimmig genehmigt. Zum 1. Gemeinbeausrichtern wurde sodann Herr Krug gegen vier Stimmen gewählt. Die Leitung der dritten Wählerklasse (Anwässler) wird trotz des Protestes unserer Genossen nach den Vorschlägen des Gemeinbeausrichters im Verfassungsausschuss vom Verein gegen vier Stimmen genehmigt. Gegen die Leitung stimmen die Herren Ulrich, Gerhardt, J. Schmidt, Zeller; für Leitung stimmen die Herren Schäfer, Feller, Leonhardt, Schreyer, Prini, Straube, Dübelt, K. Schmidt. Nach den neuen Bestimmungen erhalten 247 Wähler einen Vertreter, und 128 Wähler zwei Vertreter, das nennt man in Deich ausgleichende Gerechtigkeit. Verschiedene Wasserleitungsbauangelegenheiten werden nach den Vorschlägen des Wasserleitungsausschusses genehmigt. Bei Beratung des Haushaltes wird gewünscht, die Gehälter der Gemeinbeausrichtern etwas aufzubessern. Dies geschieht nach dem Vorschlag. Der Mehraufwand für die vergrößerte Kirche in Gauß beträgt 8200 Mk., zusammen also 5200 Mk. Gegen zwei Stimmen wurde, bei einer Stimmenthaltung, auch diese für unsern Ort enorme Summe bewilligt: Genosse Zeller bemängelt, daß entgegen dem vorjährigen Gemeinbeausrichtersbeschlusse im Haushaltesplan kein Posten für unentgeltliche Bauleistungen der Schulkinder im Döllher oder Marktleeberger Gemeinbeausrichters abgestellt sei. Nach Angabe sollen diese Mittel aus Konto unvorhergesehene Ausgaben bestritten werden. Zu dem Schankkonzessionsgesuch Landmann (Carl Schöppe) wird die Bedürfnisfrage bejaht. Ein Baugesuch Hofmanns wird nicht befürwortet. Nach Erledigung einiger Reingewinnsteuerfachen wurde die Sitzung geschlossen.

Mitteilungen aus dem Publikum.

Zu den in der Donnerstagsnummer an dieser Stelle gemachten Mitteilungen über das am 20. Februar im Zoologischen Garten stattfindende Stiftungsfest der Barbier (Meister) möchte ich einiges bemerken: In der Versammlung der Barbiermeister in der über die Wahl des Lokals beraten wurde, machte sich am Vorstandsliche und bei einem großen Teile der anwesenden Mitglieder der Wunsch bemerkbar, das Fest im Sanssouci abzuhalten. Das wurde mit 15 Stimmen abgelehnt. Werden nun die Herren, die nicht in den Zoologischen Garten wollten, dem Vergnügen fernbleiben? Das Engagement einer Militärkapelle zeigt wieder einmal, daß die Handwerker nicht wissen, was sie wollen. Seit langen Jahren wird auf allen Barbier-Kongressen in großen Debatten darüber geklagt, daß in den Kasernen die nichtgelernten Masuren und Haarschneider den Fachleuten das Brot wegnehmen und nach Beendigung der Militärszeit den gelernten Barbieren Schmutzkonzurrenz machen. Dieselben Barbiermeister scheinen aber der Meinung zu sein, daß die Militärkapelle kein Brot brauchen, denn sonst würde man nicht eine Militärkapelle engagiert haben. Vor nicht langer Zeit wurde in der Volkszeitung mitgeteilt, daß die Barbiers des Ostens ihr Vergnügen im Schloßkeller abhalten wollten. Die Benutzung des Zoologischen Gartens ist nicht das erste Mal, daß die Barbiers ein den Arbeitern nicht zur Verfügung stehendes Lokal frequentieren. Es könnte doch sein, daß sich die Arbeiter, wenn das so weiter geht, überlegen und überzeugen, wenn sie ihre Kundschaft zu geben. Mir scheint es, daß die Verhältnisse für die Gesundheitsorganisation am Orte günstig liegen. Soviel ich orientiert bin, ist eine größere Zahl unbeschäftigter Gehilfen in Leipzig nicht vorhanden; auch sind wohl die Mitglieder des Gehilfen-Ausschusses organisiert. Leider aber sind einige ehemalige Führer der Gehilfen nicht die besten Meister den Gehilfen gegenüber geworden. Wenn viele Gehilfen nicht organisiert sind, so liegt dies auch daran, daß es an der Aufklärung fehlt. Es sei hier darauf hingewiesen, daß in einer Versammlung der Barbierherren zwei Meister aus Volkmarshof beantragten, gegen die Organisation der Gehilfen Schritte zu unternehmen. Dies wurde indes von der Versammlung abgelehnt. Wenn sich die Arbeiter die Meister genau ansehen, denen sie ihre Kundschaft zuwenden, so kann man ihnen dies nicht verdenken. Die Genossenschaftsbarbiertuben aber würden gerade den Meistern Abbruch tun, die den Arbeitern am nächsten stehen.

Küchenzettel der Südtischen Speiseanstalten.

Speiseanstalt I (Johannisplatz): Kartoffelsuppe mit Schupfenfleisch, Speiseanstalt II (Rosenthalgasse): Reis und Nudeln mit Rindfleisch.

Theatervorstellungen.

Neues Theater.

(Nachdruck wird gerichtlich verfolgt.)

Dienstag, den 23. Februar: 54. Abonn.-Vorstellung (2. Serie, rot):

Der Reichtümer.

Lustspiel in 4 Akten von W. v. Moser.

Regie: Regisseur Hünfelder.

Cast list for 'Der Reichtümer' including names like v. Rembach, Oberst und Kommandant einer Festung, and other characters.

Der 1. Akt spielt in der Wohnung der Frau von Berndt in einer großen Stadt. Der 2. und 3. Akt in einer größeren Festung im Hause des Kommandanten und auf der Zitadelle.

Eintritt 1/7 Uhr. Anfang 7 Uhr. Ende 1/10 Uhr. Schaupl.-Preise.

Spieleplan: Mittwoch: Zum erstenmal wiederholt: Tiefenland. Anfang 7 Uhr. Donnerstag: Rufe Berndt. Anfang 7 Uhr. Freitag: Neu einstudiert: König Richard III. Anfang 7 Uhr.

Altes Theater.

(Nachdruck wird gerichtlich verfolgt.)

Dienstag, den 23. Februar: Der Beichtstuhler.

Operette in 3 Akten von F. Zell und Mich. Genée. Musik von C. Willner.

Cast list for 'Der Beichtstuhler' including names like Palmatka, Grafin Novalka, Laura, and other characters.

Ort der Handlung: Krakau. Zeit: 1692, unter der Regierung Johann Kosinski II., König von Polen, Prinzen von Schweden.

Zu 2. Akt: Cracovianna, arrangiert von der Ballettmelsterin Frau Fister, getanzt von den Damen des Corps de Ballet.

Spieleplan: Mittwoch: Hofenstreich. Anfang 1/8 Uhr. Donnerstag: Die Fledermaus. Anfang 1/8 Uhr.

Leipziger Schauspielhaus.

Dir.: Anton Hartmann.

Nachdruck wird gerichtlich verfolgt. Anfang 7 1/2 Uhr. Dienstag, den 23. Februar: Anfang 7 1/2 Uhr.

Es werde Recht.

Schauspiel in 3 Akten von Walter Bloem.

Cast list for 'Es werde Recht' including names like Ernst Bornstedt, Heinrich Liebmann, Arthur Eggeling, and other characters.

Kürzere Pause nach dem 1. Akt, längere Pause nach dem 2. Akt. Anfang 7 1/2 Uhr. Ende nach 9 1/2 Uhr. Gewöhnliche Preise.

Battenberg-Theater

Dienstag, den 23. Februar, abends 8 Uhr Schuldig. Drama in 3 Akten von Richard Schö. Morgen: Hans in allen Gassen. Schwanz von Lauff.

Fahrplan der Eisenbahnen.

Wichtig im Winterhalbjahr 1903/1904. Abfahrt der Eisenbahnhöfe. Bayerischer Bahnhof.

A. Linie Leipzig-Dresden. B. Linie Leipzig-Görlitz. C. Linie Leipzig-Schneeberg. D. Linie Leipzig-Bayreuth.

Dresden Bahnhof. A. Linie Leipzig-Dresden. B. Linie Leipzig-Görlitz. C. Linie Leipzig-Schneeberg.

Leipzig Bahnhof. A. Linie Leipzig-Dresden. B. Linie Leipzig-Görlitz. C. Linie Leipzig-Schneeberg.

Berliner Bahnhof. A. Linie Leipzig-Berlin. B. Linie Leipzig-Dresden. C. Linie Leipzig-Görlitz.

Magdeburger Bahnhof. A. Linie Leipzig-Magdeburg. B. Linie Leipzig-Dresden. C. Linie Leipzig-Görlitz.

Thüringer Bahnhof. A. Linie Leipzig-Weimar. B. Linie Leipzig-Erfurt. C. Linie Leipzig-Görlitz.

auch Anschluss an den D.-B.-Zug Berlin über Ritzschhausen-Stuttgart oder Heilbronn nach Mainz, Sächsischen Verkehrs-Stuttgart, f. mit bis Ritten - \*11,12 (D.-B.-Zug 1. u. 2. Kl., Zeit zwischen Verkehrs-Stuttgart und direkter Wagen nach Ritzschhausen über Ritzschhausen-Stuttgart - 11,25 (bis Erfurt, früh weiter).

Eilenburger Bahnhof. A. Linie Leipzig-Görlitz-Dresden. B. Linie Leipzig-Dresden. C. Linie Leipzig-Schneeberg.

Wagwitzer Bahnhof. A. Linie Leipzig-Görlitz-Dresden. B. Linie Leipzig-Dresden. C. Linie Leipzig-Schneeberg.

Königsbrunn Bahnhof. A. Linie Leipzig-Görlitz-Dresden. B. Linie Leipzig-Dresden. C. Linie Leipzig-Schneeberg.

Leipzig Bahnhof. A. Linie Leipzig-Dresden. B. Linie Leipzig-Görlitz. C. Linie Leipzig-Schneeberg.

Dresden Bahnhof. A. Linie Leipzig-Dresden. B. Linie Leipzig-Görlitz. C. Linie Leipzig-Schneeberg.

Leipzig Bahnhof. A. Linie Leipzig-Dresden. B. Linie Leipzig-Görlitz. C. Linie Leipzig-Schneeberg.

Magdeburger Bahnhof. A. Linie Leipzig-Magdeburg. B. Linie Leipzig-Dresden. C. Linie Leipzig-Görlitz.

Thüringer Bahnhof. A. Linie Leipzig-Weimar. B. Linie Leipzig-Erfurt. C. Linie Leipzig-Görlitz.

Leipzig Bahnhof. A. Linie Leipzig-Dresden. B. Linie Leipzig-Görlitz. C. Linie Leipzig-Schneeberg.